

Delegation zum Congress der European Green Party (EGP)



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 13.12.2024
Tagesordnungspunkt: T Formalia

Antragstext

- 1 Zum Kongress (Congress) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE
- 2 GRÜNEN insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen.
- 3 Im Beschluss „Wahl EGP-Delegierte“ vom 1.06.24 hat der Länderrat die Delegierten
- 4 für den Bundesvorstand, die BAG Europa, die GRÜNE Jugend und die
- 5 Bundestagsfraktion bestätigt. Im Beschluss „Delegation zum Congress der European
- 6 Green Party (EGP)“ vom 15.11.24 hat die BDK die Delegierten für die Deutsche
- 7 Gruppe im Europaparlament bestätigt.
- 8 Mit der Neuwahl des Bundesvorstandes bei der BDK am 16.11.24 haben sich
- 9 Änderungen bei den Delegierten des Bundesvorstandes für den Congress der EGP
- 10 ergeben.
- 11 Wir schlagen der BDK vor, künftig folgende Personen für den Bundesvorstand zum
- 12 Kongress (Congress) der EGP zu delegieren. Die vorgeschlagenen Personen wurden
- 13 vom Bundesvorstand nominiert. Eine Vorstellung der benannten Personen findet
- 14 nicht statt. Die BDK bestätigt die Vorschläge in einer öffentlichen Abstimmung
- 15 über den Antrag.
- 16 Zwei Delegierte des Bundesvorstands:
- 17 Pegah Edalatian, Sven Giegold
- 18 Fünf Ersatzdelegierte des Bundesvorstands:
- 19 Felix Banaszak, Franziska Brantner, Heiko Knopf, Manuela Rottmann, Emily Büning

Vorschlag zur Tagesordnung

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 25.11.2024
Tagesordnungspunkt: T Formalia



Antragstext

- 1 **Sonntag, 26. Januar 2025**
- 2 Beginn 09:00 Uhr
- 3 TOP 1: Formalia
- 4 TOP 2: Bundestagswahlprogramm
- 5 Ende ca. 17:00 Uhr

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.12.2024
Tagesordnungspunkt: WP Bundestagswahlprogramm

Antragstext

- ¹ Regierungsprogramm

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Es obliegt dem Bundeskanzler, den Prozess für Neuwahlen durch das Stellen der Vertrauensfrage einzuleiten, über die der Bundestag entscheidet. Anschließend ist der Bundespräsident aufgerufen, sich mit der Auflösung des Bundestages zu befassen. Die Abstimmung des Bundestages erfolgte am 16. Dezember 2024 - somit nach der regulären Antragsfrist am Sonntag, 15. Dezember 2024 - und ergab, dass der Bundeskanzler nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages hat. Der Bundeskanzler hat daraufhin den Bundespräsidenten gebeten, den Bundestag aufzulösen. Neuwahlen werden voraussichtlich am 23.02.25 stattfinden. Die Entscheidung des Bundestages war damit ein Ereignis, dass nach Antragsschluss gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Bundesversammlungen eingetreten ist. Damit begründet sich die Dringlichkeit dieses vom Bundesvorstand vorgelegten Entwurfs zum Bundestagswahlprogramm für die vorgezogenen Bundestagswahlen.

Kapitel 1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-K1 Kapitel 1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

Antragstext

1 Die Menschen in Deutschland sind zu Recht stolz auf das, was sie schaffen, auf
2 die Qualität ihrer Arbeit, auf ihre Erfahrungen und Kompetenz – ob im
3 Erwerbsleben, in der familiären Erziehung, in der Pflege von Angehörigen oder im
4 Ehrenamt. Ihre Leistungen verdienen unsere Anerkennung. Deutschland muss auf
5 diese Kraft bauen, um die großen strukturellen Herausforderungen anzugehen, vor
6 denen wir stehen: Der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine und der
7 Systemkonflikt zwischen liberalen Demokratien und autoritären Staaten im Umfeld
8 Chinas erfordern eine Neuausrichtung von Wirtschaftssicherheit und Handel,
9 Lieferketten und Absatzmärkten. Wir werden diesen Wettstreit auch im
10 Ökonomischen nur gewinnen, wenn wir den großen Vorteil der liberalen Demokratie
11 maximal zur Geltung bringen: dass Menschen neue Ideen haben und Dinge frei
12 entdecken und entfalten können. Wir wollen in der kommenden Regierung daran
13 weiterarbeiten, die strukturellen Schwächen unseres Standorts zu beheben, unsere
14 Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität zu unterstützen und unsere
15 Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Wir sorgen dafür,
16 dass Deutschland und Europa bei den Innovationen der Zukunft vorn mit dabei
17 sind. Dafür muss Wirtschaften einfacher und verlässlicher werden, dafür müssen
18 Chancen fair eröffnet und alle gerecht entlohnt werden. Dafür können wir nicht
19 im Status quo verharren. Vielmehr brauchen wir mehr Raum und Begeisterung für
20 die Bereitschaft und den Mut, mit neuen Ideen und Technologien ins Risiko zu
21 gehen. Unser Ziel ist, die Innovationskraft unseres Landes spürbar zu stärken
22 und zum Spitzenreiter bei Zukunftstechnologien zu werden. Das europäisch
23 verankerte Vorsorgeprinzip stellt sicher, dass technologischer Fortschritt für
24 nachhaltige Entwicklung und im Sinne des Gemeinwohls erfolgt.

25 Damit wir unseren Wohlstand erneuern und nicht nur verwalten, braucht es ein
26 Land, das einfach funktioniert – einen Staat, der es den Menschen und
27 Unternehmen leichter macht, ihre Ideen umzusetzen, und nicht schwerer: mit einem
28 Klick zur Lösung statt mit einem Dutzend Formularen in den Papierkrieg. Den
29 Anfang haben wir in den vergangenen drei Jahren geschafft: Wir haben ein
30 Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren erzeugt, haben Grundlagen gelegt bei
31 der Modernisierung der Industrie, der Zuwanderung von Fachkräften, der
32 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Stärkung von
33 Investitionen. Aber unser Land braucht jetzt eine gemeinsame Anstrengung, damit
34 wir auf diesem Weg erfolgreich vorankommen. Der Wettlauf bei der technologischen
35 Entwicklung macht es notwendig, dass neue Ideen und Innovationen schneller
36 Wirklichkeit werden.

37 Wenn wir auf diesem Weg den deutschen und europäischen Standort stärken, stärken
 38 wir dabei auch die Idee der sozialökologischen Marktwirtschaft – und eine
 39 Wirtschaft, die Verantwortung übernimmt für Gesellschaft und Umwelt, sichere
 40 Arbeitsplätze bietet und vor Ort verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der
 41 Menschen. Eine starke Wirtschaft ist die Bedingung unseres Wohlstandes und
 42 Voraussetzung für Zusammenhalt und Stabilität im Inneren, für ein
 43 handlungsfähiges Europa und nicht zuletzt zur Bewältigung der Klimakrise.

44 Nachhaltiger Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit
 45 ist Kern eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Dieser Wohlstand ist eng
 46 verknüpft mit der Bekämpfung der Klimakrise, die gemeinsam mit der Krise der
 47 Artenvielfalt die große Aufgabe unserer Zeit ist. Denn wir wollen einen Planeten
 48 erhalten, auf dem Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können. Wir werden
 49 den immer häufigeren Extremwettern nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern
 50 mit aller Kraft dafür kämpfen, dass sich das Klima stabilisiert. Das erfordert
 51 große Investitionen, zum Beispiel in den Ausbau günstiger erneuerbarer Energien,
 52 die Steigerung der Energieeffizienz und den Umbau der Stromnetze, die
 53 jahrzehntelang verschleppt wurden. Dafür brauchen wir intakte Ökosysteme,
 54 gesunde Wälder, saubere Meere und Respekt vor den Tieren als Mitgeschöpfe. Wenn
 55 wir die Umwelt schützen, schützt sie uns auch. Klimaschutz ist Menschenschutz
 56 und zugleich eine zentrale Wettbewerbsfrage unserer Zeit. Der Weg zurück zu den
 57 fossilen Technologien führt in den wirtschaftlichen Stillstand und ist eine
 58 Bedrohung für die Menschheit.

59 Wir werden darauf achten, dass alle Menschen unseres Landes den Weg mitgehen
 60 können, der in eine gute Zukunft führt. Wir sorgen dafür, dass auch Mieter*innen
 61 mit knappem Budget eine moderne Heizung und eine verbesserte Dämmung bekommen.
 62 Wir sorgen dafür, dass der Zugang zu elektrischer Mobilität die Fortbewegung
 63 komfortabler und erschwinglicher macht – ob mit dem Bus, der Bahn oder dem E-
 64 Auto. Wir sorgen dafür, dass durch Klimaanpassung die Wohnungen von Mieter*innen
 65 und das Eigentum von Hausbesitzer*innen geschützt werden.

66 **A. Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs**

67 **Für einen wettbewerbsfähigen Standort**

68 Unternehmen brauchen gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes
 69 Investitionsklima, allem voran klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.
 70 Für unsere Wirtschaft sorgen wir für dauerhaft günstige, verlässliche und
 71 klimaneutrale Energie, erhöhen private und öffentliche Investitionen in
 72 Innovation und Infrastruktur, vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen
 73 staatliche Verfahren und Prozesse und arbeiten daran, das Fachkräftepotenzial in
 74 und für Deutschland zu erhöhen.

75 Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist ein entscheidender
 76 Standortfaktor. Erleichterungen für Eigenstromproduktion, langfristig sichere
 77 Abnahmeverträge und die konsequente Erschließung von Flexibilitätspotentialen
 78 und den Preisvorteilen der Erneuerbaren sichern der Wirtschaft direkten Zugang

79 zu günstiger Energie. Auch für die Wirtschaft ist die weitere Absenkung der
80 Steuern und Abgaben auf Strom wichtig. Deshalb übernehmen wir die Netzentgelte
81 für die überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds und senken die
82 Stromsteuer auf das europäische Minimum. Wir werden verstärkt Maßnahmen zur
83 Steigerung der Energieeffizienz unterstützen. Zudem setzen wir uns ein für eine
84 breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für energieintensive
85 Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen. Wir werden das
86 Wasserstoffkernnetz zügig und bedarfsorientiert aufbauen, die Erzeugung von
87 grünem Wasserstoff in Deutschland fördern und neue Importquellen sichern.

88 Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leiden besonders unter
89 aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln. Die Beschleunigung des
90 Ausbaus der Erneuerbaren haben wir maßgeblich durch das Abschaffen
91 bürokratischer Hürden wie Anträge für einzelne Stecker ermöglicht. Den gleichen
92 Weg müssen wir in allen Bereichen gehen. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein
93 pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in
94 Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden.
95 Dabei werden Sektor für Sektor die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und
96 Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und
97 praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische
98 Schutzstandards abzubauen. Das werden wir nun flächendeckend und systematisch
99 ausrollen und auch in den Gesetzgebungsprozessen vorab umsetzen. Bei jeder
100 Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit für die Bürger*innen, die
101 Unternehmen und die Verwaltung in Ländern und Kommunen im Vordergrund stehen.
102 Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung von Regulierungen ein, um
103 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel
104 verfehlen, wieder zu streichen, ohne Schutzstandards abzubauen. Ein wesentliches
105 Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung: Wir
106 wollen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen an einer
107 Stelle gebündelt werden und Daten nach dem Once-Only-Prinzip nur einmal
108 eingereicht werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und
109 reduzieren, um so Kosten zu senken und Zeit zu sparen. Damit mehr Unternehmen
110 von den KMU-Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für
111 die Definition von KMU moderat anheben.

112 Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren
113 worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben.
114 Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche
115 Wertschöpfung. Wir wollen eine starke, resiliente und verlässliche Infrastruktur
116 bereitstellen, indem wir die öffentlichen Investitionen dafür aus nationalen und
117 aus Mitteln der Europäischen Union (EU) stärken und ausbauen. Dafür werden wir
118 auch die Schuldenbremse reformieren.

119 Der Großteil der Investitionen kommt jedoch von Unternehmen und anderen privaten
120 Akteuren. Wer in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben:
121 Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische
122 Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen
123 mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der

124 Steuerschuld des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld
125 übersteigt, wird sie ausgezahlt. Die Wirksamkeit dieser Prämie evaluieren wir
126 durch ein jährliches Monitoring.

127 Es ist absolut entscheidend, dass wir nicht nur gute Ideen entwickeln, sondern
128 dass daraus auch starke neue deutsche und europäische Unternehmen entstehen.
129 Hier haben wir bisher im Vergleich zu den USA oder China eine große Schwäche
130 beim Zugang zu Finanzierung. Wir erleichtern deshalb den Zugang zu Wagniskapital
131 durch die Fortsetzung der WIN-Initiative, um jungen innovativen Unternehmen
132 durch verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen
133 einen einfacheren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen. Wir wollen es
134 Versicherungen, Rentenkassen und Privatpersonen erleichtern, in Start-ups und
135 Scale-ups zu investieren, sofern die Höhe der Investments einem vertretbaren
136 Risiko entspricht. Außerdem werden wir die Möglichkeiten von Start-ups
137 verbessern, in ihr Unternehmen zu reinvestieren.

138 Wettbewerbsfähigkeit steht und fällt auch mit gut qualifizierten Beschäftigten.
139 Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft mit ihrer
140 starken Tarifbindung sind eine Stärke unseres Standorts. Wir setzen uns für eine
141 Beitragsstabilität in der Sozialversicherung ein, um den Anstieg der
142 Lohnnebenkosten zu begrenzen. Um Menschen in ganz Europa besser gegen
143 wirtschaftliche Krisen abzusichern und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu
144 schaffen, setzen wir uns für europäische Mindeststandards für soziale
145 Sicherungssysteme ein.

146 **Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte** 147 **Erwerbstätigkeit von Frauen**

148 Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften ist eine der größten Herausforderungen
149 für die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung Deutschlands. Ob
150 Handwerk, Gastronomie oder große Konzerne – alle sind betroffen. Um diese Lücke
151 zu schließen, gilt es Hindernisse abzubauen und Anreize zu setzen, damit
152 Menschen sich auf dem Arbeitsmarkt einbringen können.

153 Deutschland hat 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, während viele
154 Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Mit der Ausbildungsgarantie haben wir dazu
155 beigetragen, dass junge Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden. Die
156 Attraktivität der beruflichen Ausbildung werden wir weiter erhöhen. Wir
157 unterstützen Menschen, die schon im Berufsleben sind und sich neu orientieren
158 oder weiterqualifizieren möchten. Dafür wollen wir das Qualifizierungsgeld
159 weiterentwickeln und für Erwerbstätige mehr Eigeninitiative bei der beruflichen
160 Weiterbildung ermöglichen und diese sozial absichern. Auch der demografische
161 Wandel verstärkt die Arbeitskräftelücke. Daher müssen wir für ältere
162 Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen, die länger arbeiten möchten, finanzielle
163 Anreize bei den Sozialversicherungsbeiträgen bieten. Wir wollen das Potenzial
164 von Menschen mit Behinderung auch auf den Arbeitsmarkt bringen. Dazu bauen wir
165 bürokratische Hürden und durch Aufklärung Vorurteile ab. Denn die Herstellung
166 von Barrierefreiheit ist eine Investition zur Gewinnung von Fach- und
167 Arbeitskräften.

168 Wenn Arbeit besser ins Leben passt und alle Frauen mit Kindern so arbeiten
169 könnten, wie sie möchten, hätten wir in Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche
170 Arbeitskräfte. Deshalb müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
171 erleichtern und die Bedingungen für eine gerechte Aufteilung von Care-Arbeit
172 verbessern. Dafür wollen wir den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität und
173 flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, ohne die Betriebe zu überfordern. Ein
174 gutes und verlässliches Angebot an Betreuungsplätzen ist dafür die Grundlage.
175 Betreuungskosten sowie Kosten für Haushaltshilfen und haushaltsnahe
176 Dienstleistungen sollten umfangreicher bei der Steuer absetzbar sein. In der
177 jetzigen Form stellt das Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar
178 und ist weder gerecht noch zeitgemäß. Deshalb wollen wir es grundlegend
179 geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine individuelle
180 Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für Paare, die bereits
181 verheiratet sind, ändert sich nichts - außer sie entscheiden sich freiwillig für
182 das neue Modell. Indem wir eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen
183 ermöglichen, stärken wir ihre eigenständige Absicherung, schützen sie so vor
184 Altersarmut und stärken gleichzeitig die Volkswirtschaft.

185 Deutschland muss für qualifizierte Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv, offen
186 und einladend sein. Wir wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr
187 Arbeitsvisum online beantragen können und dafür nur eine Ansprechstelle
188 brauchen. Eine digitale Einwanderungsagentur soll den Einwanderungsprozess
189 modernisieren und beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Austausch
190 mit Ämtern und Behörden noch leichter auf Englisch erfolgen kann. Wir wollen die
191 Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen deutlich vereinfachen und, wo es
192 möglich ist, praxisorientierte Nachweisooptionen ermöglichen. Dafür schaffen wir
193 eine zentrale Anerkennungsstelle und mehr personelle Ressourcen. Bei der
194 Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland achten wir darauf, eine übermäßige
195 Talentabwanderung in den Herkunftsländern zu verhindern. Die Arbeitshindernisse
196 für Geflüchtete bauen wir weiter ab, auch weil sie über den Arbeitsmarkt
197 schneller in unsere Gesellschaft integriert werden. Wir wollen die
198 Arbeitsaufnahme und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten unbürokratisch und gut
199 kombinierbar gestalten.

200 **Für eine starke europäische Wirtschaft**

201 Der europäische Binnenmarkt mit seinen 450 Millionen Einwohner*innen und 17
202 Billionen Euro Wirtschaftsleistung ist eine historische Errungenschaft. Nur mit
203 mehr Europa können wir im Wettbewerb mit den USA und China bestehen, können wir
204 die gemeinsame Wachstums- und Innovationsschwäche überwinden und wieder
205 treibende Kraft beim technologischen Fortschritt werden. Das schafft und sichert
206 auch Wohlstand und gute Jobs in Deutschland.

207 Wir wollen den europäischen Binnenmarkt weiter stärken und um eine vertiefte
208 Digitalunion ergänzen, damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß
209 werden. Und wir wollen einen EU-Binnenmarkt für Forschung und Innovation. So
210 entfesseln wir die europäische Zusammenarbeit zwischen Universitäten,
211 Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Gemeinsame Forschungsinfrastrukturen

und -agenturen stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit und können uns wieder zum Spitzenreiter bei den Zukunftstechnologien machen.

Europa war bereits einmal Weltmarktführer bei sauberen, nachhaltigen Technologien wie Solarmodulen, Windturbinen und Elektrolyseure. Der europäische Green Deal gibt mit klimapolitischen und ökologischen Zielen und Leitplanken den Rahmen für fairen Wettbewerb in der EU. Bei pragmatischer Umsetzung kann Europa so auch zum innovativen Marktführer für nachhaltige Elektrotechnik, Chemie, Maschinenbau und Dienstleistungen werden. Damit sichern wir durch Klima- und Ressourcenschutz gute Jobs im Industriebereich – einem wichtigen Zukunftsmarkt. Dazu brauchen wir jetzt stabile Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Skalierung von Zukunftstechnologien statt innovationsfeindliche Diskussionen um ein Rollback oder eine Bremsung des europäischen Green Deal. Deswegen wird es mit uns keine Aufweichung bestehender Klimaschutzziele oder Abschwächung des Ambitionsniveaus zu deren Erreichung geben.

Wir unterstützen die Erweiterung des Green Deal durch die neue EU-Kommission zum Clean Industrial Deal. Wir müssen von Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich stärker profitieren und unsere klimaneutrale europäische Innovationskraft zu einem globalen Wettbewerbsvorteil ausbauen. Dazu braucht es eine echte, europäisch koordinierte Industriepolitik. Dafür wollen wir im nächsten EU-Finanzrahmen die entsprechenden Instrumente schaffen und sie mit den notwendigen Mitteln unterlegen. Dazu gehört auch, dass wir das Beihilferecht der EU so ändern, dass es kurzfristig einer umfassenden Unterstützung der Dekarbonisierung der Industrie und dem Abbau gefährlicher Abhängigkeiten von Autokratien nicht im Wege steht.

Für funktionierende und nachhaltige Finanzmärkte

Funktionierende Finanzmärkte sind ein essenzieller Bestandteil stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik, die für klimaneutrale Erneuerung unerlässlich sind. Um Finanzkrisen vorzubeugen, benötigen Banken, aber auch Versicherungen und andere Finanzmarktakteure ausreichend haftendes Eigenkapital. Gerade kleine Banken und Finanzmarktakteure wollen wir von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlasten.

Trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-Mitgliedstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche Regulierung hemmt Investitionen aus dem Ausland und schränkt Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein. Aber auch kleine und mittelständische Firmen leiden, etwa unter dem vergleichsweise unterentwickelten europäischen Markt für Eigenkapitalinstrumente und Schuldverschreibungen. Wir werden uns europäisch für eine rasche Vollendung der Kapitalmarkt- und Bankenunion einsetzen und eine starke europäische Kapitalmarktaufsicht schaffen. Das Vertrags- und Insolvenzrecht für Finanzmarktakteure wollen wir dafür europaweit angleichen.

Wir wollen Finanzmarktakteuren die nachhaltige Finanzierung erleichtern und die Finanzierung der Biodiversität stärken. Sustainable Finance leistet einen wichtigen Beitrag, Investitionen in fossile Energien unwirtschaftlich und

Investitionen in Zukunftstechnologien günstiger zu machen. Deutschland soll eine führende Rolle bei der Verbesserung der Sustainable-Finance-Regulierung spielen. Wir setzen uns dabei für mehr Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-Finance-Regulierung auf europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus auf Wirkung und Effizienz. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien und im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens angelegt werden. Wir werden die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) in nationales Recht umsetzen und uns für eine Vereinfachung der ihr zugrunde liegenden Standards (ESRS) einsetzen, um sie für Unternehmen handhabbarer zu machen. Die Green Asset Ratio (GAR) werden wir reformieren.

Für mehr Innovationskraft

Deutschland und Europa müssen bei den Innovationen der Zukunft vorn mit dabei sein. Denn diese Innovationen sind nicht nur entscheidend für unsere wirtschaftliche Zukunft, sondern auch für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit – von der Klimakrise bis zur geopolitischen Behauptung gegen den Autoritarismus.

Die Spitzenposition der deutschen Forschung soll weiter gestärkt und ausgebaut werden. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen deutlich mehr als 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren. Unsere Forschungspolitik umfasst die Stärkung der freien Grundlagenforschung ebenso wie der missions- und anwendungsorientierten Forschung sowie den Transfer in marktreife Produkte. Dabei fördern wir technische und soziale Innovationen gleichwertig, stärken die sozial-ökologische Forschung und unterstützen Großforschungsanlagen. Wir werden die Zukunftsstrategie für Forschung und Innovation konkretisieren und weiterentwickeln.

Mit einem Forschungsdatengesetz werden wir die Verfügbarkeit von Daten verbessern und den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen fördern. Wir werden die Bemessungsgrundlage für die Forschungszulage weiter ausweiten und so Unternehmen bei der Forschung besser unterstützen. Gleichzeitig brauchen wir eine auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft.

Mit der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) wollen wir regionale Innovationsökosysteme unterstützen, in denen Wissenschaft, Gesellschaft und die Wirtschaft gemeinsam an innovativen Lösungen arbeiten. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) fördert Innovationen nicht klassisch durch Förderprogramme, sondern durch sogenannte Challenges. Diesen Ansatz wollen wir ausbauen und auf europäischer Ebene nach dem ARPA-Modell flankieren.

Mit einem Reallabor-Gesetz werden wir Experimentierräume schaffen, in denen Wissenschaftler*innen und lokale Akteur*innen gemeinsam neue Technologien und Anwendungen erproben können. Diese Räume sind auch Lernräume für Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung, etwa zur Entwicklung eines geeigneten regulatorischen Rahmens. Wir werden die bürokratischen Hürden im Forschungs- und

299 Technologiebereich reduzieren und gleichzeitig auch die Forschung zu Risiken und
300 die Technikfolgenabschätzung stärken.

301 Wir werden der Digitalisierung der Wirtschaft und Wissenschaft und der
302 Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen einen deutlichen Schub geben, um
303 unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu sichern. Wir
304 haben eine große Kompetenz in Künstlicher Intelligenz (KI), müssen diese aber
305 stärker in die Praxis bringen. Dazu wollen wir die Entwicklung und Anwendung von
306 KI, die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die Stärkung
307 digitaler Kompetenzen in Unternehmen und Hochschulen etwa durch eine
308 Weiterentwicklung der Mittelstandsdigitalzentren gezielt fördern und und die
309 Datennutzung etwa durch den zügigen Aufbau des Dateninstituts erleichtern. Mit
310 einem Quick Check für rechtskonforme KI-Systeme sollen Anwender*innen
311 niedrigschwellig prüfen können, in welche Risikokategorie die Verwendung fällt
312 und welche Pflichten einzuhalten sind. Wir schaffen zudem passende
313 Rahmenbedingungen für interoperable Standards und für einen sicheren und
314 effizienten Datenaustausch entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der Staat
315 sollte als vertrauensvoller Referenzkunde seine Marktmacht als Einkäufer nutzen,
316 um innovative digitale Produkte zu fördern. Dabei sollte er insbesondere Open-
317 Source-Anwendungen einsetzen, Produkte von Start-ups und KMU berücksichtigen und
318 IT-Sicherheit gewährleisten.

319 Für die notwendige Innovationskraft brauchen Deutschland und Europa eine neue
320 Gründungskultur. Wir werden Gründungen einfacher machen durch rechtliche
321 Vereinfachungen, eine Digitalisierung und Automatisierung von Gründungsprozessen
322 und indem wir Gründer*innen in One-Stop-Shops Begleitung und Beratung aus einer
323 Hand anbieten. Wir wollen Gründungen in ihrer Vielfalt unterstützen. Dafür geben
324 wir insbesondere Gründerinnen und nachhaltigen Start-ups einen Booster, etwa
325 durch verbesserte Finanzierungsangebote. Wir werden Wissenschaftler*innen
326 ermöglichen, sich für die Gründung eines Unternehmens unbezahlt freustellen zu
327 lassen. Ausgründungen und IP-Transfer aus Hochschulen verschaffen wir mit den
328 Start-up Factories einen echten Schub und stärken die EXIST-Hochschulförderung
329 in der Breite inklusive EXIST Women und gezielter Formate für bisher
330 unterrepräsentierte Gruppen bei Gründungen. Den Transferauftrag für Hochschulen
331 und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken wir. Damit auch die
332 Beschäftigten am Unternehmenserfolg beteiligt werden können, bauen wir die
333 Mitarbeiterkapitalbeteiligung generell weiter aus.

334 **Für die klimaneutrale Modernisierung der Industrie**

335 Unser Anspruch ist es, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt,
336 denn Industrieunternehmen sind in ihren Regionen identitätsstiftend und wichtige
337 Arbeitgeber. Wir wollen unsere Industrie bei der klimafreundlichen
338 Modernisierung unterstützen, sie hier halten und verhindern, dass die Produktion
339 in Länder abwandert, in denen es noch keinen CO₂-Preis und nur laxen
340 Umweltschutz- und Sozialstandards gibt. In einer Welt, in der Krisen, Konflikte
341 oder machtpolitische Bestrebungen jederzeit Lieferketten stören oder zerbrechen

lassen können, brauchen wir in essenziellen Bereichen eigene Produktionsmöglichkeiten, um fatale Abhängigkeiten zu vermeiden.

Damit die klimaneutrale Modernisierung der Industrie gelingen kann, setzen wir auf einen effizienten Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie dem CO₂-Preis als zentralem Anreiz zur CO₂-Einsparung, gezielter Unterstützung vor allem bei Investitionen und unbürokratischem Ordnungsrecht. Wo Investitionshürden zu Beginn zu hoch sind und über den CO₂-Preis nicht genug Anreize gesetzt werden, setzen wir auf wettbewerbsorientierte Instrumente wie die Klimaschutzverträge. Den Anwendungsbereich der Klimaschutzverträge werden wir ausweiten und so diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die pro Euro am meisten CO₂ einsparen. Neben einer Standortgarantie wollen wir die Klimaschutzverträge auch an eine Bezahlung nach Tarifvertrag binden. Um ausreichend Nachfrage für klimaneutral hergestellte Produkte zu garantieren, werden wir grüne Leitmärkte in Sektoren wie Stahl und Zement europaweit etablieren. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt. Wir werden Unternehmen, insbesondere KMU, beim Umstieg von fossiler Wärme auf moderne strombasierte Wärmeproduktion gezielt unterstützen.

Die vollständige Klimaneutralität der Industrie wird aufgrund von schwer zu vermeidenden Emissionen bei bestimmten Produktionsprozessen nur mit der Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) möglich sein. Deshalb ermöglichen wir für diesen Bereich die Anwendung dieser Technologien. Voraussetzung dafür ist, dass das abgeschiedene CO₂ in einer sicheren und stabilen Form gespeichert oder im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe genutzt wird. Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann dies unterstützt werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das Verursacherprinzip. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich eines verbindlichen Haftungsrechts entwickeln. Dazu schaffen wir eine integrierte europäische Infrastruktur, inklusive gemeinsamer europäischer CO₂-Speicher. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen gerade auch auf dem Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von Schutzgebieten und deren unmittelbarer Umgebung. Wir erforschen und entwickeln auch negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse, die der Atmosphäre CO₂ entziehen – und setzen klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels anzurechnen.

Global ist der Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden. Die Automobilindustrie mit ihren mittelständischen Zulieferbetrieben ist der größte Industriezweig in unserem Land. Für diese Unternehmen und ihre Arbeitnehmer*innen ist Planungssicherheit entscheidend: Wir bleiben dabei, ab 2035 nur noch klimaneutrale Antriebe neu zuzulassen. Wir unterstützen die EU-Flottengrenzwerteverordnung mit ihren Zielen für die CO₂-Reduktion für die Jahre 2025, 2030 und 2035. Mögliche Strafzahlungen sollen im Rahmen der bestehenden Regelungen gegebenenfalls gestreckt und für den Hochlauf der E-Mobilität durch europäische Programme genutzt werden, damit die Automobilindustrie dringend

387 notwendige Investitionen in die Modernisierung tätigen kann. Wir beschleunigen
388 den Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die
389 Ladeinfrastruktur und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize für
390 verbrauchsarme E-Autos. Förderung wollen wir dabei nur jenen gewähren, die auch
391 in Europa mit seinen hohen sozialökologischen Standards produzieren: in Europa,
392 für Europa. Mit gezielten Forschungsprogrammen und dem Ausbau der regionalen
393 Transformationsnetzwerke unterstützen wir die Fortentwicklung von
394 Geschäftsmodellen und berufliche Weiterqualifizierung zur Vermeidung von
395 Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Bereichen vernetztes Fahren,
396 Batteriezellen und dem Einsatz von KI.

397 Unser Vermögen und unsere Zukunft liegt in klugen Köpfen und einem
398 ambitionierten Forschergeist. Durch eine stärkere Offenheit und Förderung in
399 Schlüsselbereichen wie KI, Quantentechnologie, Mikrochips, Cloud-Computing,
400 klimaneutrale Energielösungen, Biotechnologie und Robotik wollen wir künftig
401 nicht nur mitgestalten, sondern zu den führenden Nationen aufschließen und
402 globale Trends setzen. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf europäische
403 Firmen. Insbesondere werden wir den Aufbau von Produktionskapazitäten für
404 Schlüsseltechnologien wie beispielsweise Mikrochips und Batterien weiter
405 vorantreiben. Die gestiegene Bedeutung der Raumfahrt für Geopolitik, Sicherheit
406 und Nachhaltigkeit muss sich noch stärker in nötigen Investitionen, einer
407 wettbewerbsfähigen europäischen Raumfahrtindustrie auch durch New-Space
408 Geschäftsmodelle sowie einem souveränen Zugang zum Weltraum etwa für
409 Satellitenkommunikation, -navigation und Erdbeobachtung widerspiegeln.

410 Auch der Schritt zur Klimaneutralität ist ein Innovationsmotor. Von der
411 Herstellung von Wasserstoff durch Elektrolyseure bis zum E-Auto entstehen neue
412 Zukunftstechnologien. Deutschland wird seinen Wohlstand nur halten können, wenn
413 wir in diesen Bereichen global führend sind. Deswegen werden wir die Entwicklung
414 und Forschung an Zukunftstechnologien fördern und ihre Markteinführung
415 unterstützen. So werden wir hochwertige Arbeitsplätze und den Wohlstand von
416 morgen sichern. Dafür wollen wir den Net-Zero Industry Act der EU möglichst
417 schnell und umfassend in Deutschland umsetzen.

418

419 Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien wie die Kernfusion und ihren
420 Beitrag zur künftigen Energieversorgung wollen wir unter Berücksichtigung von
421 Sicherheitsfragen weiter erforschen, auch wenn sie bis 2045 voraussichtlich noch
422 keinen Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele leisten können.

423 **Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk**

424 Die ökonomische Kraft unseres Landes liegt in der Vielfalt seiner Unternehmen.
425 Die Tatkraft und Innovationsfähigkeit der Handwerksbetriebe, der Selbstständigen
426 und Freiberufler*innen sowie der KMU sind Motor unserer Wirtschaft. Sie treiben
427 den Klimaschutz voran und sorgen gerade in ländlichen Räumen für Arbeitsplätze
428 und Stabilität. Der Entfaltung dieser Kraft wollen wir Rückenwind geben.

429 Das Handwerk bietet in einer nachhaltigen Wirtschaft krisensichere
430 Arbeitsplätze. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die

431 gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen
432 verbessern. Oberstes Ziel sind der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der
433 Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf
434 branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher
435 und akademischer Ausbildung. Der Meisterbrief soll kostenlos werden. Wir setzen
436 uns dafür ein, dass die Zeit der Schwangerschaft auch im Handwerk und in der
437 Selbstständigkeit auskömmlich abgesichert wird.

438

439 Wir nehmen auch die Bedarfe von Soloselbstständigen und Kleinunternehmen
440 verstärkt in den Blick und schaffen Rechtssicherheit bei der Auftragsvergabe.
441 Zentral ist dabei eine zeitgemäße Definition von Selbstständigkeit auf Basis von
442 Positivkriterien, damit das Statusfeststellungsverfahren transparent und
443 rechtssicher durchgeführt werden kann. Wir stärken die sozialen
444 Sicherungssysteme für Soloselbstständigkeit und setzen uns für mehr
445 Gerechtigkeit bei Beiträgen, Leistungen und Besteuerung ein.

446 Preissteigerungen - wie zuletzt im Energiesektor durch den russischen
447 Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst - können dazu führen, dass das Leben für
448 viele Menschen weniger bezahlbar ist. Gleichzeitig wurde in verschiedenen Fällen
449 unlauterer Profit aus diesen Krisen geschlagen. Gegen diese Profitinflation
450 braucht es eine starke deutsche und europäische Wettbewerbspolitik mit dem
451 unabhängigen Bundeskartellamt und der EU-Kommission im Zentrum. Das
452 Wettbewerbsrecht braucht eine Weiterentwicklung, um KMU sowie Verbraucher*innen
453 effektiver vor Monopolen zu schützen und für mehr Fairness zu sorgen. Auf
454 europäischer Ebene wollen wir dazu das von der Kommission bereits vorgeschlagene
455 New Competition Tool wiederbeleben, vor allem um heimische Unternehmen vor
456 unfairen Praktiken globaler Großunternehmen zu schützen. Die schon jetzt
457 übermächtigen Plattformunternehmen wollen wir an der Ausweitung ihrer Macht auf
458 weitere Geschäftsbereiche, etwa im Finanzmarkt, hindern und dafür das
459 Wettbewerbsrecht in aller Härte nutzen. Umgekehrt sollen kleine Übernahme- und
460 Fusionsfälle in Deutschland und Europa von bürokratischen Verfahren entlastet
461 werden.

462 Unfaire und teure Praktiken von Onlineplattformen zulasten des mittelständischen
463 Gewerbes und der Verbraucher*innen werden wir mithilfe des Wettbewerbsrechts
464 zurückdrängen. Über große Onlinehändler gelangen massenweise Waren zu uns, die
465 europäische Standards nicht einhalten. Im Internet entstehen immer wieder neue,
466 unfaire und manipulative Praktiken. Wir unterstützen den Digital Fairness Act
467 der EU Kommission und setzen uns dafür ein, dass große Plattformen – genau wie
468 der Laden um die Ecke – Produktverantwortung übernehmen müssen. Wir wollen faire
469 und transparente digitale Märkte für Gewerbetreibende, Kreativschaffende, Presse
470 und nicht zuletzt ihre Kundschaft schaffen.

471 Um die Vergabestellen gerade der Kommunen und die Wirtschaft um
472 Verwaltungskosten von über einer Milliarde Euro zu entlasten, modernisieren wir
473 das Vergaberecht umfassend, um nachhaltige Beschaffung zu vereinfachen und zur
474 Regel zu machen. Wir werden auch die Regionalität von Produkten und die
475 Resilienz der europäischen Wirtschaft als Kriterien bei geeigneten Vergaben

ermöglichen. Auch die Losvergabe muss die Regel bleiben, um KMU den direkten Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erhalten. Um die Vergabestellen gerade der Kommunen zu entlasten, werden wir die Direktauftragsgrenzen deutlich anheben. Die nachhaltige Vergabe werden wir durch geeignete Hilfsinstrumente für alle Vergabestellen einfacher machen. Wir berücksichtigen Start-ups bei der Vergabe besser.

Um Familienunternehmen und Start-ups weitere Nachfolgeoptionen zu bieten, wollen wir eine neue attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen einführen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen sollen künftig die gleiche Förderung erhalten wie alle anderen Gründer*innen auch. Gelder von verwaisten Konten werden wir zur Stärkung sozialer Innovationen und gemeinwohlorientierter Unternehmen verwenden. Die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen werden wir fortführen.

Von Wertschöpfung und Investitionen vor Ort in den Kommunen hängt die Wirtschaftskraft und Lebensqualität in ländlichen Räumen entscheidend ab. Durch den Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW) stellen wir sicher, dass Menschen und Unternehmen sich überall im Land entfalten können.

Nicht nur in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen wie der Lausitz, dem Mitteldeutschen Revier und dem Rheinischen Revier liegt das Potenzial für ambitionierten Klimaschutz und vorausschauende Wirtschaftspolitik. Die Herausforderungen sind groß und dennoch wollen wir den Strukturwandel als Chance begreifen, um mit neuer Infrastruktur, neuen Wissenschaftsstandorten, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Investitionen in Zukunftstechnologien den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu ebnen. Wichtig ist uns dabei, die Menschen vor Ort durch transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch Unterstützung der Ideen und Wünsche vor Ort zu beteiligen.

Der Tourismus ist in Deutschland Motor für Wachstum und Beschäftigung, insbesondere in ländlichen Regionen. Wir werden die Nationale Tourismusstrategie fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial gerechter und innovativer gestalten.

Wohlstand ist für uns mehr als nur die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf. Wir haben daher erstmals im Jahreswirtschaftsbericht auch den Zustand von Umwelt und Klima sowie soziale Faktoren mit in den Blick genommen. Diese umfassende Wohlstandsmessung wollen wir ausbauen und verstärkt kommunizieren. Wir wollen Unternehmen unterstützen, die ihre betriebliche Erfolgsmessung weiterentwickeln wollen.

Für Wirtschaftssicherheit und zukunftsfähigen Außenhandel

Unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Resilienz und Sicherheit hängen neben dem europäischen Binnenmarkt wesentlich von belastbaren internationalen Partnerschaften und vom globalen Handel ab. Angesichts geopolitischer Konflikte, protektionistischer Maßnahmen und zunehmend schärferem internationalen

518 Wettbewerb brauchen wir eine zukunftsfähige Handelsagenda, die sich für alle
519 auszahlt.

520 Ausgewogene Handelspartnerschaften eröffnen deutschen Unternehmen nicht nur neue
521 Absatzmärkte, sondern stärken auch ihre Lieferketten. Ungleichgewichte in der
522 Handelsbilanz wollen wir schrittweise reduzieren. Eine breitere Streuung unserer
523 Wirtschaftsbeziehungen hilft zudem, Abhängigkeiten in kritischen Bereichen zu
524 verringern. Der strategische Fokus auf einzelne Sektoren und gezielte Abkommen
525 für bestimmte Waren und Dienstleistungen verspricht dabei schnelle
526 Verhandlungserfolge und stärkt die europäische Wirtschaft. Hohe Standards bei
527 sozialer Gerechtigkeit, Klima-, Natur- und Tierschutz sowie Menschenrechten
528 bewahren gleichzeitig die europäische Wirtschaft vor einem schädlichen
529 Unterbietungswettbewerb und schützen vor Ausbeutung oder Umweltzerstörung in
530 anderen Ländern. Wir verhandeln entsprechend folgender Prinzipien:
531 rechtsverbindliche und einklagbare ökonomische, soziale und ökologische
532 Standards; eine Verankerung des Vorsorgeprinzips; eine verbindliche Verankerung
533 des Pariser Klimaabkommens, der zentralen Arbeitsschutzkonventionen der
534 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Übereinkommens zur
535 biologischen Vielfalt; der Beendigung der missbräuchlichen Nutzung von
536 Schiedsgerichten und die Begrenzung von zukünftigen Investitionsabkommen auf
537 direkte Enteignung und Diskriminierung. Europäische Einigung bei der
538 Entscheidung über Abkommen ist uns wichtig.

539 Die EU-Lieferkettenrichtlinie ist eine große Errungenschaft: Verbraucher*innen
540 in Europa können sicher sein, dass Produkte, die sie hier kaufen, frei von
541 Ausbeutung und Kinderarbeit entstanden sind. Wir sorgen dafür, dass die
542 Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen wird. So
543 schaffen wir einen Binnenmarkt, in dem die europäische Wirtschaft durch unseren
544 Einsatz für das europäische und deutsche Lieferkettengesetz global Verantwortung
545 übernimmt. Die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung müssen sich am Pariser
546 Klimaabkommen ausrichten.

547 Unfaire Handelspraktiken und Marktverzerrungen erfordern entschiedenes Handeln –
548 deshalb setzen wir uns, wo es geboten ist, bei der EU-Kommission für
549 Ausgleichszölle ein, etwa auf Stahl. Wir stärken der EU-Kommission in ihren
550 Verhandlungen mit China über Dumping von E-Autos den Rücken, um die Interessen
551 der europäischen Industrie zu wahren. Die Schlupflöcher im Zollrecht müssen
552 geschlossen werden, durch die besonders asiatische Onlinehändler wie Temu
553 unsichere Wegwerfprodukte am Zoll vorbeischleusen und europäische Hersteller
554 unterbieten. Wer dauerhaft illegale Produkte im großen Stil nach Europa
555 einführt, muss nach dem EU-Gesetz über digitale Dienstleistungen sanktioniert
556 werden. Wir werden den europäischen CO₂-Zoll CBAM durch eine Ausweitung des
557 Anwendungsbereichs, eine Berücksichtigung der Gesamtemissionen des Herstellers
558 im Herkunftsland und die Nutzung von Standardwerten praxistauglicher und
559 effektiver gestalten. Damit er die Wettbewerbsnachteile ausgleicht, die
560 europäischen Industrieunternehmen gegenüber Herstellern aus Ländern ohne CO₂-
561 Preis entstehen.

562 Strategisch wichtige Branchen wie Energie und Telekommunikation werden wir mit
563 einem neuen Investitionsprüfungs-gesetz vor Übernahmen schützen. Um unsere
564 Unabhängigkeit und ungestörte Lieferketten zu sichern, gehen wir bei
565 Ausschreibungen in Sektoren mit hoher Abhängigkeit entsprechend der
566 Resilienzvorgaben des Net-Zero Industry Acts vor. Staatliche Förderprogramme für
567 den Kauf von Produkten wie E-Autos werden wir künftig für Produkte gewähren, die
568 größtenteils auch in Europa mit seinen hohen sozialen und ökologischen Standards
569 produziert wurden. Wir werden das IT-Sicherheitsgesetz um Cybersicherheit im
570 Energiesektor erweitern.

571 **Für Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft**

572 Eine nachhaltige, unabhängige und wettbewerbsfähige Wirtschaft erfordert eine
573 gesicherte Versorgung mit Rohstoffen und den Übergang zu einer effektiven
574 Kreislaufwirtschaft. Auch für die Herstellung wichtiger Klimatechnologien sind
575 wir auf eine verlässliche Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Eine
576 funktionierende Kreislaufwirtschaft ist auch Voraussetzung für Klimaschutz und
577 Artenschutz sowie ein Wirtschaften im Einklang mit den planetaren Grenzen.

578 Unser Ansatz für mehr Rohstoffsicherheit basiert auf vier Säulen. Erstens wollen
579 wir den Verbrauch von Primärrohstoffen senken und langfristig halbieren. Der
580 Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energierohstoffe, Rohstoffeffizienz,
581 Suffizienzstrategien und – wo möglich – der Ersatz von Rohstoffen, ebenso wie
582 der gezielte Einsatz von Recyclingrohstoffen sind der Schlüssel dafür. Zweitens
583 fördern wir Abfallvermeidung, Langlebigkeit, Wiederverwendung, Reparatur und
584 Recycling für den Aufbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft. Drittens setzen
585 wir auf heimischen und europäischen Bergbau, auch mit einem modernisierten
586 Bergrecht, das die Ziele Klimaschutz, Umweltschutz und Bürger*innenbeteiligung
587 vereint mit beschleunigten und effektiveren Verwaltungsprozessen für den
588 Rohstoffabbau, um dort wo möglich unabhängiger zu werden von Rohstoffimporten.
589 Und viertens entwickeln wir eine nachhaltige und faire Rohstoffaußenpolitik und
590 schließen neue Rohstoffpartnerschaften, die an der Einhaltung der Menschenrechte
591 und des Umweltschutzes ausgerichtet sind.

592 Niemand hat Lust, ständig Dinge wegzuwerfen und große Mengen an Müll zu
593 produzieren. Die Kreislaufwirtschaft macht daraus mit neuen Geschäftsmodellen
594 wirtschaftliche Chancen, von Mehrwegflaschen über reparaturfähige Smartphones
595 bis zum Wohnhaus aus ökologischen Baumaterialien. Dies schafft zudem neue
596 Arbeitsplätze. Sie braucht dafür die richtigen regulatorischen und ökonomischen
597 Rahmenbedingungen, eine gute Finanzierung ihrer Infrastruktur, mehr
598 Materialstandardisierung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für recyceltes
599 Material. Die Potentiale der Digitalisierung wollen wir besser nutzen. Ein
600 digitaler Produktpass stellt etwa bessere Informationen über verwendete
601 Materialien bereit und schafft Transparenz. Dafür werden wir jetzt die
602 Kreislaufwirtschaftsstrategie umsetzen. Auf europäischer Ebene haben wir unter
603 anderem mit Ökodesignvorgaben die gesetzlichen Grundlagen dafür erreicht, dass
604 Produkte künftig langlebiger und reparaturfreundlicher hergestellt werden. Das
605 wollen wir jetzt ambitioniert umsetzen und einen bundesweiten Reparaturbonus für

606 haushaltsübliche Elektro- und Elektronikgeräte einführen sowie ökologisch
607 vorteilhafte Mehrwegsysteme stärken.
608
609 Zugleich sollen die abfallwirtschaftlichen Kompetenzen der Kommunen so gestaltet
610 werden, dass insbesondere auch gewerbliche Abfälle besser vermieden, sortiert
611 und wiederverwendet werden und Anreize für die Verbrennung wiederverwendbarer
612 Rohstoffe wegfallen. Zur Müllreduktion geben wir den Kommunen Rechtssicherheit
613 zum Erlassen einer Verpackungssteuer.

614 **Für einen starken Verbraucherschutz**

615 Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich
616 Verbraucher*innen verlassen können. Gerade in Zeiten steigender
617 Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben
618 einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug
619 zu schützen. Dies gilt auch bei der Versorgung mit medizinischen Produkten und
620 Hilfsmitteln.

621 Gentechnikfreie Lebensmittel sind für viele Verbraucher*innen wichtig. Damit das
622 möglich bleibt, müssen alle, die gentechnikfrei arbeiten wollen, das auch in
623 Zukunft können. Dafür ist entscheidend, dass es keine Patente auf Leben gibt:
624 Pflanzen, Tiere, Saatgut und Gene dürfen nicht patentiert werden. Und es braucht
625 Risikoprüfungen gemäß dem europäisch verankerten Vorsorgeprinzip,
626 Rückverfolgbarkeit und eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch verändertes
627 Saatgut und Lebensmittel. Das gilt gleichermaßen für neue gentechnische
628 Verfahren in der Landwirtschaft, die zugleich weiterhin hinsichtlich ihrer
629 Chancen, Risiken und Folgen erforscht werden sollen.

630
631 Lebensmittel müssen für alle erschwinglich sein. Verdeckte Preiserhöhungen durch
632 Mogelpackungen und unfaire Handelspraktiken stellen wir ab. Wir wollen leicht
633 zugängliche Informationen und umfassende Transparenz über Zutaten und
634 Herstellung von Lebensmitteln. Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen sollen
635 für alle leicht erkennbar sein.

636 Steigende Energiepreise und die notwendige Energie- und Wärmewende stellen
637 Verbraucher*innen vor große Herausforderungen. Wir werden einen wirksamen Schutz
638 vor Wärme- und Stromsperren auf den Weg bringen. Damit für Stromkund*innen
639 schnell und einfach sichtbar wird, ob sie aufgrund eines überteuerten
640 Altvertrags Monat um Monat zu viel für ihren Strom bezahlen, machen wir die
641 Stromrechnungen transparenter, unter anderem durch die Angabe des mittleren
642 Strompreises und der Preisspanne für Neukund*innen auf der Energierechnung. Dann
643 weiß jede und jeder, wann sich ein Wechsel besonders lohnt. Das wirkt als Teuer-
644 Bremse für Stromtarife. Um die Verbraucher*innen vor übermäßig hohen Kosten bei
645 der Fernwärme zu schützen, führen wir eine bundesweite Preisaufsicht ein und
646 sorgen für mehr Transparenz bei der Preiskalkulation durch die
647 Fernwärmeversorger.

648 Wenn es ums Geld geht, sind transparente und einfach verständliche Informationen
649 besonders wichtig. Deshalb bedarf es beim finanziellen Verbraucherschutz

650 besonders hoher Standards und einer fairen und unabhängigen Finanzberatung. Dazu
 651 zählen auch Schutz vor unseriösen und diskriminierenden Geschäftspraktiken sowie
 652 Hilfe bei Überschuldung, etwa über eine für alle zugängliche, einfache
 653 Schuldnerberatung und eine unabhängige Verbraucherbildung. Im Zentrum steht der
 654 Schutz von Kleinanleger*innen. In der Bundesanstalt für
 655 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wollen wir die Ausrichtung auf
 656 Nachhaltigkeit und den Verbraucherschutz stärken und sie auch beim Schutz vor
 657 Greenwashing von Finanzprodukten in die Pflicht nehmen. Zudem setzen wir auf
 658 transparente und einfach verständliche Mindeststandards und Normen für
 659 nachhaltige Finanzprodukte, die sich auf Umwelt, Soziales und
 660 Unternehmensführung beziehen.

661 Die hohen Kosten des Zahlungsverkehrs für deutsche Unternehmen und
 662 Verbraucher*innen, etwa bei der Nutzung von Kreditkarten, wollen wir günstiger
 663 machen - mithilfe innovativer Wettbewerber, dem Wettbewerbsrecht und
 664 gesetzlichen Maßnahmen gegen Wucher wie einer Deckelung des effektiven
 665 Jahreszins für Verbraucher*innen. Auf neue Gebühren für Verbraucher*innen wollen
 666 wir dabei verzichten. Dort wo bargeldloses Zahlen noch kompliziert ist, wollen
 667 wir den Zugang vereinfachen.

668 **B. Ein modernes und digitales Land**

669 **Für einen Staat, der für die Menschen funktioniert**

670 Für die Herausforderungen im Heute und Morgen wollen wir unseren Staat besser
 671 aufstellen und bieten dafür den demokratischen und föderalen Partnern die Hand
 672 für eine Staatsreform. Die Aufgaben und Rollen sollen an manchen Stellen in
 673 unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt und auch klarer gestaltet
 674 werden. Gerade bei der Digitalisierung erwarten die Bürger*innen
 675 bundeseinheitliche Lösungen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Hier
 676 muss der Bund die Verantwortung übernehmen und dafür die entsprechenden
 677 Kompetenzen bekommen. Wir setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt
 678 Doppelstrukturen und Gegeneinander. Der Bund sollte bei Gesetzen und
 679 Förderprogrammen mehr Umsetzungsverantwortung auf Länder und Kommunen
 680 übertragen, statt alles detailliert selbst zu regeln. Länder und Kommunen
 681 brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln wie auch für konkrete
 682 Kooperationen. Umgekehrt sollte der Bund für bundesweit gesetzlich geregelte
 683 Leistungen einen digitalen Dienst bereithalten, den Länder und Kommunen für die
 684 Leistungserbringung vor Ort nutzen können. Durch solche zentralen
 685 Serviceeinheiten kann der Bund Routineaufgaben zentral erbringen, damit sich die
 686 Verwaltung vor Ort auf die Beratung konzentrieren kann. Den Auftakt für diese
 687 Reformprozesse könnten die Diskussionen in einem Bürgerrat geben.

688 Die Gesetzgebung des Bundes muss die Praxis-tauglichkeit und die digitale
 689 Umsetzbarkeit im Prozess mitdenken. Die Digital- und Praxischecks wollen wir
 690 dafür ausbauen und ressortübergreifend einheitliche Rechtsbegriffe und Verfahren
 691 nutzen. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben ist das zugrunde liegende Stammgesetz zu
 692 modernisieren, sind Leistungen zu pauschalisieren sowie Experimentierräume und

693 Reallabore vorzusehen. Die Bundeshaushaltsordnung und ihre Anlagen wollen wir
694 entschlacken, ohne die Fehlverwendung öffentlicher Gelder zu begünstigen. In der
695 Bundeshaushaltsordnung wollen wir künftig Nachhaltigkeitsaspekte
696 berücksichtigen.

697 Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI und die
698 Nutzung übergreifender Synergien innerhalb der Verwaltung, kann der
699 Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden. So schaffen wir einen
700 effizienteren Staat, verkleinern die Ministerialverwaltung des Bundes und
701 stärken die Umsetzungsverantwortung der nachgeordneten Bundesbehörden. Mit einem
702 strategischen Personalmanagement treiben wir die Modernisierung der Verwaltung
703 voran. Dies ist in Zeiten des Fachkräftemangels und unbesetzter Stellen dringend
704 nötig.

705 **Für eine serviceorientierte Verwaltung**

706 Wir werden unsere öffentliche Verwaltung konsequent modernisieren,
707 digitalisieren und an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

708 Die Menschen in Deutschland sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe
709 kommunizieren können. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen
710 eine plattformunabhängige Deutschland-App auf Open-Source-Basis einführen. Darin
711 sollen schrittweise alle staatlichen Verwaltungsangebote und Leistungen sicher,
712 unkompliziert, barrierefrei und anwendungsfreundlich zur Verfügung stehen. In
713 dieser App kann man künftig mit wenigen Klicks zum Beispiel einen
714 Personalausweis beantragen oder die neue Wohnung anmelden. Die App dient als
715 einfache Bedienungsfläche für alle Bürger*innen und als Zielbild für die
716 deutsche Verwaltungsdigitalisierung. Im Hintergrund der App bauen wir eine
717 moderne, modulare und standardisierte IT-Architektur im Sinne von "Government as
718 a Platform", bei der die Verwaltungsdomänen von Bund, Ländern und Kommunen
719 sinnvoll ineinandergreifen und sichern die langfristige Finanzierung. Das
720 Datenschutzcockpit bauen wir als Transparenz- und Steuerungswerkzeug aus. Wir
721 setzen uns für eine Gesellschaft ohne digitale Gräben ein: für
722 Verwaltungsleistungen, aber auch für wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge
723 sollten - wo es nötig ist - analoge Zugänge offen gehalten und Beratungsangebote
724 ausgebaut werden.

725 Die Beschäftigten in den Behörden sind motiviert, sie packen an und wollen
726 Prozesse besser machen. Wir wollen sie entlasten und mehr Effizienz ermöglichen.
727 Dafür fördern wir eine Innovationskultur in der Verwaltung, die offen ist für
728 antragslose Verfahren, risikobereite Entscheidungen, Experimentierfreude, den
729 Einsatz moderner Technik. Dafür erhöhen wir die Ermessensspielräume der
730 Entscheider*innen. Wir ermöglichen den Einsatz von Automatisierung und KI-
731 Anwendungen überall, wo sie hilfreich, sinnvoll, diskriminierungsarm und ethisch
732 verantwortbar sind. Digitale Kompetenzen sollen zu einem selbstverständlichen
733 Teil der Verwaltungsaus- und fortbildung werden. Damit Daten nicht immer wieder
734 neu erhoben werden müssen, treiben wir die Registermodernisierung und -
735 vernetzung voran. Die Behörden sollen Datentools vorhalten, bei denen
736 Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal eingeben müssen. Dann

737 müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf selbst zurückgreifen. Das
738 verschlankt persönliche Meldungen und Berichtspflichten. Dafür brauchen wir auch
739 eine eigene Cloud für die Verwaltung, die Sicherheit, Datenschutz,
740 Quelloffenheit und Anbieterunabhängigkeit gewährleistet. Außerdem wollen wir die
741 Vereinbarkeit von digitaler Verwaltung in der EU stärken.

742 **Für eine schnelle und umfassende Digitalisierung**

743 Die Digitalisierung zu gestalten, ist für unser Zusammenleben und unseren
744 Wohlstand zentral. Bisher ist das in Deutschland nicht ausreichend gelungen.
745 Dies liegt auch an der Zersplitterung der Zuständigkeiten dafür und der
746 fehlenden Ressourcenbündelung. Deswegen braucht es eine Bündelung von
747 Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung in einem
748 Digitalministerium und eine gemeinsame Strategie innerhalb der Bundesregierung.
749 Damit gehen wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die digitale Verwaltung,
750 eine Zentralisierung der Beschaffung, eine kohärente Aufsicht für
751 Digitalgesetze, die europäische und internationale Digitalpolitik und die
752 Förderung von Open-Source fokussiert an. Für den Digitalen Staat werden wir
753 zentrale digitale Dienste wie die BundID und die Deutschland-App vorantreiben.
754 Um die Digitalisierung auf Bundesebene zu beschleunigen, sollen alle IT-Budgets
755 in einem Einzelplan zentralisiert und zentral gesteuert werden. Den Digitalcheck
756 als aktives und begleitendes Instrument der Gesetzgebung entwickeln wir weiter
757 und gestalten die Digitalisierung nachhaltig.

758 Der Schlüssel zur Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands liegt in der
759 Überwindung der Grenzen der unterschiedlichen IT-Systeme von Unternehmen,
760 Behörden und Forschungseinrichtungen durch Interoperabilität. Nur dann können
761 Prozesse durchgängig digital ohne Handarbeit oder Medienbrüche abgewickelt
762 werden. Diese Art der Vernetzung ist zu sehr vernachlässigt worden. Wir werden
763 offene Standards fördern und bei der Entwicklung neuer Standards
764 Entwickler*innen, Zivilgesellschaft und KMU stets miteinbeziehen. Diese
765 Standards sollen gut dokumentiert und ohne Lizenzgebühren frei nutzbar sein. Wir
766 denken Interoperabilität und digitale Kooperation weiter, nämlich als eine
767 notwendige Grundlage, um die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit
768 unserer Wirtschaft zu stärken.

769 Um das große Potenzial von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität
770 zu heben, muss die Umsetzung des Datenschutzes stark vereinfacht und weniger
771 bürokratisch werden, ohne das Datenschutzniveau zu senken. Der Staat muss mit
772 gutem Beispiel vorangehen, weswegen wir den Rechtsanspruch auf Open Data und ein
773 Transparenzgesetz vorantreiben und dadurch Datenbestände proaktiv
774 bereitstellen. Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und einheitlicher
775 umgesetzt werden. Eine Reform der Datenschutzaufsicht hin zu Einheitlichkeit,
776 Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig, etwa durch die Bündelung von
777 Zuständigkeiten für bestimmte Sektoren oder Forschung bei einzelnen
778 Aufsichtsbehörden. Zudem stärken wir die Datenschutzkonferenz als gemeinsame
779 Koordinationsstelle der Datenschutzaufsichtsbehörden von Bund und Ländern und
780 verleihen ihr eine dauerhafte Struktur.

781 Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere
782 Rahmenbedingungen für den Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk setzen, indem
783 wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative Verlegungsmethoden erleichtern
784 und Open Access fördern. Für ländliche Gebiete und strukturschwache Regionen
785 werden wir die staatliche Gigabitförderung bedarfsorientiert erhöhen. Wir
786 stärken die Rechte von Verbraucher*innen auf schnelles Internet, indem wir die
787 Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfach machen, mangelhaftes
788 Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.

789 **Für einen Deutschlandfonds und eine Reform der** 790 **Schuldenbremse**

791 Wir werden in der Regierung entschlossen die Investitionen in tragfähige
792 Infrastrukturen nachholen, die unser Land so dringend braucht. Die schwarze Null
793 im Haushalt ist eine Hypothek für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes . Wir
794 werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten.
795 Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen pünktlich an
796 ihr Ziel bringen, die Kitas, Schulen und Hochschulen sanieren, in denen gleiche
797 Chancen für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Ideen und
798 Technologien für den Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum
799 für Investitionen in ihre Zukunft ermöglichen. Mittel aus dem Deutschlandfonds
800 werden reguläre Haushaltsmittel ergänzen.

801 Der Investitionsstau in Deutschland liegt im dreistelligen Milliardenbereich,
802 obwohl wir ein wirtschaftlich starkes Land sind. Die Schuldenbremse in ihrer
803 aktuellen Form verhindert Investitionen und andere Maßnahmen, die unsere
804 stagnierende Volkswirtschaft wieder ankurbeln. Um die notwendigen Investitionen
805 in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres Landes und in eine starke,
806 zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir die Schuldenbremse im
807 Einklang mit den europäischen Regeln reformieren. Die Aufnahme von staatlichen
808 Krediten soll dazu in dem Umfang ermöglicht werden, wie vom Staat Investitionen
809 getätigt werden. Außerdem muss die Konjunkturkomponente ausgeweitet werden, um
810 es dem Staat zu ermöglichen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten
811 handlungsfähiger zu sein. Wir schaffen damit neue finanzielle Spielräume, die
812 wir angemessen zwischen Bund und Ländern verteilen werden. Zugleich werden wir
813 sicherstellen, dass die Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt. Das raten
814 auch die führenden Wirtschaftsinstitute wie der Internationale Währungsfonds
815 (IWF), die Bundesbank oder der Sachverständigenrat der Bundesregierung. Auf
816 europäischer Ebene setzen wir uns weiterhin für gemeinsame Fiskalregeln ein, die
817 genügend Raum für nachhaltige Investitionen lassen.

818 Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte kaputtgespart hat,
819 haben wir in der Bundesregierung die Trendwende eingeleitet. Investitionen in
820 Klima- und Umweltschutz sowie in Verkehrs-, Energie-, Bildungs- und
821 Forschungsinfrastruktur sowie in die nationale Sicherheit haben für uns
822 Priorität. Wir schlagen für investive Ausgaben eine Reform der Schuldenbremse
823 und einen Deutschland-Investitionsfonds vor. Um laufende Ausgaben zu
824 finanzieren, wollen wir Gerechtigkeitslücken in unserem Steuersystem schließen.
825 Bis zur Umsetzung einer Reform der Schuldenbremse wollen wir mit dem

826 Deutschlandfonds der jüngeren Generation ein modernes, funktionierendes und
 827 klimaneutrales Land sowie eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft garantieren,
 828 statt ihnen aufgeschobene Lasten und marode Infrastrukturen zu hinterlassen und
 829 stärken so auch das Vertrauen in einen funktionierenden Staat und die liberale
 830 Demokratie. Bürger*innen wollen wir ermöglichen, sich an diesen Investitionen
 831 für den Staat kostengünstig zu beteiligen.

832 Der Deutschlandfonds hilft, die Spielräume für dringend notwendige
 833 Zukunftsinvestitionen in Bund, Ländern und Kommunen zu erhöhen. Er ist aber kein
 834 Ersatz für die Aufgabe, im Haushalt stärker zu priorisieren und effizienter mit
 835 den vorhandenen Einnahmen umzugehen. Für eine verantwortungsvolle,
 836 wirkungsorientierte Haushaltspolitik braucht es auch klar definierte und
 837 messbare Ziele. Viele wichtige Anliegen wie bessere Bildung oder stärkere
 838 Sicherheit erfordern auch konsumtive Ausgaben. Wir wollen den Haushalt
 839 entlasten, indem wir Steuerschlupflöcher schließen und die Verwaltung durch die
 840 weitere Digitalisierung verschlanken. Mit guten Rahmenbedingungen steigern wir
 841 die Erwerbsquote, erhöhen die Steuereinnahmen und stärken die
 842 Sozialversicherungen. Wir setzen uns für die Einführung moderner Instrumente zur
 843 Haushaltssteuerung wie Gender Budgeting ein. Und wir wollen insbesondere klima-
 844 und umweltschädliche Subventionen abbauen. Dabei achten wir auf eine
 845 sozialverträgliche, verlässliche Umsetzung.

846 Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss den
 847 tatsächlichen Aufgaben und Investitionsbedarfen entsprechen, um gleichwertige
 848 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen. Das aktuelle System des
 849 Bund-Länder-Finanzausgleichs werden wir in seiner jetzigen Form beibehalten.

850 **C. Ein Klima, in dem wir gut leben können**

851 **Für ein stabiles und sicheres Klima**

852 Die Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen darauf
 853 verständigt, die Klimakrise einzudämmen. Alle großen Länder mit hohen
 854 Treibhausgasemissionen haben sich auf diesen Weg gemacht – darauf kommt es an.
 855 Die EU ist nach den USA und China aktuell der drittgrößte Emittent von
 856 klimaschädlichen Emissionen. Es kommt also auch auf unser gemeinsames Handeln
 857 an. Wir haben uns in der EU deshalb gemeinsam auf ein Ziel verpflichtet: Europa
 858 soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

859 Mit dem europäischen Green Deal haben wir in den vergangenen drei Jahren große
 860 Fortschritte auf dem Weg hin zur Klimaneutralität Europas erzielt und
 861 gleichzeitig begonnen, die europäische Wirtschaft und Industrie zu
 862 modernisieren. Das wirkt: Obwohl der Green Deal angegriffen wird, ist die EU auf
 863 Kurs, ihre Klimaziele zu erfüllen. Jetzt braucht die Wirtschaft
 864 Planungssicherheit. Wir stellen uns der Abschwächung des Greens Deals und des
 865 „Fit for 55“-Pakets mit seinen Gesetzen entgegen und wollen, dass sie europaweit
 866 konsequent und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden.

867 Deutschland spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Großen Koalitionen hatten
868 hohe Klimaschutzziele beschlossen, aber keinen Plan und keine Maßnahmen
869 entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden. Wir haben Deutschland und Europa
870 erstmals auf einen Pfad gebracht, diese Lücke zu schließen. Es hängt vom
871 entschiedenen Handeln der nächsten Bundesregierung ab, ob sie diese Chance nutzt
872 und die Ziele auch erreicht, durch konkrete Maßnahmen wie die Unterstützung für
873 den geplanten europäischen Emissionshandel für Verkehr und Gebäude und den Clean
874 Industrial Act. Dazu gehört die Umsetzung der Emissionshandelssysteme auf
875 europäischer Ebene wie geplant. So stärken wir den CO₂-Preis als einen zentralen
876 Hebel für mehr Klimaschutz in Deutschland und Europa.

877 Die dafür notwendigen Veränderungen sind anspruchsvoll und haben deshalb auch
878 viele hitzige Diskussionen, Sorgen und Ängste ausgelöst und neue Fragen
879 aufgeworfen. Es ist klar: Wir müssen noch mehr dafür tun, damit der Weg
880 verlässlich ist und alle ihn mitgehen können. Wir machen Klimaschutz einfacher
881 und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir
882 gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie
883 dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte
884 bis hin zum Ordnungsrecht.

885 Die Anstrengungen lohnen sich: Die klimaschädlichen Emissionen sinken. Erstmals
886 ist Deutschland auf einem Kurs hin zum Erreichen der eigenen Klimaziele. Es
887 kommt nun darauf an, diesen Kurs zu halten, um weiterhin Verlässlichkeit und
888 Planungssicherheit herzustellen und eine Orientierung für die klimaneutrale
889 Modernisierung unseres ganzen Kontinents zu geben.

890 Europa muss nach wissenschaftlichem Rat nun bis 2040 seine
891 Treibhausgasemissionen um mindestens 90 bis 95 Prozent gegenüber 1990
892 verringern. Dazu wollen wir den Green Deal mutig und ambitioniert weiterführen
893 und einen bedeutenden Beitrag von Deutschland als größtes Mitgliedsland mit den
894 höchsten Emissionen und einem hohen Wohlstand. Wir halten deshalb an den
895 rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität 2045 und den
896 verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energie- und Wärmewende setzen wir fort.

897 Der Verkehrsbereich hat den größten Aufholbedarf beim Erreichen der Klimaziele.
898 Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter
899 intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen. Um den
900 Herausforderungen und der Dringlichkeit der Klimakrise zu begegnen, werden wir
901 die Rolle des Expertenrates für Klimafragen sowie die Verantwortung von Sektoren
902 im Bundes-Klimaschutzgesetz stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt.
903 Bei prognostizierter längerfristiger Zielverfehlung soll in den jeweiligen
904 Sektoren verbindlich nachgesteuert werden, denn andernfalls drohen Deutschland
905 teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO₂-Preise, beides wollen wir für
906 öffentliche Haushalte und Bürger*innen vermeiden. Jedes Ministerium muss
907 deswegen unabhängig von der Gesamtbilanz der Bundesregierung geeignete Maßnahmen
908 umsetzen, die zur Einhaltung der Klimaziele führen sollen.

909

910 Auch die Umweltauswirkungen von Ernährung, insbesondere auf das Klima und die

911 Biodiversität, wollen wir berücksichtigen, zum Beispiel durch die Unterstützung
912 einer attraktiven, günstigen stärker pflanzenbasierten Ernährung.

913 **Für sozial gerechten Klimaschutz**

914 Wir gestalten den Weg zur Klimaneutralität als Weg zu einer gerechteren
915 Gesellschaft, indem wir besonders gefährdete und belastete Gruppen und Regionen
916 gezielt unterstützen und vor übermäßigen Belastungen schützen. Von einem
917 erschwinglichen und flächendeckend gut ausgebauten öffentlichen Verkehr
918 profitieren vor allem Menschen, die sich kein Auto leisten können oder möchten.
919 Elektromobilität sowie der Fuß- und Radverkehr tragen zu besserer Luftqualität
920 für alle bei. Gut gedämmte Häuser und klimaneutrale Wärme schützen die Menschen
921 vor steigenden Heizkosten.

922 Der Weg zur Klimaneutralität ist also mit vielen Vorteilen verbunden, aber er
923 bedarf auch großer Investitionen – sei es bei der Installation neuer
924 Heizungsanlagen, der Wärmedämmung, dem Einbau eines Energiespeichers oder dem
925 Wechsel zum E-Auto. Investitionen brauchen Planungssicherheit und Vertrauen,
926 gerade im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Fördermitteln. Dahin wollen wir mit
927 einer berechenbaren Haushaltspolitik zurück. Viele Menschen werden diese
928 Investitionen ohne Unterstützung nicht leisten können. Auch für Kommunen,
929 Stadtwerke und kleine Unternehmen ist die Verfügbarkeit von passgenauen
930 Förderprogrammen auf dem Weg zur Klimaneutralität entscheidend, etwa beim Kauf
931 von E-Bussen. Die Finanzierung der Investitionen zur klimaneutralen Erneuerung
932 ist eine Generationenaufgabe, die entscheidend für das langfristige menschliche
933 Leben auf diesem Planeten ist und die deshalb teilweise auch über Kreditaufnahme
934 finanziert werden sollte.

935 Wir achten besonders darauf, dass alle die notwendige Modernisierung mitgehen
936 können. Damit klimafreundliche Alternativen für alle Menschen erschwinglich
937 werden, wollen wir in Zukunft Förderprogramme weiter ausbauen und noch stärker
938 so staffeln, dass Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen deutlich höhere
939 Förderbeträge erhalten. Erste Schritte in diese Richtung haben wir bereits
940 unternommen, zum Beispiel mit den sozial ausgestalteten Förderprogrammen für die
941 Modernisierung von Heizungssystemen und bei der Sanierung von Wohnungen und
942 Häusern. Diese wollen wir fortführen. Auch den Umstieg auf die E-Mobilität
943 wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen fördern, gerade im
944 ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine staatliche Unterstützung beim Erwerb
945 eines verbrauchsarmen E-Autos vor, welches zusätzlich die europäische
946 Automobilwirtschaft unterstützt. Hierzu gehört unter anderem eine Ladekarte für
947 das Tanken an öffentlichen Ladesäulen, und ein erschwingliches Leasing-Programm,
948 das sogenannte Social Leasing. Ergänzt wird dies durch eine steuerliche
949 Förderung, die Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen erreichen soll.
950 Zudem sorgen wir für kostensenkenden Wettbewerb und stärken den
951 Verbraucherschutz. Damit beenden wir überzogene Preise an Ladesäulen, sodass
952 alle günstigen erneuerbaren Ladestrom nutzen können. Wir setzen dabei auf
953 vielfältige Preismodelle, zum Beispiel auch flexible, am Börsenstrom orientierte
954 Preise.

955 Wir geben ein Sicherheitsversprechen: Die Einnahmen der CO₂-Bepreisung von
956 Gebäudewärme und Transport werden wir für sozial gerechten Klimaschutz ausgeben.
957 Einen Großteil dieser Einnahmen werden wir als sozial gestaffeltes Klimageld an
958 Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen auszahlen. Für Menschen mit
959 geringen Einkommen werden die CO₂-Kosten durch das Klimageld in den meisten
960 Fällen mehr als ausgeglichen. Dabei soll das Klimageld gleichmäßig mit den
961 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung steigen. Das Klimageld soll in der nächsten
962 Legislatur so schnell wie möglich eingeführt werden und dann direkt und ohne
963 vorherige Beantragung auf das Konto eingehen. Wir werden ein Eine-Million-
964 Balkone-Programm starten und Menschen mit geringeren Einkommen bei der
965 Anschaffung von Steckersolargeräten unterstützen.

966 Derzeit subventioniert der Staat klima- und umweltschädliches Verhalten. Das
967 werden wir schrittweise abbauen, damit internationale Zusagen umsetzen und die
968 frei werdenden finanziellen Mittel für den sozialen Ausgleich sowie für den
969 Klima- und Umweltschutz verwenden. Betroffene werden wir bei der Anpassung
970 unterstützen, auf soziale Ausgewogenheit achten und Planungssicherheit geben.
971 Dafür legen wir im Jahr 2025 einen Plan vor und setzen uns für dessen Umsetzung
972 bis 2030 ein, um unseren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Als
973 ersten Schritt werden wir das Dienstwagenprivileg so reformieren, damit es
974 Anreize für klimaneutrale Mobilität setzt und werden uns weiterhin für den Abbau
975 klimaschädlicher Subventionen im Luftverkehr einsetzen.

976 Das reichste Prozent der Weltbevölkerung inklusive der Superreichen verursacht
977 mehr als doppelt so viele Treibhausgase wie die ärmere Hälfte der
978 Weltbevölkerung. Öl- und Gaskonzerne, die maßgeblich für die weltweiten CO₂-
979 Emissionen verantwortlich sind, machen weiter gigantische Gewinne. Wir werden
980 uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer einen Beitrag zum Ausgleich der
981 Kosten der Klimakrise leisten und Bürger*innen, Landwirt*innen und Unternehmen
982 nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen. Auch in Deutschland gilt für
983 uns ganz klar das Verursacherprinzip: Die Verursacher*innen von ökologischen und
984 sozialen Schäden sollen die Kosten tragen. So müssen die langfristigen
985 Folgekosten des Kohleabbaus durch die Kohleunternehmen abgesichert werden, um
986 nicht die Allgemeinheit zu belasten.

987 Weltweit und bei uns zu Hause: Es sind die Ärmsten, die am stärksten unter den
988 Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein
989 Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter
990 Klimapolitik und unserem internationalen Einsatz für Klimagerechtigkeit
991 entgegen. Ausbeutung und Umweltschäden in der fossilen Lieferkette sind für uns
992 ein weiterer Grund, für saubere, erneuerbare Energie einzutreten.

993 **Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie**

994 Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft,
995 Geothermie und naturverträgliche Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist
996 auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden
997 zunehmend elektrisch. Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und
998 bauen die Infrastruktur so aus, dass sie sicher vor Angriffen ist und der

999 günstige Strom bei Menschen und Unternehmen ankommt. Die Zukunft gehört den
1000erneuerbaren Energien – in Form von Strom, Wärme und Wasserstoff.

1001Die vergangenen Jahre sind wir auf diesem Weg einen riesigen Schritt
1002vorangekommen: 2024 kamen circa 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren
1003Quellen, 2021 waren es erst 40 Prozent. Bis 2030 wollen wir 80 Prozent
1004erreichen; 2035 wird der Strom komplett klimaneutral hergestellt.
1005Eigentümer*innen, Mieter*innen, Unternehmen und Kommunen sollen ohne große
1006bürokratische Hürden eigene Energie nutzen oder an Energieprojekten teilhaben
1007können. Dazu werden wir auch in Zukunft dezentrale Erzeuger von Solar- und
1008Windenergie sowie Speicher, Elektrolyseure durch konsequenten Bürokratieabbau,
1009Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle unterstützen. Mit Energy
1010Sharing werden wir es möglich machen, günstig erzeugten erneuerbaren Strom noch
1011einfacher gemeinschaftlich und kommunal zu teilen.

1012Erneuerbare Energien liefern enorm günstig, aber nicht gleichmäßig Strom. Daher
1013müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander
1014abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere
1015Netznutzung, Speicher aller Arten, die effiziente Nutzung der enormen
1016Flexibilitätpotenziale von Industrie, Gewerbe, Verkehr und privaten
1017Verbraucher*innen und eine neue Generation von möglichst bald mit grünem
1018Wasserstoff betriebenen Kraftwerken sowie die Ertüchtigung der künftig vorrangig
1019mit Abfall- und Reststoffen betriebenen Biogaskraftwerke. Wir setzen uns für
1020einen leistungsfähigen europäischen Strombinnenmarkt ein und bauen die
1021Stromnetze zu unseren europäischen Nachbarn aus. Außerdem setzen wir auf die
1022konsequente Digitalisierung des Energiesektors. Mit digitalen und flexiblen
1023Stromnetzen und dynamischen Stromtarifen werden künftig die Bürger*innen in die
1024Lage versetzt, in Zeiten von viel Wind und Sonne den Strom per Batterie oder
1025Wärmepumpe systemdienlich zu speichern oder das E-Auto laden zu lassen. Damit
1026kann jede und jeder Geld sparen und von den Vorteilen der erneuerbaren Stromwelt
1027direkt profitieren. Zugleich sinken die Kosten im Gesamtsystem.

1028Notwendig sind dazu auch neue Regeln, wie unser Strommarkt funktioniert.
1029Langfristige Sicherheit für Investitionen in Kraftwerke, zum Beispiel im Rahmen
1030von Kapazitätsmärkten, müssen mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum
1031effizienten Stromverbrauch einhergehen. Dazu prüfen wir Modelle regionaler
1032Energienmärkte. Die Verteilnetze richten wir technisch und regulatorisch auf die
1033effiziente und effektive Integration der Erneuerbaren Energien in regionale
1034Wärme- und Mobilitätsmärkte aus. Wir sorgen dafür, dass die Netzentgelte im
1035Rahmen bleiben und fair getragen werden. Damit ermöglichen wir einen zunehmend
1036sich selbst tragenden Ausbau von Sonne, Wind und Speichern sowie sonstiger
1037Infrastruktur und entlasten Strompreise und Bundeshaushalt.

1038Gerade weil der Umbau zum klimaneutralen Stromsystem hohe Investitionen
1039erfordert, achten wir besonders auf die Kosten. Wir senken die
1040Finanzierungskosten durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und
1041intelligente Regulierung sowie durch höhere Netzauslastung und weitere Nutzung
1042der Spitzenlastkappung. Wir werden prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine
1043Umstellung von neu zu planenden Hochspannungsgleichstromleitungen zu einfacheren

1044 Freileitungen verzögerungsfrei und kostendämpfend möglich ist und darüber
1045 möglichst im gesellschaftlichen Konsens entscheiden. Die Erdverkabelung werden
1046 wir bei besonderen örtlichen Erfordernissen nutzen, wobei wir besonders auf eine
1047 transparente und nachhaltige Planung achten. Mit der Gas- und Strompreisbremse
1048 haben wir die Energiepreise für Millionen Menschen bezahlbarer gemacht. Auch in
1049 Zukunft wollen wir diesen Weg weitergehen und bezahlbare Energie sicherstellen.
1050 Weiterhin achten wir bei den dazugehörigen technischen Anlagen auf eine
1051 transparente, naturverträgliche und nachhaltige Planung und nutzen die kommunale
1052 Expertise.

1053

1054 Wir setzen zugleich den Weg fort, die Kosten nicht umzulegen, sondern anders zu
1055 finanzieren und Strom damit für Verbraucher*innen und Unternehmen billiger zu
1056 machen. Die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde für die
1057 Verbraucher*innen bereits abgeschafft und wird nun vollständig aus dem Haushalt
1058 finanziert. Im nächsten Schritt senken wir die Stromsteuer auf das europäische
1059 Mindestmaß. Zudem reformieren wir die Finanzierung des Netzausbaus, um die
1060 Netzentgelte zu senken.

1061 Fossile Energie ist ein Auslaufmodell. In diesem Sinne werden wir uns auch auf
1062 EU-Ebene einsetzen. Gerade damit die Kohleregionen Planungssicherheit haben und
1063 der Strukturwandel geordnet unterstützt werden kann, halten wir daran fest, alle
1064 verbliebenen Kohlekraftwerke ab 2030 nicht mehr zu befeuern und mit dem
1065 Kohleausstieg die Kohleförderung in Deutschland einzustellen.

1066

1067 Auch die Nutzung von fossilem Gas werden wir schrittweise reduzieren und so
1068 schnell wie möglich, spätestens bis 2045, um die Klimaziele sicher einzuhalten.
1069 Im Stromsektor werden wir uns in spätestens zehn Jahren vollständig erneuerbar
1070 versorgen. Wir werden einen Plan für eine Gasunabhängigkeitsstrategie vorlegen,
1071 der Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie
1072 berücksichtigt. Neue Langfristverträge für den Gasimport sind nicht mit unseren
1073 Klimazielen und auch nicht mit einer europäischen Gas-Unabhängigkeitsstrategie
1074 vereinbar. Denn anstatt uns mit umwelt- und klimaschädlichem Fracking-Gas
1075 erpressen zu lassen, beschleunigen wir die anlaufende Reduktion des europäischen
1076 Gasverbrauchs sowie den Umstieg auf grünen Wasserstoff und andere erneuerbare
1077 Energiequellen. Dementsprechend werden wir in Abstimmung mit unseren
1078 europäischen Partnern unsere LNG-Infrastruktur kontinuierlich auf Notwendigkeit
1079 überprüfen und Lock-In-Effekte von Gas-Infrastruktur vermeiden.

1080 Wir stehen für eine endgültige Absage an die umweltzerstörende Gewinnung von
1081 Erdöl und Erdgas in ganz Deutschland und möglichst bald auch weltweit – an Land
1082 wie auf dem Meer. Neue Gas- und Ölförderprojekte sollen nicht mehr genehmigt
1083 werden. Die Emissionen in der Vorkette werden wir berücksichtigen.

1084 Eine Rückkehr zur Hochrisikotechnologie Atomkraft ist weder für das Erreichen
1085 der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit notwendig und für uns aufgrund
1086 der ungeklärten Endlagerfrage, der Kosten und der Gefahr der Verbreitung von
1087 atomwaffenfähigen Material keine Option. Der lange geplante und
1088 parteiübergreifend beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. Um

ihn zu vollenden, müssen auch Brennelementefertigung und Urananreicherung in Deutschland beendet werden. Die von der russischen Firma Rosatom geplante Beteiligung in Lingen bedeutet ein zusätzliches Sicherheitsrisiko. Wir haben uns immer für eine Ausweitung der europäischen Sanktionen eingesetzt, auch um das Spionage- und Sabotage-Risiko zu verringern. Die Standortsuche für ein Endlager mit bestmöglicher Sicherheit, so zügig wie möglich und in einem partizipativen Verfahren bleibt eine Herausforderung, der sich das ganze Land stellen muss. Auf dem langen Weg dorthin müssen die Zwischenlager sicher betrieben werden können.

Für verlässliche und bezahlbare Wärme

Der Einstieg in eine verlässliche und klimaneutrale Wärmeversorgung ist jahrzehntelang verschlafen worden. Wir haben die Weichen neu gestellt. In den nächsten Jahren wollen wir gemeinsam mit den Kommunen den Weg dafür ebnen, allen Menschen den schrittweisen Umstieg auf klimaneutrales und bezahlbares Heizen zu ermöglichen. Der Wärmesektor ist besonders geeignet, durch die Kombination von Wärmepumpen, Solarthermie, Abwärmenutzung, Wärmespeichern und Energieeffizienzmaßnahmen die wechselnde Verfügbarkeit von Solar- und Windenergie auszugleichen und so die Energiekosten für alle zu senken. Mit einer Weiterentwicklung des Instrumentenmixes aus Förderung, Beratung und Standards bringen wir den Wärmesektor auf den notwendigen Pfad der Klimaneutralität.

Wir geben mit dem Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis zu 70 Prozent für den Einbau von fossilfreien Heizungen den Eigenheimbesitzer*innen, der Wirtschaft sowie den Mieter*innen und Vermieter*innen die nötige Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen klimafreundlichen Heizung, wie der Wärmepumpe, bis 2045. Die Unterstützung auf diesem Weg werden wir ausbauen. Wir wollen Stadtwerke und Firmen unterstützen, um Wärme-Contracting, etwa mit Wärmepumpen, anzubieten. Damit entfällt für Eigentümer*innen die hohe Startinvestition. Dabei sichern wir die Rechte der Verbraucher*innen in hohem Maße. Ebenso ausbauen werden wir die Energieberatung, deren Qualität und Unabhängigkeit wir sichern. Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld weiter stärken.

Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und bezahlbarer Wärme für alle. Vor allem in dicht besiedelten Gebieten und als Teil integrierter Energiesysteme in ländlichen Gemeinden an geeigneten Standorten können sie dazu beitragen, viele Häuser gleichzeitig mit klimafreundlicher Wärme zu versorgen. Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen hin zu erneuerbarer Wärme wollen wir mit der Verlängerung und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern, Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die Bereitstellung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieversorgern vor Ort stärken.

Ein gleichzeitig starker Verbraucherschutz ist dafür Voraussetzung. Durch die kurzfristige Einführung einer Preisaufsicht und langfristig einer Preisregulierung wollen wir den Verbraucherschutz bei der Fernwärme, die vor allem von Mietshaushalten bezogen wird, weiter stärken. Außerdem werden wir privates Kapital für den Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die

1133 Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften senken. Um die Wärmewende in
 1134 Bürgerhand voranzubringen, wollen wir die Gründung von Wärmenetzgenossenschaften
 1135 fördern, in denen Bürger*innen die Wärmeversorgung gemeinschaftlich finanzieren
 1136 und gestalten. In der Nutzung von Wasserstoff für die Wärmeversorgung sehen wir
 1137 keine Perspektive. Zudem unterstützen wir Prozesse zur Erleichterung des
 1138 Drittanbieterzugangs in der Fernwärme, um Investitionen zu erleichtern und die
 1139 Dekarbonisierung voranzutreiben.

1140 Die Wärmewende kann sich auf eine Vielzahl von Technologien stützen.
 1141 Entscheidend ist für uns jedoch, dass sich Verbraucher*innen auf
 1142 Klimafreundlichkeit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit verlassen können und sie
 1143 nicht mit falschen Versprechen in Heiztechnologien investieren, mit denen sie
 1144 einige Jahre später in der Kostenfalle landen. Auch eine großindustrielle
 1145 Holzverbrennung in bestehenden und neuen Kraftwerken ist keine klimaverträgliche
 1146 Alternative. Daher setzen wir uns dafür ein, dass bei Holzverbrennung
 1147 emittiertes CO₂ im Zertifikatehandel voll angerechnet wird.

1148 **Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima**

1149 Dürren und Hitzeperioden, Waldbrände, Überschwemmungen und Starkregen kosten
 1150 Menschenleben, zerstören Wohnhäuser, Straßen und Brücken, schädigen die
 1151 Landwirtschaft und unsere Lebensmittelerzeugung. Indem wir unser Wirtschaften
 1152 und Leben klimaneutral gestalten, bekämpfen wir ihre Ursachen. Aber im Angesicht
 1153 der sich verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise müssen wir weitaus stärker
 1154 Vorsorge leisten. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind, hängt auch
 1155 davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an die
 1156 Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale
 1157 Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Im Mittelpunkt stehen dabei für
 1158 uns die Menschen, die wir mit Blick auf die eigene Selbstschutzzfähigkeit
 1159 unterstützen wollen.

1160 Mit dem Klimaanpassungsgesetz haben wir Bund, Länder und Kommunen in Deutschland
 1161 verpflichtet, diese Aufgabe anzugehen. Die Kommunen tragen die Hauptlast der
 1162 Anpassungen – auch über ihre sozialen Dienstleister, freien Träger und
 1163 gemeinnützige Organisationen – die uns als gesamte Gesellschaft betreffen.
 1164 Deshalb wollen wir Klimaschutz und -anpassung zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund
 1165 und Ländern machen und gemeinsam finanzieren. Förderprogramme wie das
 1166 Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz wollen wir weiter stärken und mehr
 1167 Mittel für Investitionen für Vorhaben sowie Personal für Klimaschutz und -
 1168 anpassung in den Kommunen unterstützen. Unser Einsatz gegen die Klimakrise hat
 1169 dabei Vorrang, da Klimaanpassung allein die Schäden der Klimakrise nicht
 1170 kompensiert.

1171 Die vernichtende Ahrtalflut 2021 oder die zerstörerischen Fluten in Osteuropa
 1172 2024 führen uns vor Augen, wie verletzlich unsere Gesellschaft besonders
 1173 angesichts von Hochwasserkatastrophen ist. Deshalb werden wir den
 1174 Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern. Insbesondere brauchen wir
 1175 Investitionen in natürliche Überschwemmungsräume wie Auenwälder oder
 1176 Erlenbrüche. Flüsse und ihre natürlichen Auen werden wir im Interesse des

1177Hochwasserschutzes stärken und ihnen, wo immer möglich, durch Renaturierungen
 1178mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch Hochwasserschutzanlagen wie starke
 1179Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten
 1180Katastrophenschutz. Hochwasserschutzmaßnahmen wollen wir prioritär und
 1181beschleunigt umsetzen. Der Katastrophenschutz muss vorausschauender agieren und
 1182dafür Prognosen wie etwa zu Extremwetterereignissen stärker ins Krisenmanagement
 1183integrieren können. Den Versicherungsschutz gegen Elementarschäden werden wir
 1184sozialverträglich ausweiten.

1185Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen
 1186und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung,
 1187Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün und öffentlichen Trinkbrunnen.
 1188Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im
 1189Sommer kühlend wirken. So werden diese Städte in die Lage versetzt, große
 1190Wassermengen besser zu nutzen, etwa für die Bewässerung von Grünanlagen. Den
 1191Austausch und die Vernetzung der Städte und Landkreise wollen wir gezielt
 1192fördern, um Strategien zur Klimaanpassung schneller auszubauen.

1193 **D. Eine mobile Gesellschaft – Stadt und Land** 1194 **zusammen**

1195 **Für nachhaltiges, sicheres und zügiges Fortkommen**

1196Schienen, Straßen und Brücken sind Lebensadern unseres Landes, doch sie wurden
 1197über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren. Die Folgen spüren wir alle in unserem
 1198Alltag: verspätete Züge, Umwege und Staus. Das ist ein Schaden für Menschen,
 1199Wirtschaft und Umwelt. Denn Mobilität ist auch ein Schlüssel zur sozialen
 1200Teilhabe. Zugleich ist unser Verkehrssystem noch immer sehr weit davon entfernt,
 1201seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Der Verkehrssektor muss
 1202endlich auf seinen Pfad entsprechend der Klimaziele zurückkehren. Dafür werden
 1203wir sorgen, da wir die Ideen und Konzepte dafür haben. Das ändern wir durch ein
 1204zuverlässiges Angebot an Bussen und Bahnen und mit dem klaren Signal hin zur
 1205klimafreundlichen E-Mobilität.

1206Wir wollen die Mobilität für alle verbessern. Wir brauchen eine Grundsanierung
 1207unserer Verkehrsinfrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir
 1208stark beschleunigt. Jetzt gilt es, mit dem Deutschlandfonds eine ausreichende
 1209und überjährige Finanzierungsgrundlage für den Erhalt von Straßen und Brücken,
 1210für den Ausbau unserer Schieneninfrastruktur sowie unseres öffentlichen
 1211Nahverkehrs zu schaffen. Hierfür benötigen wir langfristig neue
 1212Finanzierungsmodelle, die gleichzeitig verkehrsverlagernde und ökologische
 1213Wirkungen beinhalten. Damit wollen wir die Finanzierung unserer Infrastruktur
 1214auf eine sichere und langfristige Basis stellen. Durch erhebliche Investitionen
 1215in umfassende Barrierefreiheit, sichere Haltestellen und attraktive
 1216Mobilitätsangebote stellen wir sicher, dass klimafreundliche Mobilität für alle
 1217zugänglich ist und der Verkehrssektor seine Klimaziele erfüllen kann.

1218 Während unser Schienennetz deutschlandweit einen leistungsfähigen Ausbau
1219 braucht, ist das Straßennetz bereits flächendeckend gut ausgebaut und benötigt
1220 daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen integrierten
1221 Bundesmobilitätsplan erarbeiten, der Basis für eine klimaneutrale,
1222 flächenschonende und sozial gerechte Mobilität bis 2045 ist. Bis der
1223 Bundesmobilitätsplan beschlossen ist, werden wir den Bundesverkehrswegeplan
1224 unter Berücksichtigung der Klimaziele kritisch überprüfen. Verkehrswege wollen
1225 wir erhalten und sanieren, das Schienennetz spürbar ausbauen und stärker
1226 elektrifizieren, stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen –
1227 reaktivieren und modernisieren sowie bundesweit den Ausbau eines guten
1228 Radwegenetzes dauerhaft und verlässlich finanzieren.

1229 Die Antriebswende braucht es auch bei den Lastwagen. Mit der Reform der Lkw-Maut
1230 haben wir klare Anreize für die Umstellung auf elektrische und andere
1231 klimaneutrale Antriebe gesetzt. Um den Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu
1232 modernisieren, unterstützen wir die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus
1233 erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin, fördern Technologien zur
1234 Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen
1235 Energieversorgung in Häfen, insbesondere einer klimaneutralen
1236 Landstromversorgung. Die nachhaltige Entwicklung unserer Häfen untermauern wir
1237 mit einem langfristigen Finanzierungskonzept.

1238 Der Staat kann als Ankerkunde einen Beitrag zum Hochlauf klimafreundlicher
1239 Kraftstoffe in der Schiff- und Luftfahrt spielen. Ein wichtiger Grundsatz ist
1240 jedoch: Klimafreundliche Mobilität muss günstig sein und Tickets im
1241 Schienenverkehr bezahlbar. Kurzstreckenflüge wollen wir durch eine Verbesserung
1242 der Bahn überflüssig machen. Die Privilegien für Privatjets wollen wir
1243 abschaffen und diese enorm klimaschädliche Fortbewegungsart reduzieren. Für die
1244 Schaffung neuer Start- und Landekapazitäten im Flugverkehr sehen wir nicht nur
1245 aus ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen keinen Bedarf. Den
1246 Lärmschutz für die Bevölkerung um Flughäfen wollen wir deutlich stärken, gerade
1247 in den Nachtstunden. Für den Gesundheitsschutz schaffen wir einen Grenzwert für
1248 Ultrafeinstaub.

1249 Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich
1250 unterwegs sein können. Mobil auf dem Land setzt vielerorts noch immer ein
1251 eigenes Auto voraus. Wir wollen echte Wahlfreiheit und darum den öffentlichen
1252 Verkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine
1253 alltagstaugliche Alternative zum Auto wird. Rufbusse und andere Konzepte wie
1254 digital vernetzte Kleinbusse und Carsharing-Angebote können den Taktverkehr in
1255 der Fläche ergänzen. Einige Kommunen und Landkreise bieten solche flexiblen
1256 Konzepte bereits an. Wir möchten solche Konzepte stärken und als Modellprojekte
1257 in möglichst vielen unterschiedlichen Regionen Deutschlands verwirklichen.

1258 Mit einem Mobilitätsgesetz wollen wir die Mobilitätswende rechtlich verankern.
1259 Statt eines Verkehrsmittels stellen wir den Menschen mit seinen vielfältigen
1260 Bedürfnissen in den Mittelpunkt. Mit der Priorisierung des öffentlichen
1261 Personennahverkehrs, des Schienen-, Fuß- und Radverkehrs wird Deutschland zu
1262 einem Vorreiterland der modernen Mobilität. Wir bringen das Verkehrsrecht auf

1263 die Höhe der Zeit, um allen Menschen in Stadt und Land barrierefreie Mobilität,
 1264 etwa mit E-Kleinfahrzeugen, zu ermöglichen. Weniger Stau und Luftverschmutzung,
 1265 mehr Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit sind dabei unsere Ziele.

1266 Wir wollen, dass ein funktionierendes Miteinander im Verkehr gelingt und alle
 1267 sicher an ihr Ziel kommen. Das ist nur erreichbar, wenn überhöhte
 1268 Geschwindigkeiten reduziert werden. In der Regierung haben wir mit der Reform
 1269 des Straßenverkehrsrechts für Kommunen in einem ersten Schritt die Chance
 1270 geschaffen, leichter Tempo-30-Strecken einzurichten, den Fuß- und Radverkehr zu
 1271 stärken sowie verkehrsberuhigte und lebenswerte Quartiere zu schaffen. In einem
 1272 nächsten Schritt wollen wir unseren Kommunen noch mehr Spielräume einräumen,
 1273 etwa um flächendeckend innerorts Tempo 30 zu ermöglichen. Als einziges Land
 1274 weltweit erlaubt Deutschland das unbegrenzte Rasen auf Autobahnen – zum Schaden
 1275 von Menschenleben und Umwelt. Ein Sicherheitstempo von 130 km/h auf Autobahnen
 1276 als generelles Tempolimit ist deshalb überfällig. Für Landstraßen wollen wir die
 1277 Spielräume für Tempo 80 aus ortsspezifischen Gründen deutlich erweitern, um die
 1278 Verkehrssicherheit zu erhöhen. Den Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße
 1279 wollen wir auf europäisches Niveau bringen.

1280 Um Verkehrsräume zu Stadträumen mit Aufenthaltsqualität zu entwickeln, werden
 1281 wir öffentliche Räume attraktiver gestalten, Barrierefreiheit ausweiten und die
 1282 Verkehrssicherheit insbesondere von Schulwegen erhöhen. Wir wollen den
 1283 Stadtbau stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern, etwa um Ausnahmen
 1284 bei der Barrierefreiheit im Nahverkehr zu beenden. Unser Leitbild dabei ist die
 1285 Vision Zero, also eine komplette Vermeidung von Verkehrstoten.

1286
 1287 Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -beruhigung sind für uns wichtige Faktoren,
 1288 um lebenswerte Städte und Gemeinden zu schaffen. Deshalb setzen wir auf
 1289 angepasste klimafreundliche Konzepte, die unnötige Pendelfahrten vermeiden wie
 1290 mehr Coworking, gerade auch in ländlichen Regionen. Zudem setzen wir auf bessere
 1291 Nahmobilität wie sichere Schulwege und Radwege. Auch passgenaue
 1292 Nahverkehrskonzepte wie Stadtbahnen oder klimaverträgliche Fährkonzepte werden
 1293 wir unterstützen.

1294 **Für eine verlässliche und bezahlbare Bahn**

1295 Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschungel im öffentlichen
 1296 Personennahverkehr (ÖPNV) gelichtet, Millionen von Kund*innen entlastet und ein
 1297 attraktives Angebot entwickelt: Bus und Bahn im Nahverkehr sind heute so günstig
 1298 wie nie zuvor. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das
 1299 Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel
 1300 ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen.
 1301 Insbesondere bei Jobtickets sehen wir noch Potenziale. Darüber hinaus begrüßen
 1302 wir es, wenn Länder und Tarifverbünde Regelungen treffen, um junge Menschen
 1303 kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Neben dem
 1304 Deutschland-Semesterticket wollen wir auch Lösungen für Auszubildende und
 1305 Freiwilligendienstleistende finden, zudem ein bundesweit vergünstigtes Angebot

1306 für Menschen mit geringem Einkommen. Solche passgenauen Angebote, entkoppelt vom
1307 Normalpreis, wollen wir bundesweit ausbauen.

1308 Wir werden das Nahverkehrsangebot in Deutschland weiter verbessern, um die
1309 Fahrgastzahlen in klimaneutralen Bussen und Bahnen bis 2040 zu verdoppeln.
1310 Bundesmittel wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder für den
1311 Nahverkehr weiter steigern. Die Regionalisierungsmittel wollen wir so erhöhen,
1312 dass Kostensteigerungen und ein an den Fahrgastzielen orientierter
1313 Angebotsausbau gleichermaßen berücksichtigt werden. Auch wollen wir die Länder,
1314 Kommunen und Verbünde dabei unterstützen, fahrscheinlosen Nahverkehr anzubieten
1315 und neue Finanzierungsquellen wie eine Beitragsfinanzierung zu erschließen.

1316 Der öffentliche Nahverkehr soll mittelfristig im ganzen Land ein
1317 alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen Taktverkehren garantieren, mit
1318 Schwerpunkt auf die gute Anbindung von Schulen, Ausbildungstätten und
1319 Freizeiteinrichtungen. Damit man einfach überall vorankommt, wollen wir uns für
1320 einen einfachen, anbieterübergreifenden Ticketkauf über Verkehrs- und
1321 Tarifverbünde hinweg einsetzen. Unser mittelfristiges Ziel ist eine
1322 Mobilitätsgarantie, die alle Dörfer vom frühen Morgen bis in die späten
1323 Abendstunden mindestens einmal pro Stunde anbindet. In ländlichen Regionen
1324 wollen wir Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen aufwerten, an denen regional
1325 zugeschnittene Lösungen für vernetzte Mobilität angeboten werden. Zudem wollen
1326 wir Busse und Bahnen zu Orten machen, in denen sich Fahrgäste wohlfühlen. Neben
1327 der Sauberkeit gehört dazu für uns auch die Sicherheit vor Übergriffen,
1328 insbesondere gegenüber Frauen.

1329 Deutschland soll ein Bahnland werden, in dem man seine Wege preiswert,
1330 barrierefrei und bequem zurücklegen kann. Hier bleibt viel zu tun, aber der
1331 Anfang ist gemacht: Immer mehr Menschen fahren Bahn, Takte werden verbessert und
1332 neue Züge eingesetzt. Unser Ziel ist die beschleunigte Umsetzung des
1333 Deutschlandtaktes, der Städte und ländliche Regionen regelmäßig und verlässlich
1334 miteinander verbindet. Auch europäische Nachtzugverbindungen als komfortable und
1335 leicht buchbare Angebote wollen wir deutlich ausbauen. Wir setzen uns zudem für
1336 günstige, verlässliche und planbare Trassenpreise ein. Das Schienennetz, das wir
1337 marode vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im
1338 erforderlichen Maß ausbauen. Auch für den Schienengüterverkehr wollen wir
1339 Kapazitäten, zum Beispiel im Kombiverkehr, ausbauen und die Verlagerung von
1340 Straßentransport auf die Schiene fördern. Unser Ziel ist, den Anteil der Schiene
1341 am Güterverkehr innerhalb eines Jahrzehnts auf 30 Prozent zu steigern.

1342

1343 Für unsere Ausbauziele im Schienenverkehr und im öffentlichen Nahverkehr, ganz
1344 gleich ob in S-Bahn, Regionalbus, der Stadtbahn oder auf klimaneutralen Fähren,
1345 sind gute Beschäftigungsbedingungen ein wesentlicher Faktor. Wir wollen dafür
1346 sorgen, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Nah- und Fernverkehr
1347 verbessert werden. Dazu gehört, dass wir uns für eine gute Entlohnung ihrer
1348 Arbeit, ob am Tag oder in der Nacht, einsetzen.

1349 **Für gleichwertige Lebensverhältnisse**

1350 In den ländlichen Regionen liegt viel Kraft. Hier gibt es von weltmarktführenden
1351 Unternehmen über fruchtbare Böden bis zu einzigartigen Naturschätzen vieles, was
1352 unser Land prägt. Die vielfältigen Landschaften und Siedlungen, die regionalen
1353 Kulturen und lokalen Traditionen gilt es zu schützen und die Gleichwertigkeit
1354 der Lebensverhältnisse zu verbessern.

1355 Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können,
1356 braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. Mit
1357 erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen
1358 schreiben. Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und
1359 Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden
1360 selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird. Durch
1361 Umbau und Sanierung können leerstehende Dorfkerne wieder lebendig werden. Eine
1362 digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für
1363 wirtschaftliche Innovation und Homeoffice – genauso wie für gesellschaftliche
1364 Teilhabe. Und das heißt: Glasfaser in Stadt und Land und Mobilfunk ohne
1365 Funklöcher. Mit digitalen Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe
1366 verbunden und gestärkt werden.

1367 Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare
1368 gesundheitliche Versorgung verlassen können. Kommunale Gesundheitszentren, in
1369 denen Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen unter einem Dach arbeiten,
1370 können in vielen Regionen das Angebot verstärken. Lebendige Ortskerne und offene
1371 Gemeindezentren sind oft die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement und
1372 Stärkung des Zusammenlebens. Lebendige Regionen entstehen durch passende
1373 Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und gute Infrastruktur – auch für junge
1374 Familien und ältere Menschen. Sie wollen wir unterstützen und fördern.

1375 **E. Eine Natur, die wir schützen**

1376 **Für eine intakte Natur**

1377 Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst:
1378 heute und in Zukunft. Wir schützen die Natur zudem um ihrer selbst willen. Damit
1379 schaffen wir die Grundlage für gute Lebensqualität und stärken die Demokratie
1380 mit einer resilienten Gemeinschaftsstruktur. Der Schutz von Klima und Natur
1381 sollen daher im Grundgesetz verankert werden. Eine intakte Natur ist
1382 mitentscheidend, Klimaneutralität zu erreichen. Naturnahe Wälder, Moore und Auen
1383 binden billig und effizient CO₂ aus der Luft. Mit dem Aktionsprogramm
1384 Natürlicher Klimaschutz sind wir diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben
1385 die Naturschutzfinanzierung in Deutschland vervielfacht. Das wollen wir
1386 verstetigen, erweitern und inhaltlich fortentwickeln und damit die Mittel für
1387 den natürlichen Klimaschutz über 2028 hinaus anwachsen lassen.

1388 Unser Anspruch ist es, dass internationale Vereinbarungen und im europäischen
1389 Recht im Naturschutz konsequent eingehalten und umgesetzt werden. Europäisch ist
1390 ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Um das

1391unter Einbeziehung einer naturverträglichen Nutzung schnellstmöglich umzusetzen,
1392werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur gesetzlich garantiert zur
1393Verfügung stellen, denn auch ökosystembasierter Natur- und Artenschutz liegt in
1394einem überragenden gesellschaftlichen Interesse.

1395Dazu wollen wir einen Schub für den Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen
1396weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische und schnellere Ausweisung von
1397Naturschutzgebieten und die Übertragung von weiteren geeigneten Flächen ins
1398Nationale Naturerbe sowie zusammenhängende Biotopverbünde und Großschutzgebiete
1399nach dem Vorbild des ostdeutschen Großschutzgebietsprogramms während der
1400Friedlichen Revolution.

1401Frei fließende Flüsse, naturnahe Wälder und Auen, Moore und extensiv genutzte
1402Agrarlandschaft sowie wilde Weiden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein und
1403müssen – wo immer möglich – erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden. Den
1404unnatürlichen und unwirtschaftlichen Ausbau der Flüsse, wie er zum Beispiel an
1405der Mittelelbe oder an der Grenzoder geplant ist, lehnen wir ab und wollen die
1406rechtlichen Grundlagen der grenzüberschreitenden Flusspolitik gemeinsam mit
1407unseren Nachbarländern naturgerecht ausrichten. Wir gestalten die Energiewende
1408naturschutzverträglich und lösen unvermeidbare Zielkonflikte zwischen
1409erneuerbaren Energien sowie Natur- und Artenschutz auf der Grundlage neu
1410gewonnener Erkenntnisse und steuern dort, wo es notwendig ist, unter Einbindung
1411des Fachverständes von Wissenschaft, Naturschutz und Planer*innen nach.

1412Unsere Verantwortung für besonders typische Lebensräume wie das Wattenmeer,
1413Buchenwälder und Streuobstbestände sowie für besonders bedrohte Arten wie den
1414Luchs oder Feuersalamander werden wir durch Artenhilfsprogramme und besondere
1415Schutzmaßnahmen wahrnehmen. Den Bundesnaturschutzfonds werden wir weiter stärken
1416sowie digitale Tools für Biodiversitätsforschung und -schutz vorantreiben.

1417Um dies alles umzusetzen, braucht es mehr Unterstützung für die
1418Zivilgesellschaft, insbesondere in ländlichen Räumen. Denn der Erfolg des
1419Aktionsprogramms zeigt: Die Menschen, die Kommunen und viele Unternehmen wollen
1420mehr Natur – es sind die Engagierten und Organisationen vor Ort, die sehr oft
1421der Motor des Natur- und Artenschutzes sind. Deshalb braucht es für einen
1422funktionierenden Umwelt- und Naturschutz ein starkes Verbandsklagerecht.

1423Die Staatengemeinschaft hat vor zwei Jahren in Montreal eine globale
1424Vereinbarung für den Schutz der Natur und Artenvielfalt mit ambitionierten
1425Zielen beschlossen – das ist auch für uns ein klarer Auftrag, für den Erhalt und
1426die Wiederherstellung intakter Ökosysteme zu arbeiten. Wir setzen uns für eine
1427schnelle Umsetzung des vereinbarten Ziels von 30% effektivem Schutz der Land-
1428und Meeresfläche bis 2030 ein. Mit einer verbindlichen Nationalen
1429Biodiversitätsstrategie und einem Biodiversitätsgesetz und einem
1430Biodiversitätsgesetz werden wir diese Ziele national umsetzen. Bei
1431unvermeidbaren Eingriffen setzen wir dabei weiterhin auf den Vorrang des
1432Ausgleichs in Form von konkreten Naturschutzprojekten in der Fläche.

1433Wir können nur das schützen und schätzen, was wir kennen. Umweltbildung ist
1434lebenslanges Lernen und findet durch eigene Erfahrungen und Erlebnisse in der

1435 Natur, Bildung an Lernorten, in Kita, Schule und zu Hause statt. Das wollen wir
1436 fördern.

1437 Unsere Kulturlandschaft ist Lebensraum vieler gefährdeter Arten – wir wollen
1438 Landnutzung und Naturschutz in Einklang bringen. Dort wo Artenschutz wirkt,
1439 treten bei wenigen Tierarten auch Konflikte auf. Wir schaffen die Balance
1440 zwischen pragmatischen Lösungen vor Ort wie zum Beispiel schnelleren und
1441 unkomplizierteren Abschüssen von Wölfen in problematischen Ausnahmefällen,
1442 Koexistenzmaßnahmen wie Herdenschutz, unbürokratischen Entschädigungen und den
1443 Anforderungen des Naturschutzes. Das für die Biodiversität wichtige EU-
1444 Naturschutzrecht mit seinem Gebiets- und Artenschutz werden wir dabei erhalten
1445 und konsequent umsetzen. Geschützte Arten wie der Wolf gehören nicht ins
1446 Jagdrecht. Das ist auch ein Beitrag zur Bürokratievermeidung.

1447 Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken wie die
1448 Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder Arten etwa mittels
1449 gentechnischer Methoden (Gene Drives) ausgeschlossen werden.

1450 Unsere Wälder sind wichtig für die Artenvielfalt und Verbündete beim
1451 Klimaschutz. Gleichzeitig dienen sie als Erholungsräume für die Gesundheit des
1452 Menschen, Orte der Wildnisentwicklung und Grundlage für die forstwirtschaftliche
1453 Nutzung. Aber wir erleben ein zweites Waldsterben. Die Klimakrise hat in
1454 Verbindung mit dem großflächigen Nadelholzanbau, mit Trockenheit und
1455 Schädlingsbefall dazu geführt, dass Wälder inzwischen weniger CO₂ speichern als
1456 erwartet. Wir werden deshalb naturnahe und strukturreiche Wälder mit heimischen
1457 und standortgerechten Baumarten erhalten und entwickeln.

1458 Um das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz,
1459 das eine möglichst natürliche Entwicklung zu widerstandsfähigeren und
1460 artenreichen Mischwäldern vorsieht. Wir unterstützen die Waldbesitzenden und
1461 stärken die Forstbehörden für ein Waldmanagement, das den Anforderungen von
1462 Natur-, Klima- und Tierschutz gerecht wird. Damit eine natürliche Waldverjüngung
1463 auf der gesamten Waldfläche möglich wird, ist ein differenziertes
1464 Wildtiermanagement notwendig. Für eine nachhaltige Holznutzung setzen wir auf
1465 eine Weiterentwicklung der holzverarbeitenden Wirtschaft hin zu langlebigen
1466 Produkten. Dafür fördern wir die Holz- und Waldforschung.

1467 **Für eine gesunde Umwelt**

1468 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1469 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer
1470 natürlichen Lebensgrundlagen. Mit intakten Böden, frischer Luft und
1471 Rückzugsorten, an denen man auch mal seine Ruhe genießen kann, sorgen wir für
1472 mehr Lebensqualität. Ob dreckige Luft oder Lärm, im Luftkurort genauso wie an
1473 der viel befahrenen Straße in der Stadt: Wir wollen die Leitlinien der
1474 Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes
1475 Leben in Deutschland und Europa machen. Durch einen stärker vorsorgenden Ansatz
1476 und ein neues Bodenschutzgesetz bringen wir den Schutz unserer Böden ins 21.
1477 Jahrhundert. Dies bedeutet weniger giftige Stoffeinträge in den Boden, weniger

1478 Pestizideinsatz inklusive eines Komplettverzichts auf besonders schädliche
1479 Substanzen wie Glyphosat und Neonikotinoide, und einen insgesamt schonenden
1480 Umgang aller mit der Ressource Boden. So erhalten wir die Leistungsfähigkeit
1481 unserer Böden und entfesseln ihre Kraft.

1482 Unser Ziel ist es, den Verpackungsmüll wirksam zu reduzieren und die Vermüllung
1483 von Landschaft und Gewässern zu stoppen. Kunststoffhersteller werden wir stärker
1484 an den Umweltkosten ihrer Produkte beteiligen. Spätestens ab 2045 soll kein
1485 vermeidbarer Verpackungsmüll mehr anfallen.

1486 Private Feuerwerke stellen zunehmend eine unzumutbare Belastung für unsere
1487 Kommunen dar. Auch kommt es zu häufig zur missbräuchlichen Verwendung. Daher
1488 wollen wir private Feuerwerke reduzieren, um die Auswirkungen auf Menschen,
1489 Tiere und Umwelt möglichst gering zu halten: Wir stärken Städte und Gemeinden
1490 bei der Einschränkung von Feuerwerk und schaffen Rechtssicherheit bei der
1491 Aussprache von Verbotszonen für alle Kategorien von Feuerwerk. Grundsätzlich
1492 halten wir ein ganzjähriges Verkaufsverbot für den Privatgebrauch für geboten
1493 und setzen uns für eine bundesweite Umsetzung ein.

1494 Bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien
1495 (REACH-Regelung) wollen wir schneller vorankommen und das erreichte Schutzniveau
1496 aufrechterhalten. Wir unterstützen einen Ansatz, der die Wechselwirkungen der
1497 Chemikalien berücksichtigt und die Risiken für Umwelt und Mensch im Fokus hat.
1498 Daher braucht es gerade für naturfremde Stoffe eine fundierte Prüfung und
1499 wachsame Zulassungsverfahren, sowie die strikte Anwendung des
1500 Verursacherprinzips im Abwasser- und Abfallmanagement. Wichtig sind uns dabei
1501 die Beschleunigung der Verfahren und die Verbesserung der
1502 Sanktionsmöglichkeiten.

1503 Stoffe, die den Menschen und Ökosysteme dauerhaft schädigen, wie die sogenannten
1504 Ewigkeitschemikalien nehmen wir besonders in den Blick. Wir setzen uns für ein
1505 differenziertes Vorgehen ein mit dem Ziel, nach und nach ganz aus ihrer
1506 Verwendung auszusteigen. Überall dort, wo sie nicht in kritischen Anwendungen
1507 sind oder gut ersetzt werden können, wollen wir ihre Verwendung zuerst rasch
1508 beenden.

1509 Wir haben aber gleichzeitig im Blick, dass wir kritische Anwendungen und die
1510 Produktion wichtiger Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure oder elektrischer
1511 Antriebe nicht gefährden, da noch nicht immer Alternativen verfügbar sind. Wir
1512 setzen uns für klare, sachgerechte Fristen für die Substitution ein. Dabei
1513 orientieren wir uns am neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Zudem
1514 fordern wir, dass in der Übergangsphase Einträge in die Umwelt auf ein absolutes
1515 Minimum reduziert werden. Wir wollen durch Anreize und eine Forschungsoffensive
1516 umweltfreundliche Alternativen fördern, damit diese schnell marktreif werden.

1517 Für die Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen.
1518 Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen stärker in die
1519 Verantwortung nehmen. Der Eutrophierung und der Vermüllung von Flüssen und
1520 Meeren wollen wir durch Abwassermanagement entgegenreten, Nährstoffeinträge

1521reduzieren. Besonders gefährliche und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen
1522nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen.

1523Die Verhandlungen für ein internationales Plastikabkommen wollen wir mit
1524verbindlichen Maßnahmen zur Verringerung der Herstellung von Plastik erfolgreich
1525abschließen. Unser Ziel ist eine Welt ohne Plastikverschmutzung. Wir wollen
1526Technik fördern, die ein umweltverträgliches Abfischen von Müll aus dem Meer
1527ermöglicht.

1528Mit dem Sofortprogramm zur Munitionsbergung in Nord- und Ostsee ist uns ein
1529Meilenstein zum Schutz unserer Meere vor giftigen Kriegsaltlasten gelungen. Wir
1530werden die kontinuierliche Fortführung der Bergungsarbeiten sicherstellen, damit
1531die Munition bis Mitte des Jahrhunderts aus unseren Meeren geborgen ist.

1532Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von
1533Umweltverbrechen setzen wir uns ein für die konsequente Umsetzung der neuen EU-
1534Umweltstrafrechts-Richtlinie in Deutschland sowie für die Ächtung von schwersten
1535Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des
1536Internationalen Strafgerichtshofs.

1537 **Für sauberes Wasser und lebendige Meere**

1538Sauberes Wasser ist zentral für unsere Gesundheit, unsere Lebensqualität und das
1539Funktionieren unserer Ökosysteme. Verschmutzung und die Klimakrise bedrohen
1540unsere Wasserressourcen. Wir sorgen dafür, dass wir weiterhin sauberes
1541Trinkwasser haben, dass die Landwirtschaft versorgt wird und unsere Flüsse, Seen
1542und Meere intakt bleiben. Wir stehen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie und setzen
1543sie gemeinsam mit den Ländern konsequent um, um den guten Gewässerzustand zu
1544erreichen.

1545Mit der Nationalen Wasserstrategie haben wir einen Masterplan vorgelegt, wie wir
1546diese Ziele erreichen. Wir wollen die finanziellen und personellen Bedingungen
1547schaffen, damit wir sie – gemeinsam mit den Ländern, aber auch über unsere
1548Landesgrenzen hinaus – effektiv umsetzen können. Um das ökologische
1549Gleichgewicht in unseren Flüssen besser zu schützen, braucht eine
1550gleichberechtigte Zuständigkeit von Wasserstraßenmanagement und Naturschutz.

1551Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür wollen wir
1552Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen,
1553speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Insbesondere wollen wir die
1554Wasserrückhaltefähigkeit von landwirtschaftlichen Flächen und Forsten spürbar
1555verbessern. Durch faire Entgelte, besonders für intensive Nutzer, wollen wir die
1556Nutzung lenken und dafür sorgen, dass Wassersparen noch stärker zur
1557Selbstverständlichkeit wird.

1558Die verletzlichen Ökosysteme unserer Meere brauchen besonderen Schutz. Deshalb
1559setzen wir uns für ein weltweites Moratorium beim Tiefseebergbau, eine
1560ambitionierte Umsetzung des internationalen Hochseeabkommens und Schutzgebiete
1561in der Antarktis ein. Auch in Nord- und Ostsee werden wir substanzielle Beiträge
1562zum weltweiten Ziel leisten, ein Drittel der Meere unter wirksamen Schutz zu
1563stellen. Wir entwickeln eine ambitionierte Meeresstrategie und schaffen echte

1564 Rückzugsgebiete für Fischschwärme und Meeressäuger. In mindestens einem Zehntel
 1565 der deutschen Nord- und Ostsee soll die Natur völlig unberührt bleiben, in denen
 1566 sich die Meeresnatur erholen kann, während neue Schutzregeln auch in den übrigen
 1567 Gewässern das Leben im Meer bewahren.

1568 Die Fischerei wollen wir auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft unterstützen,
 1569 unter anderem durch umwelt- und naturverträgliche Fangtechniken, wirksame
 1570 Schongebiete, alternative Einkommensmöglichkeiten und eine bessere regionale
 1571 Wertschöpfung. Dabei wollen wir den Einsatz öffentlicher Gelder auf
 1572 umweltverträgliche Nutzung konzentrieren, die dem Erreichen globaler und
 1573 europäischer Nachhaltigkeitsziele dient.

1574 Wir schreiben einen Fahrplan für den Ausstieg aus der Ölförderung in deutschen
 1575 Gewässern und der Gasförderung in Deutschland bis 2035. Darüber hinaus setzen
 1576 wir uns dafür ein, dass Schifffahrtsrouten – insbesondere an nahen
 1577 Schutzgebieten – auf den Prüfstand gestellt werden, schädliche Einleitungen
 1578 gestoppt, die Klärwerke an Nord- und Ostsee ertüchtigt werden und gezielte
 1579 Programme zum Schutz vor Plastikvermüllung aufgelegt werden. Ein angemessener
 1580 Anteil der öffentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Meeresflächen für
 1581 Windkraftanlagen soll auch künftig direkt in den Meeresschutz und die
 1582 Entwicklung einer natur- und klimaverträglichen Fischerei fließen – so verbinden
 1583 wir umweltfreundliche Stromerzeugung mit dem Schutz der Meere.

1584 Wir fühlen uns dem Schutz des Wattenmeers besonders verpflichtet. Das Wattenmeer
 1585 ist eines der bioproduktivsten Ökosysteme weltweit. Es ist nicht nur Lebensraum
 1586 für Schweinswale und Robben, sondern auch eine unersetzliche Nahrungsquelle für
 1587 zahlreiche Zugvögel und Fischpopulationen. Dieser Schatz der Natur darf durch
 1588 Gasbohrungen um Borkum nicht zerstört werden.

1589 Die Meeres- und Polarforschung liefert dafür wichtige Beiträge. Wir sorgen für
 1590 die notwendigen Investitionen und setzen auf europäische Kooperationen.

1591 **F. Eine zukunfts feste Ernährung und** 1592 **Landwirtschaft**

1593 **Für starke Landwirtinnen und Landwirte**

1594 Um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht es krisenfeste
 1595 Betriebe, die sich auf die Veränderungen einstellen können und ein verlässlicher
 1596 Partner beim Schutz der natürlichen Grundlagen sind. Auf dem Weg zu einer
 1597 zukunfts festen und klimafreundlichen Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz,
 1598 den Unternehmergeist und das Wissen der Landwirt*innen, gerade auch Frauen,
 1599 Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen wollen wir dabei besser unterstützen.
 1600 Erste Weichen konnten wir in dieser Wahlperiode stellen, dennoch gibt es viel zu
 1601 tun.

1602 Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die
 1603 Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis
 1604 für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende

1605Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche
1606Leistungen.

1607Die Wettbewerbsposition von Landwirt*innen gegenüber anderen Akteuren der
1608Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des
1609Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und
1610verankern verbindliche schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und
1611Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im
1612oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

1613In Landwirtschaft und Fleischindustrie – gerade in der Saisonarbeit – gibt es
1614noch viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Hier gilt es, guten Arbeits-,
1615Gesundheits- und Sozialversicherungsschutz sicherzustellen. Die Hoheit über die
1616von der Agrarindustrie erfassten Betriebsdaten muss bei den landwirtschaftlichen
1617Betrieben verbleiben.

1618Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Biodiversitäts-
1619und Klimaschutz.

1620Wir unterstützen Landwirt*innen beim Übergang auf nasse Bewirtschaftung und
1621werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Genehmigungsverfahren für den
1622Umstieg einfacher und schneller funktionieren und landwirtschaftliche Flächen
1623durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.

1624Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten
1625Konsumgewohnheiten aus tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen
1626Gründen. Bei stetig sinkendem Fleischkonsum sind industrielle Tierhaltung und
1627Billigexporte keine langfristig tragfähigen Konzepte. Zukunftsfähig ist dagegen
1628sowohl im Sinne der Unternehmen als auch der Tiere: weniger Tiere besser halten.

1629Tiere brauchen mehr Bewegungsfreiheit. Wir haben den Umbau der Ställe für
1630Schweine hin zu einer tiergerechteren Haltung so stark gefördert wie keine
1631Bundesregierung zuvor. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in der nächsten
1632Legislatur dafür ausreichend Mittel gibt, um die Lebensbedingungen für alle
1633Tiere zu verbessern und die Haltung den Bedürfnissen der Tiere anzupassen.

1634Weidehaltung auf extensivem, artenreichen Dauergrünland hat sowohl positive
1635Biodiversitäts- wie auch Klimaeffekte. Das wollen wir ebenso fördern wie die
1636Wiedereinführung robuster Rassen, die mit dieser Haltungsform gut zurechtkommen.
1637Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt und
1638ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese
1639Kennzeichnung werden wir bürokratiearm auch auf die anderen Tierarten und die
1640Außer-Haus-Verpflegung ausweiten.

1641Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Menschen gefragt. Deshalb wollen
1642wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk
1643zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler
1644Wertschöpfungsketten. Zusätzlich soll eine Lebensmittelverarbeitungsstrategie
1645erarbeitet werden, die unter anderem die externalisierten wahren Kosten
1646wissenschaftlich betrachtet. Dem Ausverkauf landwirtschaftlichen Bodens durch
1647sogenannte Share Deals treten wir entschieden entgegen.

1648Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt*innen treiben wir etwa durch
1649den Ausbau von Agri-Photovoltaik, Agri-Tourismus sowie die Stärkung von
1650pflanzlichen Rohstoffen als Baustoffe, wie z. B. Schilf oder Hanf, voran. Den
1651Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf wollen wir gesichert
1652straffrei ermöglichen. Und wir unterstützen Betriebe sowie die ganze
1653Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise
1654alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen. Das Kompetenzzentrum
1655„Proteine der Zukunft“ und das Chancenprogramm Höfe werden wir entsprechend
1656weiterführen. Wir stärken die Forschungsförderung und sorgen für effiziente und
1657zuverlässige Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel wie moderne
1658Fermentationsverfahren und Zellkultivierung.

1659**Für die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung**

1660Die Auswirkungen der Klimaerhitzung, des Insektensterbens und der Umgang mit
1661unseren Böden sind zentrale Herausforderungen für unsere Ernährungssicherheit.
1662Zukunftsfeste Landwirtschaft stellt sich diesen Herausforderungen. Dafür braucht
1663es neben mehr Wertschätzung auch genügend Wertschöpfung. Wir unterstützen
1664Effizienzgewinne durch die Nutzung digital gestützter Arbeitsmethoden in der
1665Landwirtschaft und setzen uns für EU-weite Standardisierung ein. Unnötige
1666Bürokratie werden wir aktiv abbauen, ohne notwendige Standards im Umwelt-, Tier-
1667und Verbraucherschutz abzubauen.

1668Landwirtschaft und Umwelt brauchen einen möglichst sparsamen und bedachten
1669Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Die Einführung einer Nährstoffbilanz
1670unterstützt den gezielteren Düngereinsatz und kann helfen, ihn zu senken. Mit
1671der Umsetzung der EU-Farm-to-Fork-Strategie kann der Pestizideinsatz EU-weit bis
16722030 halbiert werden. Hierzu fördern wir den Ökolandbau sowie setzen auf
1673Innovation, Digitalisierung, Weiterbildung und die konsequente Umsetzung
1674agrarökologischer Maßnahmen. Eine einkommenswirksame und gemeinwohlorientierte
1675Honorierung von Umwelt- und Biodiversitätsleistungen ist für uns dabei ein
1676wichtiges Instrument.

1677Und wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen wie eine Pestizidabgabe, die
1678wirksam und unbürokratisch ist und zur Förderung umweltschonender Methoden des
1679Pflanzenschutzes genutzt werden kann. Wir kämpfen gegen das Wildbienensterben
1680und unterstützen die Imkerschaft bei ihrem Kampf gegen das Honigbienensterben.

1681Außerdem schaffen wir genügend geschützte Rückzugsräume für die Natur – in
1682Brachen, Feuchtgebieten, Feldhecken und anderen Strukturen der Agrarlandschaft.
1683Kooperativer Naturschutz mit erfolgsabhängiger Förderung ist dabei ein
1684interessanter Ansatz, vor Ort neue Potentiale für naturerhaltende
1685Bewirtschaftung zu erschließen. Wir setzen uns auch für bestäuberfreundliche
1686ökologische Pflanzenzüchtung und Permakultur ein. Wir bringen Agroforstsysteme
1687raus aus der Nische und rein in die Fläche. Wir unterstützen die Landwirt*innen
1688dabei, hier Bäume und Ackerkultur zu kombinieren. Damit leisten sie einen
1689Beitrag zum Schutz der Böden und Artenvielfalt. Genetische Vielfalt wollen wir
1690ebenso fördern wie die Züchtung und Einführung robuster Sorten, die mit weniger
1691Pestiziden und synthetischem mineralischen Dünger auskommen und an die

1692 Klimabedingungen angepasst sind. Die Förderung schonender Bodenbearbeitung und
1693 mechanischer Unkrautregulierung im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz
1694 führen wir weiter.

1695 Die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ist unser Leitbild, sie spielt
1696 eine wichtige Rolle beim Schutz der natürlichen Grundlagen. Naturschonende
1697 Erzeugungsformen müssen einen Vorteil gegenüber Produktionsweisen haben, die
1698 starke Umweltfolgen nach sich ziehen. Um das Ziel 30 Prozent Ökolandbau bis 2030
1699 zu erreichen, setzen wir die Biostrategie 2030 konsequent um und stellen die
1700 notwendigen Mittel dafür bereit. Insbesondere für junge Landwirt*innen wollen
1701 wir den Einstieg erleichtern. Wir fördern die Innovationskraft der Biobetriebe
1702 und die Vermarktung. Und wir weiten die Forschung für den ökologischen Landbau
1703 deutlich aus.

1704 Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Daher
1705 wollen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion
1706 einführen und Agri-Photovoltaik und weitere Ansätze zu höherer Flächeneffizienz
1707 stärken. Bei der Biomasse setzen wir auf die sorgsame Kaskaden- und
1708 Mehrfachnutzung sowie auf die verstärkte Nutzung von Grünut aus der
1709 Landschaftspflege. Um den Einsatz von fossilen Brennstoffen auch in der
1710 Landwirtschaft schnell und deutlich zu senken, fördern wir die Entwicklung und
1711 Markteinführung von alternativen Antrieben und Treibstoffen.

1712 Übernutzte und geschädigte Böden gefährden die Neubildung sauberen Grundwassers
1713 und die Erzeugung gesunder Lebensmittel. Sie speichern weniger Wasser und
1714 verlieren relevante Nährstoffe. Dem wollen wir durch ein neues Bodenschutzgesetz
1715 vorbeugen.

1716 **Für gute Ernährung**

1717 Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt.
1718 Aber nicht alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine
1719 soziale Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind
1720 ernährungsbedingte Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die
1721 Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung
1722 verbessert wird. Ein erweitertes pflanzenbasiertes Angebot und eine
1723 verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln sollen für Verbraucher*innen mehr
1724 Auswahl und bessere Entscheidungsgrundlagen liefern. Dazu soll auch eine
1725 gerechtere Besteuerung pflanzlicher Lebensmittel beitragen.

1726 Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für
1727 Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes
1728 Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über
1729 Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für
1730 ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die
1731 besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Zudem tragen
1732 stark zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und
1733 Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir
1734 uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein. Wir

1735 begrüßen die Empfehlungen des Bürgerrats "Ernährung im Wandel", die wichtige
1736 Maßnahmenvorschläge enthalten, die wir aufgreifen wollen.

1737 Und wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch
1738 gut sind, weggeschmissen werden. Wir wollen deshalb, dass die Rettung und
1739 Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird, dafür verpflichtende Maßnahmen im
1740 Lebensmittelhandel einführen und das Retten von Lebensmitteln
1741 entkriminalisieren.

1742 **Für einen besseren Umgang mit Tieren**

1743 Tierschutz ist für uns eine Frage der Haltung. Seit 2002 ist er im Grundgesetz
1744 verankert. Wie für den Umwelt- und Naturschutz ergreifen wir schon immer auch
1745 für die Tiere konsequent Partei. Sowohl national als auch auf europäischer und
1746 internationaler Ebene setzen wir uns daher für eine Tierschutzgesetzgebung und
1747 hohe Standards ein, die Tiere wirklich schützen. Die meisten Tiere in
1748 Deutschland werden in der Landwirtschaft gehalten. Hier wollen wir, dass weniger
1749 Tiere besser gehalten werden, dass sie sich frei bewegen und ihrer natürlichen
1750 Lebensweise nachgehen können.

1751 Wir werden die Zucht stärker auf Tiergesundheit ausrichten und die bereits
1752 verbotenen Qualzuchten von Tieren endgültig beenden. Dazu gehören zum Beispiel
1753 Puten, deren Brustfleisch so schnell wächst, dass sie sich nicht mehr auf den
1754 Beinen halten können, oder auch Hunde und Katzen, die kaum atmen können.

1755 Tierquälerei soll entschiedener bestraft werden. Um Vollzugsdefiziten im
1756 Tierschutz zu begegnen, braucht es bessere Kontrollen. Wir wollen allen
1757 Menschen, die Tiere halten, Zugang zu den notwendigen Kenntnissen geben. Da
1758 Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für ihre bessere
1759 rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Dafür wollen wir unter
1760 anderem das in dieser Wahlperiode bereits geschaffene Amt einer oder eines
1761 Bundestierschutzbeauftragten verbindlich verankern und ein umfassendes
1762 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen.

1763 Unser Ziel ist, die Dauer von Tiertransporten europaweit auf vier Stunden zu
1764 begrenzen. Transporte aus Europa heraus wollen wir verbieten und Wege der
1765 Umgehung durch neue Transitländer verhindern und dafür unsere nationalen
1766 Spielräume nutzen. Schlachtmethoden und ihre Kontrollen wollen wir im Sinne des
1767 Tierschutzes verbessern. Dezentrale und mobile (Weide-)Schlachtungen vermeiden
1768 lange Transporte und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. Auch verbesserte
1769 Arbeitsbedingungen, die nicht auf Akkordlöhne, Stück- und Streckenprämien bei
1770 Schlachtung und Transport setzen, helfen beim Tierschutz.

1771 Tierversuche wollen wir durch eine wissenschaftliche Reduktionsstrategie
1772 verringern und – wo immer möglich – durch innovative, tierfreie Methoden
1773 ersetzen, die wir umfassend fördern und deren strukturelle Hürden wir abbauen
1774 wollen. Dafür entwickeln wir perspektivisch einen geeigneten rechtlichen Rahmen.
1775 Das stärkt auch den modernen Forschungsstandort Deutschland.

1776 Tiere in Not müssen besser versorgt werden. Tierheime und andere
1777 Auffangstrukturen sowie Notfallnummern sind bundesweit am Limit. Wir wollen,

1778 dass sie finanziell besser unterstützt und entlastet werden. Illegaler
1779 Tierhandel und unkontrollierter Wildtierhandel schaden den Tieren und erzeugen
1780 Gesundheitsrisiken für den Menschen. Sie gehören deshalb beendet. Wildtiere
1781 gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten auch nicht über
1782 gewerbliche Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle
1783 Importe von Wildfängen und die Einfuhr von Jagdtrophäen wollen wir beenden.

Kapitel 2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-K2 Kapitel 2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

Antragstext

- 1 Die Kraft unseres Landes fußt darauf, dass alle Menschen sich selbstbewusst
- 2 einbringen und entfalten können. Dass ihre Leistung, ihre Erfahrung und ihre
- 3 Kompetenzen etwas zählen und sich der Einsatz lohnt. Die Kraft unseres Landes
- 4 beruht auf den Menschen, die jeden Tag anpacken, in Fabriken und Büros, in
- 5 Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kindergärten und Universitäten.
- 6 Es geht darum, die aktuelle Verunsicherung in neue Sicherheit zu verwandeln.
- 7 Denn viele Menschen sind überlastet: Steigende Mieten und hohe
- 8 Lebenshaltungskosten sowie die steigenden Abgaben und hohen Steuern auf Löhne
- 9 und Gehälter machen das Leben für viele kaum mehr bezahlbar. Zu wenig
- 10 Kitapersonal und -plätze, die aufwendige Suche nach einem Arzttermin oder
- 11 langwierige Behördengänge machen das Leben anstrengend und kompliziert. Die
- 12 Digitalisierung und der Einsatz von KI hat Auswirkungen auf immer mehr Bereiche
- 13 des Alltags und des Arbeitslebens. Die Leute wollen gestalten, sich etwas
- 14 aufbauen, für ihre Familie sorgen, soweit möglich aus eigener Kraft. Dafür haben
- 15 sie gute Rahmenbedingungen verdient. Alle müssen sich darauf verlassen können,
- 16 dass der Staat die inklusiven Institutionen bereithält, die sie unterstützen.
- 17 Ein gutes Bildungssystem für alle Kinder und Heranwachsenden ist gleich in
- 18 mehrfacher Hinsicht der Zentralschlüssel für eine gute Zukunft unseres Landes
- 19 und unseres demokratischen Gemeinwesens. Hier entwickeln sich individuelle
- 20 Freiheit, die Möglichkeit zu persönlicher Selbstbestimmung ebenso wie die zu
- 21 gesellschaftlicher Teilhabe. Durch Bildung entscheiden sich die Lebenschancen
- 22 junger Menschen: Das fängt grundlegend mit der Kita an und reicht bis zu
- 23 Ausbildung oder Studium – und darf dort nicht enden. Und das gilt ganz gleich,
- 24 ob man im späteren Leben im Handwerk, der Wissenschaft, im
- 25 Dienstleistungsgewerbe oder der Industrie arbeitet. Mit der Bildung entscheidet
- 26 sich zudem, ob wir unser Land fit bekommen für die Anforderungen der neuen Zeit.
- 27 Wir statten die jungen Menschen mit Fähigkeiten aus, die in der neuen, digitalen
- 28 und klimaneutralen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Wir nehmen lebenslanges
- 29 Lernen ernst und stärken Bildungsformate für alle Lebensabschnitte.
- 30 Es ist an der Zeit, dem endlich auch in der Bundespolitik Rechnung zu tragen –
- 31 Hand in Hand mit Ländern und Kommunen in einem modernen Föderalismus. Wir
- 32 stärken unsere Bildungssysteme, auch damit sie in Zukunft Kindern mit
- 33 Migrationsgeschichte und aus sozioökonomisch benachteiligten Familien die
- 34 gleichen Chancen auf Teilhabe und Aufstieg ermöglichen.
- 35 Darüber hinaus stärken wir auch den diskriminierungssensiblen Umgang mit allen

36 Kindern von Anfang an und setzen uns für eine wertschätzende Haltung in der
 37 Bildungspolitik ein.

38 Gute Arbeit und faire Löhne sind die Grundlage dafür, sich etwas aufzubauen – in
 39 materieller Sicherheit. Arbeit ist aber auch der Ort, an dem Menschen gemeinsam
 40 etwas schaffen und sich als Teil der Gesellschaft erleben. Dabei muss es gerecht
 41 zugehen: Arbeit muss sicher und gesund sein, mit der Möglichkeit zu Aufstieg und
 42 Weiterbildung und so entlohnt sein, dass ein gutes Leben möglich ist. Ein
 43 gerechter Arbeitsmarkt schafft Wertschätzung, gesellschaftlichen Zusammenhalt
 44 und ermöglicht Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf. Das ist unser
 45 Ziel.

46 Die Frage des Wohnens ist entscheidend für die Umstände unseres Lebens. Die Wahl
 47 eines Arbeitsplatzes, die Möglichkeit einer Familiengründung und die Gestaltung
 48 des sozialen Umfelds hängen maßgeblich vom Wohnen ab. Es bezahlbar zu machen,
 49 ist also eine entscheidende soziale Herausforderung. Wir nehmen sie an,
 50 begrenzen effektiv Mieten, erleichtern das Bauen und den Zugang zu Eigentum.

51 Wir wollen für alle Menschen eine angemessene und unkomplizierte soziale
 52 Absicherung, die die elementaren Dinge eines Lebens in Würde abdeckt und an der
 53 alle Bevölkerungsgruppen fair mitwirken. Das gilt für ein gutes und
 54 solidarisches Gesundheitssystem, das für alle da ist. Das gilt für ein
 55 Pflegesystem, das verlässlich und bezahlbar ist und allen Menschen ein Alter in
 56 Würde ermöglicht. Das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche, deren
 57 Zukunft nicht von der Lotterie ihrer sozialen Umstände abhängen darf. Es gilt
 58 für Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Und es gilt für eine
 59 soziale Sicherung im Alter, die Geleistetes würdigt und die Angst vor der Armut
 60 nimmt.

61 **A. Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbares** 62 **Wohnen, faire Löhne**

63 **Für gute Arbeit und faire Löhne**

64 Gute Arbeit und faire Löhne sind entscheidend dafür, dass Menschen für sich und
 65 ihre Familien sorgen können, dass sie sich einbringen können und stolz auf den
 66 gemeinsam erreichten Wohlstand sein können. Wir wollen, dass alle Zugang zu
 67 guter Arbeit haben: durch eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, durch
 68 bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung
 69 der Arbeitsaufnahme bzw. die Abschaffung von Arbeitsverboten. Der
 70 Rechtskreiswechsel für Ukrainer*innen hat die Arbeitsmarktintegration
 71 erleichtert, indem er ihnen den Zugang zu Instrumenten der
 72 Arbeitsmarktintegration gegeben hat. Wir wollen, dass die Jobcenter Geflüchteten
 73 frühzeitiger Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt geben.

74 Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch
 75 anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es
 76 jetzt einen schrittweise steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 und
 77 das auch für unter 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60%

78 des Medianlohns aus der EU Mindestlohnrichtlinie in das deutsche
79 Mindestlohngesetz. Und es braucht eine stärkere Tarifbindung. Denn wer nach
80 Tarif arbeitet, verdient im Schnitt mehr und das unter besseren
81 Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung
82 von Tarifverträgen erleichtern. Durch ein Tariftreuegesetz werden wir größere
83 öffentliche Aufträge des Bundes an Unternehmen vergeben, die nach Tarif
84 bezahlen, was deutlich mehr als 90 Prozent des gesamten Auftragsvolumens des
85 Bundes umfasst. Wir wollen prüfen, wie wir bürokratiearm soziale Kriterien bei
86 großvolumiger Fördermittelvergabe verankern können. Durch eine Angleichung der
87 Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West wollen wir die Lohn- und
88 Gehaltsunterschiede langfristig überwinden.

89 Die betriebliche Mitbestimmung ist gelebte Demokratie. Sie macht die
90 Beschäftigten zu aktiven Akteuren bei der Gestaltung ihrer Arbeitswelt. Wenn die
91 Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen mitgestalten können, dann entsteht auch in
92 Zeiten von Veränderungsprozessen Vertrauen und Akzeptanz. Daher wollen wir die
93 betriebliche Mitbestimmung - also Betriebsräte, Personalräte, Schwerbehinderten-
94 , Jugend- und Ausbildungsververtretungen - stärken, indem wir die
95 Mitbestimmungsrechte in Sachen Klima- und Umweltschutz,
96 Qualifizierungsmaßnahmen, Personalentwicklung sowie Gleichstellung im Betrieb
97 erweitern. Wir unterstützen die Gründung von neuen Betriebsräten und ermöglichen
98 Online-Betriebsratswahlen. Betriebsräte sollen selbst entscheiden können, ob sie
99 analog oder digital arbeiten. Wir schaffen ein digitales Zugangsrecht der
100 Gewerkschaften im Betrieb und stufen die Behinderung der demokratischen
101 Mitbestimmung künftig als Officialdelikt ein. Zudem werden wir Regelungen zum
102 Beschäftigtendatenschutz schaffen, um Rechtsklarheit für Arbeitgeber sowie
103 Beschäftigte zu erreichen und die Persönlichkeitsrechte effektiv zu schützen.
104 Die Unternehmensmitbestimmung wollen wir stärken. Sie darf weder ignoriert noch
105 umgangen werden, auch nicht grenzüberschreitend.

106

107 Gegen Scheinselbstständigkeit, etwa bei Plattformunternehmen, den Missbrauch von
108 Werkverträgen und Schwarzarbeit wollen wir entschieden vorgehen. Die
109 Rechtsberatung für entsandte Beschäftigte wollen wir absichern. Zusätzlich
110 wollen wir die Gewerkschaften mit einem Verbandsklagerecht stärken.
111 Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab. Die Arbeitszeiterfassung muss für alle
112 Beschäftigten unbürokratisch und digital möglich sein und im Arbeitszeitgesetz
113 geregelt werden. In Branchen, die von Schwarzarbeit betroffen sind, muss dies
114 manipulationssicher erfolgen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit lehnen wir ab.
115 Den Schutz vor Mobbing werden wir verbessern. Den Arbeits- und Gesundheitsschutz
116 in der sich wandelnden Arbeitswelt bauen wir aus und passen ihn neuen
117 Herausforderungen an - insbesondere mit Blick auf die psychische Gesundheit.

118 Wir treten dafür ein, dass das kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die
119 gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert wird sowie die Ausnahmeklauseln für
120 die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen
121 Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbereich
122 bleibt hiervon unberührt.

123 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird
 124 Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis
 125 durchsetzen können. Die Realität sind aber Gender Pay Gap, Gender Care Gap und
 126 Gender Pension Gap. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig
 127 und vollständig umsetzen. Wir wollen mehr Transparenz über Lohngefälle
 128 herstellen, die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch
 129 Gleichstellung wirksam voranbringen. Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen
 130 verbessern wir durch gleiche Löhne und mehr Zeitsouveränität. Sie sollen mehr
 131 Einfluss nehmen können auf Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit, um eine bessere
 132 Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und eine gerechte Aufteilung von
 133 Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zu ermöglichen. Dazu gehört auch die
 134 Möglichkeit im Homeoffice und mobil zu arbeiten mit klaren Regeln und fairen
 135 Absprachen. Die Brückenteilzeit und das damit verbundene Rückkehrrecht in
 136 Vollzeit wollen wir weiten und individueller gestalten. Eine gute
 137 Kinderbetreuung und ein verlässliches Pflegesystem ist dabei wesentliche
 138 Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit aller Erziehenden und Pflegenden.

139 Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
 140 überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende. Denn
 141 sie führen vor allem für Frauen und in Kombination mit dem Ehegattensplitting zu
 142 einer Teilzeitfalle, weil sie den Anreiz setzen, weniger und ohne soziale
 143 Absicherung zu arbeiten. Dies verschärft auch den Arbeitskräftemangel und die
 144 Altersarmut. Um mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Gehälter am unteren Ende
 145 zu erhöhen, wollen wir Gehaltsangebote in Stellenausschreibungen grundsätzlich
 146 transparent machen.

147 **Für bezahlbares Wohnen**

148 Bezahlbares Wohnen ist zu einer der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit
 149 geworden. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft stehen vor Fragen wie: Kann
 150 ich an meinem Wohnort eine Familie gründen? Kann ich mir dort eine Wohnung
 151 leisten, wo ich ein Jobangebot habe? Wie kann ich im Alter wohnen? Wie kann ich
 152 eine behindertengerechte Wohnung finden? Wir wollen, dass Menschen in
 153 Deutschland bezahlbaren Wohnraum finden und sich keine Ängste und Sorgen um den
 154 Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Es braucht mehr Wohnungen, kluge und
 155 sozialverträgliche Modernisierung und den Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen
 156 im Bestand. Zudem wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer beenden, damit
 157 diese nicht mehr auf Mieter*innen umgewälzt werden kann.

158 Etwa die Hälfte der Menschen in unserem Land lebt zur Miete und muss dafür immer
 159 mehr Geld ausgeben. Wir werden die Mietpreisbremse verlängern und sie durch die
 160 Abschaffung von Ausnahmen verschärfen. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem
 161 bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden
 162 Schlupflöcher schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern
 163 überteuert als möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden.
 164 Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser
 165 qualifiziert werden. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig
 166 nachweisen können. Wir werden in angespannten Wohnungsmärkten einen Mietenstopp

ermöglichen. Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft werden, um den Nachweis für Mietende zu erleichtern und somit Verstöße gegen die Mietpreisbremse stärker zu ahnden. Indexmieten sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Zudem werden wir Mieterhöhungen durch eine Senkung der Kappungsgrenzen begegnen. Auch Gewerbemieter*innen brauchen einen Mieter*innenschutz.

Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen – ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir den Nationalen Aktionsplan zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit weiterentwickeln. Ziel bleibt es, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sind niedrigschwellige präventive Hilfen und zielgruppengerechte Angebote, etwa für Frauen und Familien, unerlässlich. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Der Housing-First-Ansatz ist ein zentraler Baustein, bei dem obdachlose Personen in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe "qualifizieren" zu müssen. Auch andere Instrumente wie soziale Wohnraumagenturen werden wir nutzen. Unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Aufenthaltsstatus müssen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Hilfesystem erhalten.

Mieter*innen wollen wir besser schützen. Wir wollen einen deutlich stärkeren Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei Kündigungen wegen Mietschulden, sowie eine Entfristung der Umwandlungsbremse. Wir wollen Mieter*innen besser über ihre Rechte aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, die Mieter*innen bei der Rechtsdurchsetzung zu unterstützen. Viele Menschen haben das Interesse, ihre Wohnung zu tauschen, weil sich ihre Lebensumstände geändert haben. So könnte Wohnraum besser genutzt werden. Wir wollen Menschen bei diesen Plänen unterstützen, indem wir den Wohnungstausch rechtlich erleichtern und Förderinstrumente für die Unterstützung von Mieter*innen anpassen und flexibilisieren.

Wohneigentum - sei es ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung - bietet Sicherheit, Freiheit und eine nachhaltige Altersvorsorge. Deshalb wollen wir die Chance auf Wohneigentum leichter zur Realität werden lassen. Wir wollen den Kauf und den Neubau des ersten, selbst genutzten Wohneigentums sowie den Umbau leer stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker und sozial gerecht fördern. Damit unterstützen wir vor allem junge Familien durch zinsgünstige staatliche Kredite. Insbesondere soll dabei die energetische Sanierung leer stehender Wohnungen, die Teilung von untergenutzten Einfamilienhäusern sowie Ausbauten für die Bereitstellung zusätzlichen Wohnraums gefördert werden. Wir entlasten bei den Nebenkosten, wie den Makler- und Notargebühren. Eine Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und die an den Klimaschutzziele ausgerichtet ist, erleichtert auch Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen den Zugang zu Wohneigentum. Wenn Mieter*innen gemeinschaftlich ihr Wohnhaus übernehmen wollen, beispielsweise durch eine

212 Genossenschaft, wollen wir das unbürokratisch durch günstige Kredite oder
213 Bürgschaften unterstützen.

214

215 Wir wollen Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter*innen verhindern. Wir
216 akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite
217 ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Diesen
218 Geschäftsmodellen wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum wollen wir diese
219 Akteur*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die
220 Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht
221 werden.

222 **Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen und** 223 **Sanieren**

224 Wir wollen gute Rahmenbedingungen für klimaverträgliches, schnelles und
225 möglichst preiswertes Bauen und Umbauen schaffen.

226

227 Dafür braucht es eine realistische Strategie für mehr Wohnraum. Der beste Weg
228 liegt darin, vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken,
229 ungenutzte Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen,
230 zweckentfremdete und leer stehende Gebäude wieder aktivieren. Mehrere Millionen
231 Wohnungen könnten auf diesem Weg bereitgestellt werden. Hier muss nicht
232 aufwendig neue Infrastruktur gelegt werden, was das Bauen einfacher und
233 günstiger macht. Um günstige Umbauten zu ermöglichen, wollen wir bau- und
234 steuerrechtliche Hürden und den Bürokratieaufwand senken. Der Umbau bestehender
235 Gebäude muss attraktiver werden als Bestehendes abzureißen und neu zu bauen.
236 Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und
237 bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene
238 Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß
239 zurückführen. Wo möglich, wollen wir es erleichtern, dass die energetische
240 Sanierung von Wohngebäuden mit Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird. Auch
241 seriell errichtete Wohngebäude leisten bei nachhaltigen Bauweisen einen
242 wirkungsvollen Beitrag, um Wohnraum schnell und preiswert zu schaffen. Diese
243 Ansätze wollen wir stärken.

244 Wohnraum und Bauflächen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Wir setzen uns
245 für eine Bodenpolitik ein, die sich auch am Gemeinwohl orientiert, und passen
246 das Baurecht entsprechend an. Wir richten einen Bundesbodenfonds ein und
247 unterstützen den Aufbau von kommunalen Bodenfonds. Bei Bodenwertsteigerungen
248 durch Planungsrechtänderungen beteiligen wir die öffentliche Hand stärker.

249 Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals,
250 sind zu schließen. Gleichzeitig stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen im
251 Ertragswertverfahren und den Milieuschutz. Den sozialen und gemeinnützigen
252 Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel für sozialen
253 Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche
254 Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Mit Investitions- und
255 Baukostenzuschüssen für den sozialen Wohnungsbau und die Neue
256 Wohngemeinnützigkeit sorgen wir dafür, dass die Belegungs- und

257 Mietpreisbindungen nicht mehr befristet sind. Die Neue Wohngemeinnützigkeit
258 wollen wir so zu einem schlagkräftigen Instrument des sozialen Wohnungsmarktes
259 ausbauen. Wir wollen den Trend zu einem steigenden Anteil von barrierefreien
260 Neubaumietwohnungen im sozialen Wohnungsbau deutlich beschleunigen und
261 unterstützen die Betroffenen stärker bei Umbaumaßnahmen, damit sie in ihren
262 Wohnungen selbstbestimmt leben können.

263

264 Wir stellen die soziale Gerechtigkeit beim Bauen und Sanieren in den Mittelpunkt
265 und fokussieren die Förderung stärker auf geringe und mittlere Einkommen.
266 Vorschüsse sollen ihnen Sanierungen ermöglichen. Die Effizienz steht zukünftig
267 stärker im Mittelpunkt einer finanziellen Förderung. Je kleiner das Einkommen
268 und je mehr Energie eingespart wird, desto höher die Förderung. Kleine
269 Sanierungsmaßnahmen wie die isolierte Kellerdecke, die gedämmte oberste
270 Geschossdecke und die Optimierung der bestehenden Heizung erzeugen eine große
271 Wirkung bei geringem Mitteleinsatz.

272 Klimaverträgliches Sanieren nützt nicht nur dem Klima, es reduziert auch
273 zukünftige Wohnkosten. Damit diese positiven Effekte auch bei Mieter*innen
274 ankommen, wollen wir klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter*innen verfügbare
275 öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen. Auch ist es
276 dringend notwendig, die jährliche Sanierungsrate deutlich zu erhöhen. Da die
277 Investitionen der Vermieter*innen nur zeitlich befristet umgelegt werden
278 dürfen, entlasten wir die Mieter*innen. Für klimaverträgliches Bauen und Sanieren
279 gibt es viele Wege: Manchmal sind es neue Technologien, manchmal der Rückgriff
280 auf bewährte Bautraditionen, die den Schlüssel dazu liefern. Über CO₂-
281 Bilanzierungen ermitteln wir die beste Umsetzung. Die Kreislaufwirtschaft beim
282 Bau ist ebenfalls entscheidend, damit Bauschutt vermieden, Rohstoffe geschont
283 und Material wiederverwendet werden kann. Wir führen einen digitalen Gebäudepass
284 für öffentliche Gebäude ein, um die Wiederverwendung von Baustoffen zu fördern.
285 Wir reduzieren Vorschriften, die der Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor im Weg
286 stehen. Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern,
287 wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform anerkennen.
288 Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf technischer und
289 rechtlicher Innovationen. Wir stehen für eine moderne, nachhaltige Baukultur in
290 der alle Formen des Zusammenlebens berücksichtigt werden. Dieses neue
291 Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe des Instruments des
292 Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen.

293

294 Wir wollen lebendige und zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren mit
295 attraktiven und Nutzungsdurchmischten Quartieren schaffen. Wir bauen dabei auf
296 eine ganzheitliche, quartiersbezogene Stadt- und Dorfentwicklung, die
297 klimaneutrale Mobilität, mehr Grün und mehr Wasserflächen sowie Beteiligung
298 ermöglicht. Hierfür wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung aufstocken
299 und die Anwendung der Innenentwicklungsmaßnahmen vereinfachen.

300 Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst immer mehr auf Kosten von
301 landwirtschaftlichen Flächen und Wald. Mit Raumordnung, Stadt- und
302 Regionalplanung allein ließ sich der Flächenverbrauch nicht wirksam reduzieren.

303 Deshalb setzen wir auf neue Instrumente, wie den Flächenzertifikatehandel oder
304 ein Baulandabgabemodell. So setzen wir Anreize, den Flächenverbrauch bis 2030
305 auf 30 Hektar pro Tag und langfristig auf Nettonull zu senken.

306 **Für ein gerechtes Steuersystem**

307 Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Vielen Menschen geht es gut. Aber es gibt
308 auch diejenigen, die sich außer Miete und Lebensmitteln kaum etwas leisten
309 können. Diese Menschen haben besonders unter der Inflation der vergangenen Jahre
310 gelitten. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahrzehnten so
311 weit aufgegangen, dass das reichste Prozent der Deutschen mittlerweile mehr
312 Vermögen besitzt als 90 Prozent der Gesellschaft zusammen. Damit zählen wir zu
313 den Ländern mit der ungleichsten Vermögensverteilung in Europa. Ein erheblicher
314 Teil der großen Vermögen in Deutschland stammt nicht aus eigener Arbeit, sondern
315 aus Erbschaften.

316 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im
317 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir haben
318 gute Konzepte, die die Vermögensungleichheit effektiv reduzieren. Zu möglichen
319 Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer,
320 eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher und eine nationale
321 Vermögenssteuer auf sehr hohe Vermögen. Wir wollen die Ziele Gerechtigkeit,
322 Gemeinwohlfinanzierung und den Erhalt von Betrieben, ihren
323 Investitionsmöglichkeiten und ihren Arbeitsplätzen zusammenbringen.

324 Das ist alles andere als einfach, aber wir möchten endlich etwas erreichen.
325 Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: eine Reform der
326 Erbschaftssteuer hin zu einem Modell mit personenbezogenem Lebensfreibetrag,
327 weitgehender Streichung bestehender Ausnahmen für außerordentlich große
328 Erbschaften (sebstbewohntes Eigentum bleibt befreit) und großzügigen
329 Stundensregelungen, den aktiven Einsatz für die Einführung der globalen
330 Milliardärssteuer sowie das Schließen weiterer offenkundiger
331 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung
332 wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und
333 Kapitaleinkünften. Gewerbesteuerdumping von Kommunen werden wir durch wirksame
334 Maßnahmen entgegentreten, unter Berücksichtigung des Hebesatzrechts der
335 Kommunen. Die erweiterte Kürzung für Grundstücksunternehmen im
336 Gewerbesteuerrecht streichen wir.

337 Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die
338 Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen
339 eine Anhebung auf mindestens 1.500 Euro. Dies wird dazu führen, dass mehr als
340 die Hälfte der Arbeitnehmer*innen keine Belege für ihre Steuererklärung mehr
341 sammeln muss. Wer höhere Auslagen hat, kann sie bei der Steuererklärung wie
342 gewohnt angeben. Wir prüfen weitere Pauschalen, um die Steuererklärung für
343 Bürger*innen und kleine Unternehmen wesentlich zu vereinfachen. Ziel ist das
344 Angebot, die Steuererklärung über die Deutschland-App abzugeben. Zudem befreien
345 wir Millionen Rentnerinnen und Rentner von der Steuerklärungspflicht, indem

346 wir deren anfallende Einkommensteuer automatisch durch die Versorgungsträger
347 einbehalten lassen.

348 Um insbesondere niedrige Einkommen, Alleinerziehende und auch Menschen, die mit
349 Bürgergeld aufstocken müssen, zielgenau und unbürokratisch zu entlasten, führen
350 wir Steuergutschriften ein. So ersparen wir den Menschen und unseren Behörden
351 immer mehr und kompliziertere Antragsverfahren und erreichen, dass jede Stunde
352 mehr an Erwerbsarbeit immer auch zu spürbar mehr verfügbarem Einkommen bei den
353 Menschen führt. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Unser Ziel ist es auch in
354 Zukunft niedrige Einkommen zu entlasten. Den Solidaritätszuschlag werden wir in
355 den Einkommensteuertarif integrieren.

356
357 Zu einer gerechten Besteuerung gehört ebenso, dass ein Onlineversandhaus seinen
358 Gewinn gleichermaßen besteuern muss wie ein Handwerksbetrieb. Als weiteres
359 Standbein setzen wir deshalb auf Einnahmen durch die lokale Besteuerung der
360 Gewinne multinationaler Konzerne. Wir unterstützen es, dass die UN hierfür eine
361 gerechte Grundlage ausarbeitet.

362
363 Das Mehrwertsteuersystem ist ein Flickenteppich ungerechtfertigter Sonderregeln
364 und Ausnahmen. Leider waren die Bemühungen vergangener Regierungen für eine
365 übefällige Reform nicht erfolgreich. Auch wenn wir wissen, dass eine
366 ganzheitliche Mehrwertsteuerreform ein sehr komplexes und mit vielen
367 Fallstricken verbundenes Unterfangen ist, wollen wir einen erneuten Versuch
368 starten: Über eine aufkommensneutrale Reform werden wir die Mehrwertsteuer
369 vereinfachen, entbürokratisieren und Fehlanreize abbauen. Hierfür werden wir aus
370 der Zeit gefallene Ausnahmen und Sonderregeln streichen.

371 Zur gerechteren Verteilung von Vermögen und für faire Aufstiegschancen
372 unterstützen wir Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen beim
373 Vermögensaufbau. Wir wollen an unsere Erfolge in der letzten Regierung wie die
374 Erweiterung der Förderung von "vermögenswirksamen Leistungen" anknüpfen, indem
375 wir zum Beispiel den Zuschuss zum Fondssparen bei den Vermögenswirksamen
376 Leistungen und den Sparerpauschbetrag spürbar anheben.

377 **B. Eine gute Bildung für gute Chancen**

378 **Für gute und verlässliche Kitas**

379 Gute Kitas und Kindertagespflege sind der entscheidende Grundstein für die
380 Zukunft unserer Kinder. Eine gute frühkindliche Bildung sowie ganztägige und
381 verlässliche Betreuungsinfrastruktur bietet Kindern faire Chancen von Anfang an
382 und ermöglicht Eltern, Familie, Beruf und andere Verpflichtungen besser zu
383 vereinbaren. Ein Gewinn für unsere Gesellschaft insgesamt.

384 Leider wird unser Land diesem Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Kitaplätze
385 fehlen in weiten Teilen des Landes. Dort, wo Eltern einen Platz für ihren
386 Nachwuchs bekommen, wird der Betrieb oftmals wegen Personalknappheit
387 eingeschränkt oder ganz eingestellt. Die Verlässlichkeit der Kitas ist nicht

388 überall und jederzeit gewährleistet. Es fehlen schon jetzt Erzieher*innen und
 389 Fachkräfte in anderen sozialen Bereichen. Wir wissen, dass bereits viele an oder
 390 über der Belastungsgrenze arbeiten. Diese Arbeitsbedingungen wollen wir
 391 verbessern. Deshalb investieren wir in gute Kitas, Kindertagespflegestellen und
 392 weitere soziale Betreuungsstätten sowie die Gewinnung von Erzieher*innen und
 393 unterstützenden Fachkräften. Wir setzen ein Maßnahmenpaket zur
 394 Fachkräftesicherung um. Darin machen wir uns für schulgeldfreie, vergütete
 395 Ausbildungen, einen attraktiven Arbeitsplatz, berufsbegleitende
 396 Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und
 397 flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen stark. Denn nur wenn ausreichend gut
 398 qualifizierte Fachkräfte ausreichend Zeit für ihre Arbeit haben, können unsere
 399 Kitas, Kindertagespflegestellen und sozialen Einrichtungen dauerhaft Bildung,
 400 Erziehung und Betreuung auf hohem pädagogischen Niveau ermöglichen.

401 Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2
 402 Milliarden Euro in gute frühkindliche Bildung. Diesen Weg setzen wir fort, indem
 403 wir bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich und in der Kindertagespflege
 404 gesetzlich festschreiben und im Bund die Investitionen in frühkindliche Bildung
 405 erhöhen und verstetigen. Für uns bedeutet Qualität, Kitas als Bildungsräume zu
 406 stärken, in denen Kinder Sprachen und MINT-Kompetenzen entdecken. Wir
 407 unterstützen Initiativen, die diese Art der frühkindlichen Bildung fördern. Ein
 408 besonderes Augenmerk legen wir auch auf Kitas mit einem hohen Anteil
 409 sozioökonomisch benachteiligter Kinder. Dort wollen wir besonders unterstützen.
 410 Damit eine gute Kindertagesbetreuung für alle offen ist, werden wir daran
 411 arbeiten, dass die Inanspruchnahme nicht von hohen Beiträgen abhängt. Wir fordern
 412 einkommensabhängige Kita-Gebühren als Standard.

413 Das Mitbestimmungsrecht von Kindern wollen wir weiter stärken und Konzepte zur
 414 Demokratieförderung flächendeckend umsetzen. Wir führen steuerliche Anreize für
 415 Unternehmen ein, die selbst oder in Kooperation Kitaplätze schaffen, sodass
 416 Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur Arbeitsstelle betreut werden
 417 können.

418 **Für starke Schulen für alle Kinder**

419 Schulen sind für Kinder und Jugendliche neben der Familie der Mittelpunkt ihres
 420 Lebens. Hier entwickelt sich die Persönlichkeit, hier wird gelebt, gelernt und
 421 gelacht. Daher ist es so wichtig, dass jede bzw. jeder sich dort zugehörig fühlt
 422 und angenommen wird. Schulen befähigen Kinder und Jugendliche auch dazu, ihre
 423 selbstbestimmte und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Daher hat jeder junge
 424 Mensch die beste Bildung verdient – ganz unabhängig von Wohnort, Herkunft oder
 425 sonderpädagogischem Förderbedarf.

426 Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland, daher braucht es mehr als
 427 provisorische und temporäre Lösungen für den Umgang mit Geflüchteten und
 428 anderen, die kurzfristig zu uns kommen. Wir wollen, dass Integration in und
 429 durch Bildung nicht nur auf dem Papier, sondern vor allem auch in der Realität
 430 eine Regelaufgabe unseres Bildungssystems wird, von der Kita über die Schule, in
 431 Hochschule und beruflicher Bildung. Sie sollen Orte sein, in denen Vielfalt und

432 diskriminierungssensibles Lernen gefördert wird und an denen Menschen ihre
433 Talente und Kreativität entdecken und entfalten können. Wenn junge Menschen
434 wieder stärker den Eindruck haben, dass sich ihre Anstrengungen lohnen, weil sie
435 etwas erreichen und sich etwas aufbauen können, können wir viele Potenziale neu
436 entfesseln. Um die Chancen für alle Kinder von Anfang an gleich zu gestalten,
437 setzen wir uns für diskriminierungssensible Fortbildungen in der
438 Kindertagespflege und Lehrer*innen-Ausbildung ein.

439

440 Den Startschuss für einen Bildungsaufbruch an Schulen haben wir in der
441 Bundesregierung gegeben: Als größtes Bund-Länder-Schulprogramm der Geschichte
442 unseres Landes haben wir mit dem Startchancen-Programm in Höhe von 20 Milliarden
443 Euro gemeinsam für einen kraftvollen Schub für mehr Bildungsgerechtigkeit
444 gesorgt.

445 Aber unser Land braucht deutlich mehr: Eine gemeinsame Bildungsoffensive, um
446 noch mehr Schulen, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zu erreichen. Mit
447 einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen wir Hand in Hand mit Ländern
448 und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.

449 Dadurch sorgen wir für moderne und barrierefreie Schulgebäude mit digital
450 ausgestatteten Klassenzimmern, attraktiven Bewegungsräumen, dichten Dächern und
451 funktionierenden Toiletten. Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit,
452 Schulpsychologie und Inklusion in multiprofessionellen Teams. Wir stärken die
453 Kompetenzen und Leistungen der Kinder und legen dabei einen Schwerpunkt auf den
454 Erwerb von Basiskompetenzen, die für einen erfolgreichen Bildungsweg
455 unverzichtbar sind. Wir fördern die politische Bildung, Demokratiebildung,
456 Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Außerdem setzen wir auf
457 den Aufbau von digitalen Fähigkeiten, Medienkompetenz und dem verantwortlichen
458 Einsatz von KI. Wir streben eine höhere gesellschaftliche Anerkennung des
459 Lehrberufs an, um insbesondere den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfälle zu
460 bekämpfen.

461 Die Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund,
462 Ländern und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den
463 Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote. Wir bauen die
464 Angebote der Mental Health Coaches an Schulen aus und wir setzen uns dafür ein,
465 dass Inklusion aller Schülerinnen und Schüler gemäß der UN-
466 Behindertenrechtskonvention an allen Schulen zur gelebten Realität wird. Dabei
467 ist gutes Schulmittagessen entscheidend für Ganztagsangebote und fördert die
468 Ernährungs- und Gesundheitskompetenz von Klein auf.

469 Diese Unterstützung soll dort ankommen, wo sie besonders gebraucht wird. Statt
470 nur nach dem Königsteiner Schlüssel nach Einwohnerzahl und Finanzkraft zu
471 finanzieren, wollen wir die Finanzierung stärker an den tatsächlichen Bedarfen
472 ausrichten. Wir brauchen eine engere Kooperation zwischen Bund, Ländern und
473 Kommunen in der Bildungspolitik. Wir fördern dabei die Zusammenarbeit zwischen
474 Schulen, Schulaufsicht, Schulträger und Jugendhilfe, zum Beispiel in regionalen
475 Bildungsnetzwerken. Wo verfassungsrechtliche Beschränkungen zuverlässige und
476 notwendige Investitionen in Bildung aktuell verhindern, werden wir mit den

477 Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen
478 Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch
479 über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen. Das Kooperationsverbot
480 wollen wir abschaffen.

481 Zudem wollen wir die Länder bei der Fachkräftegewinnung unterstützen - etwa
482 durch duale Studiengänge, Ein-Fach-Lehrkräfte und Wege für Quer- und
483 Seiteneinsteiger*innen. Gemeinsam fördern wir gesunde Arbeitsbedingungen,
484 inklusive Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte.
485 Außerdem verlassen über 50.000 Schüler*innen jährlich die Schule ohne Abschluss
486 - ein Risiko für Armut und geringe Teilhabe. Mit einer nationalen Strategie
487 wollen wir Schulabbrüche durch präventive und begleitende Maßnahmen verhindern.

488 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir außerdem auf die Sprachbildung legen.
489 Denn Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Wir wollen erreichen, dass alle Kinder
490 am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rechnen können, denn nur wer
491 die deutsche Sprache versteht und beherrscht, kann am Unterricht und der
492 Gemeinschaft teilhaben, sich entfalten und erfolgreich lernen. Die
493 Sprachförderung muss als durchgängiger Prozess angelegt werden, der in der Kita
494 beginnt und sich in der Schule sowie beruflichen Ausbildung fortsetzt. Dabei
495 verdient die Mehrsprachigkeit vieler Schüler*innen Respekt und die Stärkung
496 durch unsere Bildungseinrichtungen. Jedes Kind in Deutschland, unabhängig der
497 Sprachkenntnisse, soll Zugang zum regulären Bildungssystem erhalten.

498 **Für eine gute Berufsbildung, die allen offensteht**

499 Unser Land braucht weitere, energische Schritte für mehr Fachkräfte – in
500 Industrie und Handwerk ebenso wie in Kitas, Schulen und im Gesundheitssektor.
501 Nur so können wir den notwendigen Umbau der Wirtschaft und den demografischen
502 Wandel bewältigen. Oft bleiben Ausbildungsplätze aber unbesetzt, offene Stellen
503 können nicht nachbesetzt werden. Dabei stehen 2,9 Millionen junge Menschen in
504 Deutschland heute ohne Berufsabschluss da.

505 Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft
506 junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle, soziale und
507 rechtliche Rahmenbedingungen für Auszubildende. Wir werden die
508 Mindestausbildungsvergütung deutlich anheben, um die Attraktivität der
509 Ausbildung zu erhöhen und ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Wir wollen
510 für Menschen in Ausbildung auch den Führerscheinwerb fördern, eine Lösung für
511 ein Azubi-Deutschlandticket finden und den ÖPNV für Auszubildende attraktiver
512 machen. Wir fördern Auszubildendenwerke nach dem Vorbild der Studierendenwerke.
513 Im Fokus stehen Auszubildendenwohnheime, Betreuung ausländischer Auszubildender,
514 psychologische, soziale und rechtliche Beratung sowie kulturelle Angebote.
515 Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage sorgen wir dabei für einen
516 finanziellen Ausgleich, um die Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer
517 Betriebe zu fördern. Zur Unterstützung des Handwerks erhöhen wir die Förderung
518 der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung weiter. Außerdem stärken wir
519 Ausbildungsverbünde, um die Anzahl passender Stellen für Auszubildende und
520 Betriebe zu erhöhen. Wir werden die Ausbildungsgarantie inklusiv

521 weiterentwickeln und das Instrument der Assistierten Ausbildung verbessern, um
522 wirklich allen jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen.

523 Wir verbessern die Berufsorientierung für junge Menschen und informieren dort,
524 wo junge Menschen sind, insbesondere an Schulen. Dies erfordert den Abbau von
525 Fehlanreizen bei der Bundesagentur für Arbeit sowie die aktive Einbeziehung von
526 Ausbildungsbetrieben, Ausbildungsstätten und Hochschulen, Eltern sowie
527 Vorbildern aus der beruflichen Bildung. Durch eine flächendeckende Einrichtung
528 und Stärkung von Jugendberufsagenturen bieten wir eine zentrale Anlaufstelle für
529 Berufsorientierung, Ausbildungsplatzsuche und Begleitung während der Ausbildung.
530 Mehr barrierefreie, praxisnahe und inklusive Angebote können helfen, den
531 Horizont für die Berufswahl zu weiten. Dabei nehmen wir auch Dritte Orte als
532 Lern- und Begegnungsräume in den Blick.

533 Eine berufliche Ausbildung oder ein Studium ebnet gleichwertig einen starken Weg
534 in die berufliche Zukunft. Daher werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen
535 gesetzlich verankern. Wir wollen nicht, dass finanzielle Gründe oder die soziale
536 Herkunft darüber entscheiden, welcher der beiden Wege eingeschlagen wird. Nach
537 der Erhöhung des BAföG in dieser Wahlperiode machen wir es jetzt zukunftsfest,
538 für Studium und berufliche Bildung: Das BAföG soll existenzsichernd und
539 bedarfsgerecht sein. Deshalb setzen wir einen zuverlässigen Mechanismus ein, um
540 die Bedarfssätze und Freibeträge regelmäßig an die steigenden
541 Lebenshaltungskosten anzupassen. Wir prüfen die Absenkung des zurückzuzahlenden
542 Darlehens durch die Erhöhung des Zuschussanteils. Wir wollen das BAföG
543 elternunabhängiger gestalten und das Einkommen der Geschwister aus der
544 Berechnung herausnehmen. Die Wohnkostenpauschale soll den ortsüblichen Mieten
545 angepasst werden. Mögliche Förderlücken zwischen Anträgen müssen vermieden
546 werden. Für Berufstätige, die beispielsweise einen Meister machen wollen,
547 reformieren wir das Aufstiegs-BAföG und ermöglichen den Bezug des
548 Unterhaltszuschusses auch in Teilzeit, die Förderung gleichwertiger
549 Fortbildungsabschlüsse und von Orientierungsstudienphasen sowie ein vollständig
550 digitalisiertes Antragsverfahren. Für internationale Studierende und Geflüchtete
551 wollen wir sinnvolle Erleichterungen für die Aufnahme eines Studiums prüfen.

552 Wohnen ist eine entscheidende Voraussetzung, um eine Ausbildung oder ein Studium
553 erfolgreich zu absolvieren. Für mehr bezahlbaren, inklusiven und barrierefreien
554 Wohnraum möchten wir den Bau sowie die Sanierung von Wohnheimen über das von uns
555 in der laufenden Wahlperiode aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ verstetigen und
556 weiter fördern. Dabei achten wir darauf, dass jede und jeder über
557 Unterstützungsangebote informiert wird und diese wahrnehmen kann. Auszubildende
558 nehmen wir dabei verstärkt in den Fokus.

559 Wir werden die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen.
560 Veränderungen in allen Berufsfeldern machen Fort- und Weiterbildungen auch
561 abseits der klassischen Bildungswege unverzichtbar. Daher stärken wir die oft
562 unterschätzte Säule des Bildungssystems: lebenslanges Lernen.

563 **Für eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft**

564 Hochschulen sind Orte der Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie sind
 565 Triebfedern unserer Gesellschaft, indem sie Ideen und Lösungen für die großen
 566 und die ganz konkreten Probleme unserer Zeit entwickeln. Sie sind Orte der
 567 freien und kritischen Debatte und der produktiven Reibung, die entscheidende
 568 Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt und den Bestand einer
 569 demokratischen Gesellschaft sind.

570 Studium und Lehre fördern auch die Persönlichkeitsentwicklung. Gute Ausstattung
 571 und Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt fördern den
 572 gerechten Zugang.

573 Mit einer „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“ wollen wir Hörsäle, Labore,
 574 Mensen und Bibliotheken, die oftmals baufällig oder veraltet sind, gemeinsam mit
 575 den Ländern klimagerecht modernisieren und zu resilienten Experimentierräumen
 576 für den nachhaltigen, digitalen Wandel machen. Wir wollen sie mit sozialer
 577 Infrastruktur auch als Lern- und Lebensorte weiter entwickeln. Das digitale
 578 Lehren und Lernen wollen wir unterstützen.

579

580 Die bestehenden Bund-Länder-Pakte für Hochschule, Wissenschaft und Forschung
 581 wollen wir fortführen, weiterentwickeln und gezielt ergänzen.

582 Eine gute Grundfinanzierung, die Planungssicherheit schafft, stärkt die
 583 Hochschulen als Orte von Bildung, guter Arbeit und innovativer Forschung. Wenn
 584 sie richtig eingesetzt werden und die tatsächlich anfallenden Kosten abdecken,
 585 können Drittmittel zusätzliche Dynamiken entfachen. Daher wollen wir die
 586 Programm- und Projektpauschalen erhöhen und Bürokratie abbauen, damit sich
 587 Wissenschaftler*innen auf ihre Arbeit konzentrieren können.

588 Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für eine chancengerechte,
 589 zukunftsste Wissenschaft. Wir wollen den Anteil befristeter Beschäftigter, vor
 590 allem nach der Promotion, deutlich senken und dafür sorgen, dass Daueraufgaben
 591 auf Dauerstellen bearbeitet werden. Dafür wollen wir wissenschaftliche
 592 Qualifikation als Sachgrund für Befristungen enger fassen, alternative
 593 Berufswege neben der Professur stärken sowie moderne Governance- und
 594 Personalstrukturen schaffen. Diesen Wandel wollen wir in einem Programm
 595 gemeinsam mit den Ländern fördern. Die derzeit bestehende Tarifsperre wollen wir
 596 abschaffen sowie wissenschaftliche Arbeit und Familie besser vereinbar machen,
 597 u.a. durch eine feste Verankerung der Vereinbarkeit in wissenschaftlichen
 598 Qualifikationswegen. Wir wollen Frauen in der Wissenschaft gezielt fördern und
 599 Machtmissbrauch und Diskriminierung entgegenwirken.

600 Auch in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen wollen wir den
 601 internationalen Austausch der Wissenschaft fördern und vereinfachen, etwa durch
 602 schnellere Visaverfahren, die Stärkung der Mittlerorganisationen und bessere
 603 Beratung für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir wollen mehr Menschen
 604 den akademischen und beruflichen Austausch über Erasmus+ ermöglichen.

605

606 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage verantwortungsbewusster

607 Politik, und es ist zugleich Aufgabe der Politik, die Wissenschaftsfreiheit zu
 608 verteidigen. Unter anderem bedeutet dies, dass Entscheidungen über
 609 Forschungsförderung ausschließlich wissenschaftlichen Kriterien und nicht
 610 politischem Kalkül folgen. Der Verächtlichmachung ganzer Forschungsfelder, wie
 611 etwa der Klima- oder Geschlechterforschung, stellen wir uns entschieden
 612 entgegen, stärken die Wissenschaftskommunikation und schützen Betroffene vor
 613 Anfeindungen, Ausgrenzung oder Boykott aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder
 614 Staatsangehörigkeit.

615 **C. Mitten im Leben – in jeder Lebensphase**

616 **Für starke Familien**

617 Eltern mit Kindern stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Steigende Kosten,
 618 die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, besonders die Verantwortung
 619 Alleinerziehender, die Angst nicht mehr mitzukommen – all das bereitet Sorgen.
 620 Und die vielerorts mangelnde Kinderbetreuung kommt als weitere Belastung hinzu.
 621 Alle Familien sollen sich daher auf gute und unterstützende Rahmenbedingungen
 622 verlassen können. Dafür braucht es finanzielle Unterstützung, die Familien
 623 fördert und in schwierigen Lebensphasen Sicherheit gibt.

624 Kindergeld und Kinderfreibetrag sind die Basis für die Unterstützung von
 625 Familien. Mit der stärksten Erhöhung des Kindergeldes in den vergangenen 30
 626 Jahren und der Einführung des Sofortzuschlags, konnten wir Millionen von
 627 Familien auf dem Höhepunkt der Inflation gezielt entlasten. Um der Ungleichheit
 628 der Entlastung zwischen Kinderfreibetrag und Kindergeld entgegenzuwirken, wollen
 629 wir zunächst die Höhe des Kindergeldes gesetzlich an die regelmäßige Erhöhung
 630 des Kinderfreibetrages koppeln. Perspektivisch gleichen wir die Entlastung von
 631 Familien über Kindergeld und Kinderfreibetrag an, denn alle Kinder sollen das
 632 gleiche Maß an finanzieller Unterstützung erhalten – egal wieviel ihre Eltern
 633 verdienen.

634 Familienplanung ist ein Menschenrecht. Damit alle Frauen und Männer frei
 635 entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen, setzen wir uns für einen
 636 unbürokratischen und kostenfreien Zugang zu ärztlich verordneten
 637 Verhütungsmitteln für Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen und
 638 Geringverdiener*innen ein. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte
 639 Zugang zu Verhütungsmitteln für alle gelten. Mit dem Start ins Familienleben
 640 stellen viele Paare bereits die Weichen für die spätere Aufgabenteilung. Teilen
 641 sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt sich das häufig später auch in
 642 der familiären Aufgabenverteilung fort. Nehmen sich Väter Zeit für ihre Kinder,
 643 kehren Mütter früher und mit höherem Stundenumfang zurück in den Beruf. Das
 644 verschafft ihnen finanzielle Freiheit und sichert Fachkräfte. Die Elternzeit
 645 möchten wir deshalb so gestalten, dass mindestens jeweils ein Drittel der Zeit
 646 von jedem Elternteil genutzt werden kann. Damit setzen wir Anreize für eine
 647 partnerschaftlichere Aufteilung. Auch Pflegeeltern sollen Elterngeld erhalten.
 648 Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr

649 2007 unverändert ist, wollen wir auf 500 bzw. 2.400 Euro erhöhen. Zusätzlich
 650 werden wir die Ersatzrate für geringe Einkommen anheben.

651 Wir werden mit einer Familienstartzeit entsprechend der Regelungen der
 652 Europäischen Union Vätern und Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten
 653 zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der
 654 Arbeit freizustellen. Diese Möglichkeit soll es auch für Alleinerziehende geben
 655 und möglichst unbürokratisch bezogen werden können. So können Eltern gemeinsam
 656 ins Familienleben starten. Durch die Einführung eines gestaffelten
 657 Mutterschutzes wollen wir Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden, besser
 658 unterstützen, wenn sie dies möchten.

659 Für selbstständige Frauen ist der Sprung in die Familiengründung oft mit
 660 besonderem Wagnis verbunden. Doch auch sie brauchen Sicherheit und Schutz bei
 661 der Familiengründung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Selbstständige die
 662 Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.
 663 Hierzu sollen sich künftig auch Selbstständige an der dafür vorgesehenen
 664 Umlagefinanzierung beteiligen.

665 Wir wollen Eltern vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt besser schützen, zum
 666 Beispiel auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Auch über 2025
 667 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld beziehen können,
 668 Alleinerziehende an 30 Tagen. Die Altersgrenze wollen wir auf 14 Jahre anheben.

669 Allein- und getrennt erziehende Familien leben in vielfältigen Konstellationen.
 670 Viele Alleinerziehende stemmen Kinderbetreuung, Job und Haushalt und kommen
 671 finanziell kaum über die Runden. Wir wollen Alleinerziehenden den Rücken stärken
 672 und ihre Armutsrisiken minimieren. Dafür bauen wir den bestehenden Freibetrag
 673 für Alleinerziehende zu einer Steuergutschrift aus, wovon besonders kleine und
 674 mittlere Einkommen profitieren. Das Kindergeld rechnen wir nur noch zur Hälfte
 675 auf den Unterhaltsvorschuss an. So unterstützen wir Alleinerziehende und ihre
 676 Kinder gezielt. Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern
 677 wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern – mit Ansprüchen auf Beratung und
 678 Qualifizierungsmaßnahmen. Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie bei beiden
 679 Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im Steuer- und
 680 Sozialrecht berücksichtigen. Eine Festlegung auf ein Betreuungsmodell nach
 681 Trennung der Eltern als Regelfall lehnen wir ab. Vielmehr muss dieses dem
 682 Einzelfall angemessen und am Kindeswohl orientiert sein.

683

684 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich
 685 füreinander sorgen zu können, in dem wir das Modell der
 686 Verantwortungsgemeinschaft einführen, in gleicher Weise wie im bisherigen
 687 Koalitionsvertrag vorgesehen.

688 **Für die Teilhabe der Jüngsten – gegen Kinderarmut**

689 Kinderarmut bedeutet Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere
 690 Bildungschancen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut oder ist
 691 armutsgefährdet. Wir sind fest davon überzeugt, dass es keine Rolle spielen
 692 darf, in welchem Elternhaus ein Kind aufwächst oder woher es kommt.

693 Mit der von uns angestoßenen breiten öffentlichen Debatte über Kinderarmut in
694 Deutschland haben wir es geschafft, dass mehr Familien als bisher ihnen
695 zustehende Leistungen wie den Kinderzuschlag auch tatsächlich beantragen und
696 erhalten. Auch konnten sich Millionen von Familien über die stärkste Erhöhung
697 des Kindergeldes in den vergangenen 30 Jahren und die Einführung des
698 Sofortzuschlags freuen.

699 Allerdings werden Leistungen für Kinder weiterhin nicht von allen
700 Anspruchsberechtigten abgerufen. Deshalb müssen sie einfacher, digitaler,
701 bürgerfreundlicher und transparenter werden. Das gilt insbesondere für den
702 bisherigen Kinderzuschlag und die Leistungen der Bildung und Teilhabe, deren
703 direkte Abrufung durch beispielsweise Schulen, Sportvereine oder Musikschulen
704 wir erleichtern wollen. Deshalb wollen wir schnellstmöglich eine
705 Kindergrundsicherung einführen. Mit ihr wollen wir Antragsverfahren weiter
706 verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen
707 zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. Eltern müssen von Anfang an,
708 bei Geburt ihres Kindes, über ihre Ansprüche durch den Staat informiert werden.
709 Dazu führen wir einen Kindergrundsicherungs-Check ein, der prüft, in welcher
710 Höhe ein Kind Ansprüche auf Unterstützung hat und die Familien aktiv darüber
711 informiert. Wir machen aus der Holschuld der Eltern eine Bringschuld des Staates
712 für die Absicherung aller Kinder.

713 Für den Kampf gegen Kinderarmut wollen wir neben der Modernisierung der
714 Verwaltung zudem eine armutsfeste Neuberechnung des soziokulturellen
715 Existenzminimums für Kinder sowie eine bessere Unterstützung und Entlastung von
716 Alleinerziehenden bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen. Zusammen mit
717 den Ländern und Kommunen wollen wir außerdem auch für mehr Chancengleichheit im
718 Hinblick auf Mobilität, Lehrmittel und Wohnkosten sorgen. Den nationalen
719 Aktionsplan "Neue Chancen für Kinder in Deutschland" werden wir finanziell
720 unterfüttern, um benachteiligte Kinder zu unterstützen.

721 **Für einen guten Start der jungen Generation**

722 Junge Menschen mussten in der Pandemie für die älteren und vulnerablen Teile
723 unserer Gesellschaft zurückstecken und auf vieles verzichten. Die großen
724 Herausforderungen der vergangenen Jahre haben sie besonders gespürt. Deswegen
725 legen wir ein besonderes Augenmerk darauf, der jungen Generation Gehör zu
726 verschaffen, sie zu unterstützen und zu entlasten, sie in ihren Rechten zu
727 stärken und ihre Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen.

728 In den vergangenen Jahren sind viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vor
729 Ort weggebrochen. Damit sind besonders im ländlichen Raum wichtige
730 Begegnungsorte verloren gegangen. Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn
731 Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit
732 aufzubauen und zu stärken. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans, dem zentralen
733 Förderinstrument für Jugendarbeit und Jugendhilfe, und für die Frühen Hilfen,
734 die niedrigschwelligen Angebote für Familien mit kleinen Kindern in belasteten
735 Lebenslagen, wollen wir aufstocken und den Bedarfen entsprechend kontinuierlich
736 anpassen. Dabei wollen wir feministische Mädchen- und Jungenarbeit sowie

737 queersensible Angebote besonders fördern und sichere und selbst gestaltete
738 Jugendorte im öffentlichen Raum schaffen. Für alle Jugendlichen soll es sichere
739 und selbst gestaltete Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum geben.

740 Jugendverbände, die sich für Integration und Demokratie und gegen Antisemitismus
741 und Rassismus einsetzen, wollen wir gezielt unterstützen und Mehrsprachigkeit
742 als eine wertvolle Kompetenz fördern und damit jungen Menschen unabhängig von
743 Herkunft oder Aufenthaltsstatus faire Chancen und Teilhabe bieten.

744 Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren
745 verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Mit den Mental Health Coaches und ihren
746 Gruppenangeboten an weiterführenden Schulen konnten wichtige Anlaufstellen
747 geschaffen werden, die wir ausbauen wollen. Dabei legen wir besonderen Fokus auf
748 Schulen mit besonderen Bedarfen, wie den Startchancenschulen. Bewährte
749 Anlaufstellen, wie die Nummer gegen Kummer und andere Beratungsstellen, brauchen
750 eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung.

751

752 Wir wollen Kinder und Jugendliche vor den psychischen und sozialen Risiken der
753 exzessiven Nutzung sozialer Medien besser schützen. Junge Menschen haben ein
754 Recht auf sichere Teilhabe im Netz, das wir stärken wollen. Manipulative
755 Algorithmen von Social Media-Plattformen wollen wir strenger regulieren.
756 Algorithmen, die gezielt darauf ausgerichtet sind, unsere Kinder süchtig zu
757 machen, werden wir nicht dulden. Eltern unterstützen wir mit Voreinstellungen
758 für sichere Dienste und Geräte (kids-safety-by-default) sowie
759 Datenschutzregelungen, die die Privatsphäre von Kindern und Jugendlichen
760 schützt. Gleichzeitig soll ein Bürgerrat unter Einbeziehung von Kindern und
761 Jugendlichen zu aktuellen Fragen des digitalen Kinder- und Jugendschutzes
762 eingesetzt werden. Ziel ist es, bis Ende der Wahlperiode ein weiteres
763 Maßnahmenpaket im Deutschen Bundestag zu beschließen.

764 Wir setzen uns für mehr Freiräume und Ressourcen für jugendliches Engagement
765 ein. Dazu gehören Förderprogramme, Vernetzungsangebote und die Anerkennung
766 ehrenamtlicher Arbeit. Wichtig ist, dass wir Verbesserungen für junge Menschen
767 mit jungen Menschen zusammen gestalten und sie stärker beteiligen und
768 einzuplanen, beispielsweise auch bei Vorhaben der Stadtentwicklung. Damit junge
769 Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können,
770 wollen wir neben Beteiligungsgremien, wie Kinder- und Jugendparlamente,
771 insbesondere auf kommunaler Ebene, auch niedrigschwelligere Formate, die Kindern
772 und Jugendlichen offen stehen, auch ohne vorher für eine Wahl anzutreten,
773 stärken. Viele politische Strukturen sind nicht auf junge Menschen ausgerichtet.
774 Deshalb unterstützen wir jugendgerechte Formate. Dazu gehören digitale
775 Beteiligungsmöglichkeiten, Aufwandsentschädigungen und eine verständliche
776 Kommunikation. Politik muss für alle jungen Menschen zugänglich sein -
777 unabhängig von der Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten. Parteiübergreifend
778 wollen wir darauf hinarbeiten, emanzipatorische, entlang der Vorgaben der UN-
779 Kinderrechtskonvention Kinderrechte endlich ins Grundgesetz zu schreiben. Im neu
780 aufgelegten Jugendcheck, wollen wir relevante Entscheidungsvorlagen systematisch
781 auf ihre Konsistenz und Vereinbarkeit mit diesen Rechten und der

782 Zukunftsgerechtigkeit prüfen. Nach der Absenkung des Wahlalters für die
 783 Europawahlen, wollen wir in einem nächsten Schritt, dass junge Menschen ab 16
 784 Jahren auch bei der nächsten Bundestagswahl mitentscheiden dürfen.

785 Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass
 786 alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale
 787 Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. Junge
 788 Menschen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir im Übergang ins
 789 Erwachsenenleben besser unterstützen und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung
 790 fördern.

791 Junge Menschen haben das Anrecht auf einen besonderen Schutz. Besonders wichtig
 792 sind der Schutz und ein entschiedenes Vorgehen gegen sexualisierte und jede
 793 andere Form der Gewalt. Wir werden die vorhandenen Strukturen zum Kinder- und
 794 Jugendschutz mit einem ganzheitlichen Ansatz stärken und wissenschaftlich
 795 fundiert weiterentwickeln. Maßnahmen denken wir vom Kind aus – durch einheitliche
 796 Kinderschutzstandards, gesetzlich geregelte Mindeststandards für
 797 Gutachter*innen, eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen
 798 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Strafverfolgung durch
 799 die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen
 800 von Missbrauchsdarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und
 801 Familie. Um Gewalt gegen Kinder zu verhindern, bevor sie geschieht, setzen wir
 802 uns zudem für täterbasierte Prävention ein.

803 **Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter**

804 Ältere Menschen stehen mitten im Leben – heute mehr denn je. Ältere sind
 805 wichtige Säulen in unserer Gesellschaft. In unzähligen Vereinen,
 806 Nachbarschaftstreffs und Initiativen teilen sie ihre Zeit, Erfahrung und
 807 Lebensklugheit und bringen sich durch ihr Ehrenamt ein. Großeltern unterstützen
 808 in der Kinderbetreuung und sorgen in vielen Familien dafür, dass Kinder, Beruf
 809 und andere Verpflichtungen gut miteinander vereinbart werden können. Das
 810 schätzen wir.

811 Engagementstrukturen für Ältere wollen wir ausbauen, damit sich auch diejenigen
 812 einbringen können, die bislang schwerer Zugang finden. Und wir erleichtern den
 813 selbstbestimmten Übergang vom Arbeitsleben in den Rentenbezug durch flexiblere
 814 Übergänge und investieren in Präventions- und RehaMaßnahmen. Das ist auch ein
 815 wichtiger Beitrag gegen Einsamkeit im Alter. In den vergangenen Jahren ist es
 816 gelungen, das Thema Einsamkeit aus der Tabuecke zu holen. Mit der nationalen
 817 Strategie gegen Einsamkeit binden wir auch Länder, Kommunen und Verbände ein.

818 Wir unterstützen altersfreundliche Städte und Gemeinden nach dem WHO-Konzept, da
 819 sie das selbstbestimmte Leben aller Generationen erleichtern, auch mit dem Ziel
 820 Unterstützung und Pflege vor Ort im Quartier vorzuhalten. Breite Fußwege,
 821 öffentliche Toiletten und barrierefreie Zugänge kommen allen gleichermaßen
 822 zugute. Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Treffpunkte für Jung und Alt und
 823 sorgen für Zusammenhalt und Gemeinschaft, die wir unterstützen wollen. Doch auch
 824 das Mehrgenerationenwohnen, das gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen

825 zum Ziel hat, wollen wir fördern und den Ausbau von barrierefreiem,
826 kostengünstigem Wohnraum vorantreiben.

827 Angebote zur Beratung für von Altersarmut betroffenen Menschen wollen wir
828 ausbauen.

829 Damit auch ältere Menschen die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt
830 nutzen können, arbeiten wir an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln
831 oder erneuern können und stellen wir sicher, dass digitale Angebote barrierefrei
832 zugänglich sind. Wir setzen uns für Pförtner- und Lotsendienste ein und arbeiten
833 an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln oder erneuern können. Mit
834 Maßnahmen, wie dem DigitalPakt Alter sorgen wir dafür, dass Ältere lange
835 selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Wir
836 wollen sicherstellen, dass trotz fortschreitender Digitalisierung die Teilhabe
837 aller Menschen gewährleistet bleibt. Wir wollen die Forschung auch finanziell
838 fördern und stärker zentrieren, um Kompetenzen und Entwicklungspotenziale zu
839 stärken.

840 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Das Recht auf
841 selbstbestimmtes Leben
842 schließt – nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – selbstbestimmtes
843 Sterben frei von Druck ein. Unser Ziel ist es, dass dieses Urteil in der Praxis
844 umgesetzt werden kann.

845 **D. In jeder Lebensphase abgesichert**

846 **Für eine gute Gesundheitsversorgung überall**

847 Viele Menschen in Deutschland spüren, dass unser Gesundheitssystem an seine
848 Grenzen stößt: Haus- und Fachärzt*innen sind oft schwer erreichbar, wichtige
849 Medikamente fehlen in Apotheken, Notaufnahmen sind überfüllt und
850 Krankenkassenbeiträge steigen. Gleichzeitig erleben Patient*innen und Angehörige
851 überlastete Pflegekräfte und Ärzt*innen, die kaum Zeit für Zuwendung und
852 Aufklärung haben. Solche Symptome der Überforderung machen deutlich: Es gibt
853 drängende Probleme in unserem Gesundheitswesen, die gelöst werden können und
854 müssen.

855 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Deutschland auf eine gute wie auch
856 bezahlbare Gesundheitsversorgung und Pflege verlassen können. Dabei müssen wir
857 die Ausgaben solidarisch schultern, ohne dass die Versicherten überlastet
858 werden, während andere sich einer gerechten Verantwortungsverteilung entziehen
859 und auch die steigenden Kosten wieder in den Griff bekommen.

860 Unser Ziel ist klar: Patient*innen sollen zur richtigen Zeit die richtige
861 Versorgung am richtigen Ort erhalten. Um das zu erreichen, braucht es eine
862 bessere Steuerung und Organisation, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen
863 der Menschen orientiert. Statt Patient*innen lange und aufwendig mit der Suche
864 nach passenden Behandlungsterminen allein zu lassen, wollen wir insbesondere
865 auch auf die stärkere Nutzung von Telemedizin, Digitalisierung und einer guten
866 Allgemeinmedizin setzen. Praxen sollen aber auch weiterhin niedrigschwellig

867 erreichbar sein. Deshalb werden wir die hausärztlich-zentrierte Primärversorgung
868 stärken, um eine bessere Behandlungsqualität und Effizienz zu erreichen. Wir
869 wollen die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ärzt*innen und Angehörigen
870 anderer Gesundheitsberufe wie z.B. Community Health Nurses, Hebammen und
871 Pflegekräften weiter vorantreiben. Neben privat geführten Medizinischen
872 Versorgungszentren (MVZ) und Eigeneinrichtungen der Kassenärztlichen
873 Vereinigungen (KVen) wollen wir auch die vermehrte Gründung von kommunalen MVZ
874 und Primärversorgungszentren fördern, in denen soziale Beratung integriert
875 wird. Wir werden gesetzlich nachsteuern, damit unser Gesundheitswesen inklusiv
876 und barrierefrei wird.

877 Und wir wollen das Vertrauen von Patient*innen zu den Ärzt*innen durch mehr und
878 bessere Beratung und Informationen stärken und entsprechend fördern.

879 Unterversorgte Gebiete wollen wir noch wirksamer unterstützen. Die Verteilung
880 von niedergelassenen Ärzt*innen muss besser organisiert und enger mit der
881 Krankenhausplanung der Länder verknüpft werden. Gleichzeitig wollen wir dafür
882 sorgen, dass alle Versicherten einen gleichwertigen Zugang zur Versorgung haben.
883 Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von ambulanter und stationärer
884 Versorgung wollen wir überwinden und stärkere Vernetzung von ambulanten und
885 stationären Angeboten im Gesetz verankern, um bessere Kooperation und
886 Koordination zu fördern. Wir sorgen für eine gute Versorgung vor Ort: mit
887 niedrigschwelligen Gesundheitskiosken ermöglichen wir wohnortnahe Beratung und
888 mit Gesundheitsregionen schaffen wir Verbünde von Krankenhäusern,
889 niedergelassenen Ärzt*innen und Versorgungszentren in denen alle
890 Gesundheitsberufe zusammenarbeiten. Und wir wollen wissenschaftliche Maßnahmen
891 ergreifen, um Fehl- und Überversorgung abzubauen, zum Beispiel durch den Ausbau
892 von Zweitmeinungsverfahren. Abrechnungsbetrug und Fehlverhalten im
893 Gesundheitswesen werden wir zusammen mit den Ländern wirkungsvoller begrenzen.

894 Gesundheitsfachberufe und Vertragsärzt*innen wollen wir von unnötiger Bürokratie
895 und überflüssigen Regressverfahren entlasten und den Sprechstundenanteil für
896 gesetzlich Versicherte erhöhen, damit Patient*innen schneller Termine erhalten.
897 Abrechnungssysteme entwickeln wir weiter.
898 Wir wollen die Patientenorientierung im Gesundheitssystem verbessern und dafür
899 einen Anspruch auf Patientenlotsen sowie einen besseren Zugang zu laufenden
900 Forschungs- und Studienprogrammen schaffen. Das Patientenrechtegesetz entwickeln
901 wir weiter, um Patient*innen nach Behandlungsfehlern zu stärken und das Personal
902 vor Organisationsfehlern besser zu schützen.

903 Außerdem legen wir besonderen Fokus auf ein barrierefreies und inklusives
904 Gesundheitssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen die
905 Selbsthilfe weiter stärken und die Patient*innenbeteiligung in der
906 Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ausbauen.

907 Die Umsetzung der Krankenhausreform werden wir weiter vorantreiben und gemeinsam
908 mit den Ländern umsetzen. Wo erforderlich werden wir diese für eine bestmögliche
909 Versorgung der Patient*innen weiterentwickeln, insbesondere im Hinblick auf
910 bestmögliche Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität sowie eine sachgerechte
911 Vorhaltevergütung. Wir werden weiter darauf achten, dass sich auch die privaten

912 Versicherungen an den Transformationskosten beteiligen. Oberste Priorität hat
913 für uns dabei, dass sich Menschen in unserem Land darauf verlassen können, eine
914 gute Grund- und Notfallversorgung überall erreichen zu können und in
915 spezialisierten Zentren in bester Qualität versorgt zu werden. Ziel muss es
916 deshalb auch sein, umgehend eine umfassende Reform der Notfallversorgung
917 einschließlich des Rettungsdienstes auf den Weg zu bringen.

918 Wir wollen die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen dabei unterstützen ihre
919 Gebäude an die Klimakrise anzupassen. Wir setzen uns dafür ein, ökologische und
920 ökonomische Prozessoptimierungen mit einer digitalen Transformation zu
921 verbinden. So schaffen wir ein Gesundheitssystem, das nicht nur effizienter und
922 kostenschonender arbeitet, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen für das
923 Personal bietet und eine hochwertige Versorgung für alle gewährleistet.

924 Angesichts instabiler Lieferketten wollen wir, dass wichtige
925 Arzneimittelwirkstoffe wieder stärker in Deutschland oder Europa produziert
926 werden. Bei unverzichtbaren Medikamenten der Grund- und Notfallversorgung ist es
927 unser Ziel, bessere Vergütungsregelungen zu etablieren. Die Finanzierung der
928 Apotheken wollen wir im Hinblick auf die Sicherstellung einer guten,
929 flächendeckenden und effizienten Versorgung reformieren und gleichzeitig den
930 Heilberuf der Apotheker*innen auch durch erweiterte Möglichkeiten von
931 Telepharmazie oder niedrigschwelliger Impfangabote stärken. Für
932 Gesundheitsberufe etwa in der Physio-, Logo- und Ergotherapie, sowie in der
933 Pflege und im Rettungsdienst wollen wir mehr Kompetenzen zur eigenständigen
934 heilkundlichen Behandlung. Durch ein eigenes Heilberufegesetz wollen wir die
935 Qualität der Versorgung weiter fördern und darin auch weitere
936 qualitätsgesicherte Heilberufe integrieren und deren weitere Akademisierung
937 regeln. In der Geburtshilfe werden wir die flächendeckende Versorgung fördern und
938 für alle Hebammen bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechte Bezahlung sowie für
939 die zu Betreuenden größtmögliche Sicherheit schaffen. Wir setzen uns für den
940 Ausbau der Hebammengeleiteten Kreissäle ein. Wir nehmen das Thema Gewalt in der
941 Geburtshilfe ernst. Wir werden uns für Aus- und Weiterbildungen sowie einen
942 besseren Ausstattung der Geburtshilfeinrichtungen stark machen. Zu einer guten
943 medizinischen Versorgung gehört, dass jede Frau Zugang zu
944 Schwangerschaftsabbrüchen bekommt, um eine selbstbestimmte Entscheidung zu
945 treffen.

946 Wir setzen uns für eine Novellierung der Approbationsordnungen des Pharmazie-
947 und Medizinstudiums ein.

948 Wir wollen die Überlebenschancen bei Herzstillstand durch
949 Wiederbelebungstrainings in Grund- und Oberschulen, am Arbeitsplatz,
950 deutschlandweit vernetzte Erst-Helfer-Apps und Laien-Defibrillatoren an
951 öffentlichen Orten erhöhen.

952 Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen werden wir weiter verbessern und
953 hierbei auch auf eine verlässliche Arzneimittelversorgung und den Abbau von
954 Versorgungslücken bei Kinderärzt*innen und -psychotherapeut*innen achten.

955 In den ländlichen Regionen – gerade in den ostdeutschen Bundesländern – ist
956 das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.

957 Darauf müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für
 958 Gemeindeggesundheitspfleger*innen, und stärken bestehende Angebote, wie die
 959 Gemeindeschwester und „Medizin auf Rädern“. Dafür unterstützen wir die Länder
 960 bei der Sicherung der Pflege-Studiengänge, die hierfür Voraussetzung sind.
 961 Gleichzeitig fördern wir den Einsatz spezialisierter Pflegefachkräfte, die
 962 quartiersbezogen, zum Beispiel in Primärversorgungszentren, arbeiten.
 963 Auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen müssen wir schneller
 964 vorankommen. Die Zettelwirtschaft schaffen wir endgültig ab. Durch den Einsatz
 965 von digitalen Lösungen und evidenzbasierter KI tragen wir auch zum Abbau
 966 unnötiger Bürokratie bei. Deshalb wollen wir beispielsweise den digitalen
 967 Mutter- und Impfpass, das digitale Vorsorgeheft sowie die Bereitstellung
 968 wichtiger medizinischer Informationen wie Röntgenbilder und Laborbefunde in der
 969 elektronischen Patientenakte schnellstmöglich einführen. Wir schaffen dort, wo
 970 dies medizinisch sinnvoll und möglich ist, die Voraussetzungen für eine
 971 vollständig digitalisierte Dokumentation der Behandlung. Dabei gewährleisten wir
 972 einen hohen Schutzstandard für die sensiblen Patientendaten und stärken ihre
 973 Handlungsautonomie. Das Patient*innengeheimnis und die ärztliche Schweigepflicht
 974 müssen auch digital gewahrt bleiben. Die letztgültige Entscheidung über
 975 medizinische Therapien bleibt auch beim Einsatz von KI immer dem menschlichen
 976 Fachpersonal vorbehalten. Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und
 977 effizienter laufen könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht
 978 werden, auch durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Wir haben die Nutzung
 979 von Daten für Forschung und Versorgung verbessert und werden diesen Weg
 980 fortsetzen, um die Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen zu steigern. Dafür
 981 werden wir ein medizinisches Registergesetz zur Verbesserung der
 982 Datenverfügbarkeit und Datenqualität im Sinne des Gemeinwohls auf den Weg
 983 bringen. Durch die verbesserte Datenlage wollen wir auch den Gender-Health-Gap
 984 weiter schließen und endlich alle Geschlechter gleichermaßen gut im System
 985 versorgen. Geschlechtsspezifische Aspekte der medizinischen Versorgung sollen
 986 darüber hinaus in der Projektförderung zur medizinischen Forschung stärker
 987 berücksichtigt werden. Die Forschung zu geschlechtsspezifischen Aspekten der
 988 Medizin wollen wir allgemein stärken.

989

990 Organspende rettet Leben. Viele Menschen, die auf der Warteliste für eine
 991 Organtransplantation stehen, sterben, weil für sie kein Spenderorgan zur
 992 Verfügung steht. Wir stehen hinter der Einführung einer Widerspruchsregelung und
 993 der weiteren Verbesserung der Strukturen in der Transplantationsmedizin. Wir
 994 setzen uns dafür ein, dass die Mitglieder des Bundestages zeitnah im Rahmen des
 995 Gruppenverfahrens in freier Entscheidung über die Frage der Einführung
 996 abstimmen.

997 **Für eine verlässliche und würdige Pflege**

998 Alle pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen,
 999 egal ob durch Fachkräfte oder nahestehende Mitmenschen, ob zu Hause oder in
 1000 einer Einrichtung. Wir wollen, dass Menschen sich darauf verlassen können,
 1001 solange und so weit wie möglich über ihre Pflege selbst zu bestimmen und

würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Durch eine gute Versorgung mit Hilfsmitteln und Barrierefreiheit erhöhen wir dabei die Selbständigkeit und entlasten die Pflegenden. Wir wollen Angebote im Quartier, also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern. Wir schaffen den gesetzlichen Rahmen dafür, dass Länder und Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, die pflegerische Versorgung vor Ort verbindlich zu planen und zu gestalten.

Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Wer nichts ansparen konnte oder anderweitig vorgesorgt hat, soll nicht regelhaft auf Sozialhilfe angewiesen sein, weil die Pflegekosten über längere Zeiträume sehr teuer geworden sind. Deshalb haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und sorgen weiter für dringend benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen. Die Verbesserung der Finanzierung ambulanter Pflegeangebote und Pflege-Wohngemeinschaften treiben wir voran.

Wir wollen sowohl die Situation der pflegebedürftigen Menschen als auch derjenigen verbessern, die selbst Angehörige oder nahestehende Personen pflegen. Eine Aufgabe, die erfüllend sein kann, aber auch Kraft und Zeit kostet und ohne die die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland nicht möglich wäre. Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege reduziert, braucht finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte. Auch Beiträge für die Rente der pflegenden Angehörigen müssen übernommen werden. Die Leistung soll so ausgestaltet sein, dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen sollen besser und flexibler möglich sein. So wie es zur guten Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ausreichend Kita-Plätze braucht, müssen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf die Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege gestärkt und ausgebaut werden. Das stärkt einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen und schafft andererseits attraktive Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege jenseits von Schichtarbeit. Pflegebedürftige sollen Pflege, therapeutische Leistungen oder Unterstützung bei der Haushaltsführung von professionellen Anbietern sowie ehrenamtlichen oder privaten Netzwerken flexibler als bisher in Anspruch nehmen und miteinander kombinieren können, zum Beispiel in Form eines Pflegebudgets. Ein Miteinander von professionellen Anbietern, Ehrenamtlichen, privaten Netzwerken und Familien ist nötig, um unterstützende Strukturen sektoren- und trägerübergreifend im Quartier zu schaffen.

Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen. Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern – dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Potenzial wollen wir durch die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr Kompetenzen und Eigenverantwortlichkeit für den Pflegeberuf sowie durch bessere Aufstiegschancen nutzen. Wir wollen die Repräsentanz der professionellen Pflege im Gemeinsamen Bundesausschuss weiter stärken. Das Studium der Pflege wollen wir

weiterentwickeln und stärken, um Karrieremöglichkeiten durch durchlässige Weiterentwicklungswege zu fördern – von der Pflegeassistenz bis hin zu akademischen Graden. Dazu gehört es, neue Rollen wie Advanced Practice Nurses (APN) und Community Health Nurses (CHN) auf Masterniveau zu etablieren. Unser Ziel ist eine starke berufsständische Vertretung der Pflege und eine hohe Tarifbindung in der Branche. Auch die Etablierung von Pflegekammern in allen Bundesländern, sehen wir als wichtiges Selbstbestimmungsorgan der Berufsgruppe an. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und die Pflegeassistentenausbildung bundesweit einheitlich regeln. Bei der Ausbildung wollen wir die besonderen Bedarfe der pflegebedürftigen Menschen besser berücksichtigen, etwa von LSBTIQ*, Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Und wir wollen Dokumentationspflichten und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren und die Möglichkeiten der KI zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nutzen, damit Pflegekräfte wieder dafür Zeit haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen. Bundesweit werden viele tausend Pflegebedürftige zu Hause von Frauen aus dem östlichen Europa („Live-Ins“) betreut. Hierfür sorgen wir für eine rechtssichere Grundlage für die sog. 24-Stunden-Betreuung im familiären Bereich.

Für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung

Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist dafür da, Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit vorzubeugen, kranke Menschen zu heilen und Pflegebedürftige gut zu pflegen. In den vergangenen Jahren wurden den Versicherungen jedoch viele Kosten zugeschoben, die aus Steuermitteln hätten finanziert werden sollen. Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die Versicherten und die Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Dazu gehört, dass wir die Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen oder die Beiträge für Empfänger*innen von Bürgergeld angemessener über den Staat finanzieren. Damit bleibt auch mehr Geld im System, um in gute Gesundheit und Pflege zu investieren.

In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir auch dafür sorgen, dass öffentliches und beitragsfinanziertes Geld in der Versorgung bleibt und für die Menschen arbeitet. Neben dem bestehenden Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsgebot wollen wir auch das Ziel der Nachhaltigkeit stärker im Sozialgesetzbuch verankern. Spekulation und hohe Renditeerwartungen, die zu Lasten der Versorgungsqualität gehen, sind im Gesundheits- und Pflegebereich fehl am Platz. Wir wollen daher das Prinzip der Gemeinwohlorientierung stärker etablieren und öffentliche und gemeinnützige Träger fördern, denn eine Profitorientierung birgt Risiken für die Versorgungsqualität und -sicherheit. Den Einfluss von Finanzinvestoren begrenzen wir und stellen Transparenz über die Eigentumsverhältnisse von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen her und sorgen so für eine bezahlbare und gerechtere Kranken- und Pflegeversorgung.

Wir setzen uns für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer Gesellschaft ein, die verlässlicher und gerechter ist als der Status quo. Basis hierfür ist eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Unser

1091 Ziel ist die Bürgerversicherung , die neben den gesetzlich Krankenversicherten
 1092 auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des
 1093 Gesundheitssystems einbezieht. Auch in der Pflege wollen wir auf dem Weg hin zu
 1094 einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich zwischen gesetzlicher und
 1095 privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich alle gerecht an der
 1096 Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. So tragen Versicherte mit finanziell
 1097 starken Schultern stärker zur Finanzierung von Pflege und Gesundheit bei als
 1098 solche, die nur über geringe Einkünfte verfügen. Die Beitragsbemessung werden
 1099 wir reformieren und beispielsweise auch Kapitaleinnahmen zur Finanzierung
 1100 unseres Gesundheits- und Pflegesystems heranziehen. Damit schützen wir auch
 1101 Löhne und Gehälter vor höheren Beitragsabgaben. Um freiwillig versicherte,
 1102 geringverdienende oder in Teilzeit beschäftigte Soloselbstständige besser
 1103 abzusichern, werden wir die Mindestbemessungsgrenze in der
 1104 gesetzlichen Krankenversicherung reformieren. Für Menschen ohne Wohnung, ohne
 1105 Papiere und ohne oder mit ungeklärtem Versicherungsstatus werden wir den Zugang
 1106 zur Versorgung vereinfachen, beispielsweise über anonyme Behandlungsscheine. Ein
 1107 flächendeckender Ausbau der Clearingstellen sowie multiprofessionelle Teams für
 1108 aufsuchende, niedrigschwellige Versorgung wohnungs- und obdachloser Menschen
 1109 sind unerlässlich. Die zum Teil ehrenamtlich besetzten Anlaufstellen wollen wir
 1110 ebenfalls stärker unterstützen. Auch die gesundheitliche Versorgung von
 1111 Inhaftierten möchten wir verbessern.

1112 Für die Beamt*innen werden wir die Wahlfreiheit stärken und insbesondere eine
 1113 pauschale Beihilfe auch für Bundesbeamt*innen einführen.

1114 **Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik**

1115 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine vorsorgende Politik, die die
 1116 Ursachen von Krankheiten in den Blick nimmt und angeht. Prävention und
 1117 Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen
 1118 Politikbereichen verfolgen und unsere Gesetzesvorhaben nach dem Prinzip des
 1119 “Health in all Policies”-Ansatz daraufhin prüfen. Nach dem Grundsatz der
 1120 Verhältnisprävention wollen wir Produzenten von gesundheitsschädlichen Produkten
 1121 wie Tabak und Alkohol stärker an den enormen Folgekosten am Gesundheitssystem
 1122 beteiligen und die Werbung für diese Produkte stärker regulieren. Dabei setzen
 1123 wir uns auch für einen starken Nichtraucher*innenschutz ein, unter anderem durch
 1124 die Einführung von einheitlichen, neutralen Verpackungen ohne Markenlogos. Wir
 1125 wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst durch ein eigenes Bundesinstitut
 1126 stärken und dabei auch Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen
 1127 in den Blick nehmen.

1128

1129 Die Aufklärungsarbeit über HIV sowie andere sexuell übertragbare Infektionen und
 1130 aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten wollen wir ausbauen und
 1131 niederschwellig zugänglich machen.

1132 Um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu verbessern, setzen wir uns
 1133 dafür ein, dass Sprachmittlung, auch mit Hilfe digitaler Anwendungen,
 1134 Bestandteil des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) wird.

1135 Eine Verbesserung der Gesundheitskompetenz, insbesondere im Lebensbereich von
1136 Familien einschließlich der Geburt, sehen wir als ein zentrales Anliegen.

1137 Seelische und körperliche Gesundheit bedingen sich gegenseitig und sind ein
1138 Fundament für eine hohe Lebensqualität. Es ist nicht hinzunehmen, dass viele
1139 Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf passende Hilfe warten müssen
1140 und die Suizidzahlen wieder steigen. Unser Ziel sind mehr Hilfen und weniger
1141 Stigma. Wir brauchen ein Suizidpräventionsgesetz. Zudem sollen Forschung,
1142 Therapie und Gesundheitsbildung zu gefördert werden. Alle Menschen, insbesondere
1143 Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu
1144 passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben. Deswegen werden
1145 wir Therapieplätze und psychiatrisch-psychosoziale Krisendienste bedarfsgerecht
1146 ausbauen sowie die Bedarfsplanung für psychotherapeutische Angebote
1147 modernisieren. Dabei nehmen wir besonders Kinder- und Jugendliche in den Blick.
1148 Wir wollen die angemessene Finanzierung der Weiterbildung von
1149 Psychotherapeut*innen sicherstellen. Die psychiatrische Versorgung werden wir
1150 sektorübergreifend stärken. Wir setzen uns für eine gemeindenahe,
1151 menschenrechtsbasierte Versorgung ein, mit dem Ziel Zwangsmaßnahmen zu
1152 vermeiden.
1153 Psychosoziale Zentren für Geflüchtete werden wir stärken und das Recht auf
1154 Sprachmittlung verankern.

1155

1156 Auch die Versorgung schwer und chronisch erkrankter Menschen müssen stärker in
1157 den Fokus rücken. Lücken im Übergang von stationärer Therapie zur ambulanten
1158 Reintegration möchten wir schließen.

1159 Verhaltensgebundene Süchte nehmen unter anderem durch zusätzliche digitale
1160 Angebote wie z.B. Lootboxen zu. Vor allem um Kinder und Jugendliche besser zu
1161 schützen müssen Produkte besser reguliert werden.

1162 Und wir wollen die Atemluftreinheit im Außenbereich und in Innenräumen
1163 verbessern. Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Innenräumen von öffentlichen
1164 Gebäuden, insbesondere in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, sind ein
1165 wichtiger Teil des aktiven Gesundheitsschutzes. Als wichtige Säule der
1166 Gesundheitsversorgung werden wir die Rehabilitation stärken. Auch die Forschung
1167 zu vernachlässigten sowie zu seltenen Erkrankungen wollen wir ausbauen und damit
1168 vielen Menschen neue Hoffnung geben.

1169 Mit Blick auf die steigende Anzahl von Betroffenen von ME/CFS und Long Covid
1170 müssen Projekte zur Ursachen- und Versorgungsforschung ausreichend finanziert
1171 und vorangetrieben werden. Betroffene wurden oft stigmatisiert – wir wollen eine
1172 bestmögliche Versorgung nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse
1173 ermöglichen.

1174 Besonders unterstützen möchten wir Schwerstbetroffene, die keine therapeutischen
1175 Einrichtungen aufsuchen können. Die in der Long-Covid Richtlinie geschaffenen
1176 Behandlungsangebote wollen wir umsetzen und den Ausbau von Fachambulanzen
1177 vorantreiben.

Wir wollen unser Gesundheitswesen durch ein Gesundheitssicherstellungsgesetz auf Epidemien, Pandemien, große Katastrophen und militärische Bedrohungen besser vorbereiten. Das betrifft zum Beispiel Prävention durch Lüftthygiene, Aufklärung und Aufbau eines zuverlässigen und dauerhaften Monitorings, den Vorrat an Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige Katastrophenschutzübungen. Auch den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir weiter stärken. Angesichts der Klimakrise wollen wir ressortübergreifend die Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen unterstützen. Zentral sind neben dem Ausbau des nationalen Hitzeschutzplan auch Hitzeaktionspläne in allen Kommunen.

Mit dem Cannabisgesetz haben wir Bürgerrechte sowie den Schutz von Gesundheit, Jugend und Verbraucher*innen in der Drogenpolitik in den Mittelpunkt gestellt. Unsere Drogenpolitik setzt auf Vernunft und Hilfe statt auf Kriminalisierung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Risiken orientieren. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften halten wir weiter fest und setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene dafür ein, auch um damit den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität weiter einzudämmen. Die Bekämpfung der Drogenkriminalität muss sich auf den organisierten Handel und die dahinterstehenden Strukturen der organisierten Kriminalität fokussieren, dafür werden wir die Kriminalpolizei und den Zoll entsprechend stärken. Gleichzeitig wollen wir die Angebote für Prävention, Therapie und den Gesundheitsschutz auch bei legalen Suchtmitteln ausbauen und Menschen unterstützen, damit sie gar nicht erst abhängig werden oder ihnen besser geholfen werden kann, wenn sie suchtkrank sind. Hierzu wollen wir prüfen, wie sich insbesondere in der Suchtberatung bundesweit ein Mindestangebot sicherstellen lässt. Dazu gehört auch die aufsuchende Sozialarbeit, Substanzanalysen, Aufklärungsmaßnahmen, Substitutions- und Diamorphinprogramme. Die wissenschaftliche Forschung wollen wir fördern. Den gesundheitsschädlichen Einfluss von Glücksspiel und süchtig machenden digitalen Angeboten insbesondere auf Kinder und Jugendliche möchten wir stärker in den Blick nehmen und wirksame Maßnahmen dagegen ergreifen.

1208

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung zu Wirkstoffen weiter fördern, mit denen Depressionen, Epilepsie oder anderen neurologischen Erkrankungen behandelt werden können und dafür auch Genehmigungsverfahren bei Bedarf vereinfachen.

Für eine zukunftsste und würdige Rente

Die Sicherheit ihrer Altersvorsorge ist für viele Menschen gerade in Krisenzeiten ein entscheidender Stabilitätsanker. Die Menschen in diesem Land sollen sich auf gute Renten und ihre Altersvorsorge verlassen können. Das gilt heute und morgen, für aktuelle und zukünftige Generationen, also auch und erst recht für diejenigen, die jetzt in ihre Rentenkasse einzahlen. Die Grundlage dafür bildet das paritätisch finanzierte Umlagesystem der Rentenversicherung, welches ein auskömmliches Einkommen im Alter sichern soll. Gleichzeitig stehen unsere Sozialversicherungssysteme durch die demografische Entwicklung, insbesondere durch die bevorstehende Verrentung der geburtenstarke Jahrgänge, vor großen Herausforderungen. Wir werden die Kosten des demografischen Wandels

1223gerecht über die Generationen und nach Vermögen und Leistungsfähigkeit
1224verteilen. Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen
1225im Alter eine auskömmliche Rente erwarten. Das gilt auch für künftige
1226Rentner*innen. Daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei mindestens 48
1227Prozent halten und nachhaltig stabilisieren. Auch Menschen mit geringem
1228Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche Rentenansprüche zu erwerben und
1229so Altersarmut zu vermeiden. Die Grundrente werden wir zu einer Garantierente
1230nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als
1231bisher einbezieht und finanziell besserstellt.

1232

1233Um zu einer gerechten und auskömmlichen Alterssicherung für alle zu kommen,
1234benötigen wir einen breiten partizipativen Prozess, beispielsweise einen
1235Bürger*innenrat oder eine Rentenkommission. Denn es braucht eine Neubegründung
1236des gesellschaftlichen Konsenses zur Stabilität der gesetzlichen
1237Rentenversicherung als größtes und wichtigstes System der sozialen Sicherung.

1238Das beste Mittel für eine verlässliche Altersvorsorge und einen möglichst
1239geringen Rentenbeitragssatz sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in
1240die Rente einzahlen. Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige
1241Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen
1242durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, gute Rahmenbedingungen für eine
1243bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Familie und Sorgearbeit, sowie ein
1244einfacheres Rückkehrrecht in Vollzeit. Durch qualifizierte Zuwanderung und
1245Integration in den Arbeitsmarkt stärken wir unsere Wirtschaftskraft und steigern
1246die Beitragszahlungen in die Rente. Und wir schaffen Anreize, um ältere
1247Beschäftigte gesünder und länger im Erwerbsleben zu halten. Dafür investieren
1248wir auch in Präventions- und Rehamaßnahmen und ermöglichen flexible Übergänge in
1249die Altersrente. Um die Renten zu stärken, werden wir auch erneut den
1250Mindestlohn anheben und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.

1251Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir
1252die gesetzliche Rente schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln.
1253Dafür sollen auch Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen und auch nicht
1254anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen
1255einbeziehen. Auch Beamt*innen sollen perspektivisch, unter Beibehaltung des
1256Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einbezogen werden.

1257Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den
1258Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die
1259Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in
1260Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug
1261noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und
1262Rentenversicherung an die Arbeitnehmer*innen auszahlen, falls sie sich gegen
1263freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden.

1264Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende
1265Kapitaldeckung – und zwar ausschließlich mittels Darlehen aus dem Bundeshaushalt
1266und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Eine Kapitalanlage aus
1267Rentenbeitragsmitteln schließen wir dagegen dauerhaft aus. Wir führen einen

1268 öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ein, der neben sozialen Kriterien auch
 1269 Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser
 1270 Klimaabkommens ausrichtet. Dies stellen wir durch umfassende parlamentarische
 1271 Kontrolle sicher. Der Bürger*innenfonds soll solide und professionell geführt
 1272 werden und in die Realwirtschaft investieren.. Die aus den staatlichen Einlagen
 1273 resultierenden Erträge werden auch zur Finanzierung der Garantierente beitragen,
 1274 was insbesondere Frauen und Menschen in den ostdeutschen Bundesländern
 1275 unterstützt.

1276 Darüber hinaus wollen wir, dass mehr Menschen als bisher von einer privaten
 1277 Altersvorsorge profitieren. Auch hierfür greifen wir auf den Bürger*innenfonds
 1278 zurück, der kostengünstig die Vorteile des Kapitalmarktes erschließt. Neben der
 1279 Verwaltung der staatlichen Einlagen sollen in dem Fonds auch Bürger*innen Geld
 1280 für ihre individuelle Altersvorsorge anlegen können. Sie sollen die Möglichkeit
 1281 erhalten, zu sehr geringen Kosten in den öffentlich verwalteten
 1282 Bürger*innenfonds zu investieren und ihre Erträge zur individuellen und
 1283 freiwilligen Vorsorge zu verwenden. Alternativ dazu können sie auch andere
 1284 private Angebote wie ETF-Sparpläne nutzen. Dafür werden wir die Freibeträge für
 1285 Kleinsparer*innen erhöhen, sie dynamisch an die Inflation anpassen und die
 1286 öffentliche Zulagenförderung auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren.
 1287 Wer nicht teilnehmen möchte, kann widersprechen. Den Bürger*innenfonds öffnen
 1288 wir als fairen und transparenten Weg auch für die betriebliche Altersversorgung,
 1289 damit noch mehr Beschäftigte, insbesondere von kleinen und mittleren
 1290 Unternehmen, von Betriebsrenten profitieren. Auch weitere Kapitalsammelstellen
 1291 sollen den Bürger*innenfonds zur Geldanlage zur Altersvorsorge nutzen dürfen.
 1292 Generell wollen wir mehr Anreize schaffen, um weitere kostengünstige und
 1293 ertragreiche Alternativen für die private Altersvorsorge zu schaffen.

1294 Menschen, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, aber aus
 1295 gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten können, verdienen unsere
 1296 solidarische Unterstützung. Deshalb wollen wir die Erwerbsminderungsrente
 1297 verbessern. Für besonders langjährig Versicherte wollen wir die sogenannte Rente
 1298 mit 63 beibehalten, welche insbesondere denjenigen zugutekommt, die nach
 1299 jahrzehntelanger, anspruchsvoller und körperlicher Arbeit ihre Belastungsgrenze
 1300 erreicht haben.

1301 **Für verlässliche soziale Sicherung**

1302 In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen
 1303 Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein
 1304 würdevolles Leben. Deswegen haben wir Hartz IV überwunden und mit der Einführung
 1305 des Bürgergeldes einen wichtigen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit
 1306 gemacht. Das Bürgergeld soll vor Armut schützen, in dem es ein sozio-kulturelles
 1307 Existenzminimum gewährleistet und die Teilhabe an unserer Gesellschaft
 1308 ermöglicht. Wir lassen nicht zu, dass der Regelsatz darunter sinkt. Deshalb
 1309 passen wir das Bürgergeld regelmäßig an, damit das sozio-kulturelle
 1310 Existenzminimum immer garantiert ist. Die Leistungen werden wir perspektivisch
 1311 individualisieren. Statt arbeitslose und arbeitende Menschen gegeneinander

1312auszuspielen, unterstützen wir die Menschen, fördern gesellschaftliche Teilhabe
1313und sorgen gleichzeitig für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist
1314es, dass Menschen, die arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Zu einer
1315verlässlichen sozialen Sicherung gehört für uns daher auch, ein angemessener
1316Mindestlohn und prekäre Beschäftigung abzubauen. So stärken wir Menschen in
1317Zeiten des Wandels, geben Halt und Sicherheit und eröffnen Perspektiven für ein
1318selbstbestimmtes Leben.

1319

1320Es gibt Gründe, warum Menschen auf Bürgergeld angewiesen sind. Viele von ihnen
1321arbeiten, müssen aber mit Bürgergeld aufstocken, weil ihr Lohn nicht zum Leben
1322reicht. Andere machen Aus- oder Weiterbildungen, betreuen kleine Kinder, pflegen
1323Angehörige und können daher dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die
1324Menschen, die tatsächlich arbeitslos sind, fehlt es häufig an einer Ausbildung
1325oder haben persönliche Schicksalsschläge erlitten. Mit dem Bürgergeld haben wir
1326bereits wichtige Instrumente geschaffen und zentral war für uns die Abschaffung
1327des Vermittlungsvorrangs. Damit liegt der Fokus auf Qualifizierung,
1328Weiterbildung und Maßnahmen, mit der eine nachhaltige Vermittlung in
1329Erwerbstätigkeit gefördert wird. Es gibt individuelles Coaching,
1330Arbeitsgelegenheiten und geförderte Beschäftigung durch den sozialen
1331Arbeitsmarkt. Diese Angebote der Jobcenter wollen wir weiterentwickeln. Einen
1332Fokus legen wir zudem auf die Gesundheit der Erwerbslosen und insbesondere auf
1333professionelle psycho-soziale Unterstützung.

1334Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und
1335Unterstützung, baut auf ihr Engagement, eröffnet neue Chancen und Perspektiven
1336und gibt ihnen damit die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu
1337führen.

1338Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit, schaffen in Zusammenarbeit
1339mit Arbeitgebern und Kammern Maßnahmen, um Menschen wieder zurück an den
1340Arbeitsmarkt heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche
1341Unterstützung angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen,
1342ihren Stundenumfang zu erhöhen.

1343

1344Damit sich die Menschen in unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als
1345gerecht empfinden, muss er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden.
1346Die Leistungen sollen so pauschal wie möglich und so individuell wie nötig sein.
1347Wer mehr arbeitet, hat am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert
1348beantragen, was einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausgezahlt
1349werden kann. Diese Reform erfordert einen breiten partizipativen Prozess.

1350Zu den staatlichen Sozialversicherungssystemen sollen alle Zugang haben –
1351unabhängig davon, ob sie selbstständig oder abhängig beschäftigt arbeiten. Für
1352Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen
1353Arbeitslosenversicherung.

Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-K3 Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

Antragstext

- 1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
- 2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde aller Menschen.
- 3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
- 4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken,
- 5 rechtsstaatlichen Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.
- 6 Demokratie geht von den Bürger*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
- 7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt Rechtsstaatlichkeit und
- 8 Gewaltenteilung, Schutz von Minderheiten und von individuellen Freiheitsrechten
- 9 sowie freier Wettbewerb um die beste Idee und Lösung - und hat deshalb die Kraft
- 10 zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden Probleme zu lösen. Sie lebt von
- 11 gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt, von der Kompromiss – und
- 12 Koalitionsbereitschaft unter Demokrat*innen. Im Angesicht der Bedrohungen für
- 13 unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen uns als Land auf unsere
- 14 demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie stärken heißt, sie nach
- 15 innen lebendig und repräsentativ zu halten. Demokratie stärken heißt, jetzt die
- 16 drängenden Zukunftsfragen anzugehen. Demokratie stärken heißt,
- 17 Widerstandsfähigkeit gegen Demokratiefeind*innen und Angriffe auf die Integrität
- 18 von Wahlen, unsere Werte und Institutionen zu bilden.
- 19 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
- 20 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
- 21 streitbar unter Demokrat*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
- 22 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
- 23 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.
- 24 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
- 25 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
- 26 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch
- 27 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
- 28 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist*innen und einen starken
- 29 Bevölkerungsschutz.
- 30 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
- 31 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
- 32 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
- 33 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
- 34 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe

35 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.
 36 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie
 37 Russland oder China. Sicherheit ist eine gesamtstaatliche und
 38 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

39 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische
 40 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.
 41 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und
 42 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und
 43 Demokratie. Die EU vereinfacht das Arbeiten, Reisen, Leben, Lieben und Handeln
 44 über Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und
 45 reformieren. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür
 46 besondere Verantwortung.

47 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und
 48 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die
 49 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische
 50 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der terroristische Angriff gegen Israel, der
 51 Krieg in Nahost, humanitäre Notlagen wie in Gaza, im Sudan oder in Afghanistan,
 52 aber auch die Klimakrise erfordern höchste Aufmerksamkeit und entschlossenes
 53 Handeln. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für die
 54 internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen wir
 55 Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen
 56 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten
 57 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden. Wir
 58 stehen an der Seite der Menschen, die sich weltweit für Frieden, Demokratie,
 59 Menschenrechte und eine lebenswerte Welt einsetzen.

60 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die
 61 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,
 62 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem
 63 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.
 64 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und
 65 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die
 66 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe
 67 und Selbstbestimmung.

68 **A. Eine lebendige Demokratie**

69 **Für demokratischen Zusammenhalt**

70 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in
 71 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder
 72 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in
 73 Kirchen, Moscheen oder Synagogen und anderen weltanschaulichen Einrichtungen
 74 kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören auch kulturelle Einrichtungen wie
 75 Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die Raum für neue Begegnungen und
 76 gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben. Geschäfte und Gastronomie sind

77 ebenso ein Teil davon: Wir wollen diese Orte deshalb im Gewerbemietrecht vor
78 Verdrängung schützen. Öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen,
79 weil sie unabhängig ihrer finanziellen Situation Zugang haben und sich
80 wohlfühlen, dienen dem Zusammenhalt der Gemeinschaft. Darum sorgen wir dafür,
81 dass Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur funktional und sauber, sondern für
82 alle Menschen sicher und barrierefrei zugänglich sind.

83 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und
84 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal
85 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.
86 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung
87 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und
88 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern
89 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von
90 Journalist*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –
91 auch durch gemeinnützige Ansätze, die wir in die Abgabenordnung mit aufnehmen
92 möchten. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf attraktiver und sicherer,
93 um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu gewinnen.

94 Zivilgesellschaftliche Institutionen, wie Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände,
95 stellen eine wichtige Säule unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts
96 dar. Wir würdigen ebenso das Engagement der Kirchen, der Religions- und
97 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Auch
98 Konfessionsfreie tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und haben Anspruch
99 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und gleichberechtigte Teilhabe.
100 Wir wollen das bestehende Religionsverfassungsrecht so weiterentwickeln, dass es
101 unserer gewachsenen religiös-weltanschaulichen Pluralität gerecht wird.

102 Wir schützen Menschen, die nicht streng religiösen Dogmen entsprechen, wie zum
103 Beispiel Alevit*innen und Jesid*innen, vor Anfeindungen.

104 **Für eine Erinnerung, die uns wach hält**

105 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere
106 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte und dafür,
107 dass aus unserem Erinnern eine bessere Zukunft erwächst. Ein guter
108 Geschichtsunterricht an den Schulen stärkt das Fundament unserer Demokratie.

109 Wir pflegen unsere Erinnerungsorte – diejenigen, die das Menschheitsverbrechen
110 der Shoah bezeugen. Und diejenigen, die von demokratischen Aufbrüchen und
111 bürgerschaftlichem Mut berichten.

112 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!
113 Deswegen wollen wir die KZ-Gedenkstätten mit ausreichenden Mitteln für den
114 Erhalt des Bestandes, für Forschung und ausstellungspädagogische, mehrsprachige
115 Begleitung und Gedenkveranstaltungen ausstatten. Die Dokumente der Zentralen
116 Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sollen der
117 Öffentlichkeit und Forschung langfristig zur Verfügung stehen. Besonders in
118 Zeiten erstarkender geschichtsrevisionistischer und extrem rechter Kräfte und
119 nach dem Ableben der Generation der Zeitzeug*innen sind Gedenkstätten wichtige

120 Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an heutige und
121 kommende Generationen.

122 Deswegen wollen wir allen Schüler*innen ermöglichen, einmal in ihrer Schulzeit
123 eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch finanziell unterstützen.

124 Wir intensivieren die Beschäftigung mit Antisemitismus, der ideologischen
125 Grundlage des präzedenzlosen Menschheitsverbrechens der Shoah. Wir intensivieren
126 auch die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm resultierenden
127 historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei nehmen wir
128 explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die NS-Verbrechen
129 gegenüber Menschen mit Behinderung werden wir weiter aufarbeiten, die Opfer
130 anerkennen und angemessen entschädigen. "Nie wieder" muss heißen: Verantwortung
131 zu tragen für die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

132

133 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der
134 Einwanderungsgesellschaft öffnen und tragen dem bei der Konzeption der
135 erinnerungspolitischen Maßnahmen Rechnung.

136 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen.

137 Erfolgreiche Programme zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte wie bspw.
138 "Jugend erinnert" sollen verstetigt werden. Wir stehen zur Realisierung des
139 geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche
140 Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“. Die
141 Auseinandersetzung mit dem in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR verübten
142 Unrecht werden wir konsequent fortführen und die Realisierung des Mahnmals für
143 die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sowie des Archivzentrums SED-Diktatur
144 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute unter den Folgen der
145 Repression und benötigen besonders im Bereich der gesundheitlichen Folgeschäden
146 bessere Anerkennungsbedingungen. Auch für die Rehabilitation und
147 Anspruchsberechtigung der Opfer des DDR-Doping-Systems setzen wir uns ein.

148 Gleichzeitig erinnern wir uns an den Mut und das Engagement der Bürger*innen,
149 die 1989 mit der Friedlichen Revolution das Ende der SED-Diktatur und den
150 demokratischen Neuanfang in einem vereinten Deutschland im Herzen Europas
151 ermöglicht haben. Wir unterstützen die Einrichtung des "Forum Opposition und
152 Widerstand 1945-1990" und des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und
153 Europäische Transformation in Halle als Orte des Austausches, der Forschung und
154 der Aufarbeitung zur Stärkung eines gemeinsamen europäischen Verständnisses von
155 Freiheit und Demokratie.

156 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen
157 Kolonialvergangenheit, insbesondere des Völkermords an den Herero und Nama, im
158 Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben. Diesen Prozess wollen wir
159 weiterführen und ihn durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler
160 Initiativen in die Gesellschaft tragen. Wir wollen bei Provenienzforschung und
161 der Rückführung von menschlichen Überresten und Kulturgütern aus kolonialem
162 Kontext die angemessene Beteiligung der Herkunftsgesellschaften und die
163 Übernahme von mit der Rückgabe verbundenen Kosten gewährleisten. Gegen den
164 fortbestehenden Handel mit menschlichen Überresten, v.a. aus kolonialen

165 Kontexten, wollen wir vorgehen. Wir wollen prüfen, wie wir mit Unrechtsurteilen
166 der deutschen Kolonialjustiz umgehen können.

167 Die Erinnerung an die Opfer von rechter Gewalt und gruppenbezogener
168 Menschenfeindlichkeit, wie bspw. in Hanau und durch den NSU ist für unsere
169 demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung. Deshalb sichern wir die
170 Finanzierung zur Umsetzung des NSU-Dokumentationszentrums und des Archivs rechte
171 Gewalt mit entsprechender Begleitforschung.

172 Gleichzeitig leben in Deutschland Menschen mit Erfahrungen von Flucht,
173 Verfolgung und Gewalt in ihren Herkunftsregionen. Auch dies ist ein Teil der
174 deutschen Erinnerungskultur.

175 **Für handlungsfähige Kommunen**

176 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu
177 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen
178 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger*innen verlässliche öffentliche
179 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe
180 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft
181 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

182 Für starke Kommunen braucht es viele gut ausgebildete Verwaltungsangestellte. Um
183 hier einen Fachkräftemangel abzuwenden braucht es moderne Strukturen und faire
184 Löhne im öffentlichen Dienst.

185 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu
186 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,
187 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Spielplätze, Schwimmbäder, Jugendclubs,
188 Sportplätze und Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro.
189 Durch eine auskömmlichere Finanzierung der Kommunen und den Deutschlandfonds
190 geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen
191 Investitionen zu finanzieren. Wir wollen, dass Teilhabe für alle Menschen zur
192 Regel wird.

193 Viele finanzschwache Kommunen, die einen Strukturwandel durchgemacht haben,
194 sitzen bis heute auf hohen Schuldenbergen und stecken angesichts drückender
195 Zinsen in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen
196 wir uns für einen von Bund und Ländern finanzierten Altschuldenfonds ein. Wir
197 werden dabei auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigen, die
198 durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind.

199 An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von
200 Rettungsdiensten, die Unterbringung und Integration von Geflüchteten oder
201 beispielsweise der Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern
202 übernommen werden - mit steigenden Kosten für solche Pflichtaufgaben der
203 öffentlichen Daseinsvorsorge muss folglich auch die Finanzausstattung für die
204 Kommunen steigen.

205 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die
206 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von
207 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.

208 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher zu Gunsten der
209 Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden reduzieren und die verbleibenden
210 weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. In diesem Sinne und für
211 mehr Transparenz bauen wir die Förderdatenbank weiter aus. Wir stellen den
212 Kommunen künftig direkt mehr Gelder zur Verfügung und stärken weiter die so
213 genannten ungebundenen Mittel. Damit schaffen wir mehr Gleichwertigkeit,
214 entlasten die Verwaltung und steigern die Möglichkeiten vor Ort.

215 Wir unterstützen kommunale Unternehmen und öffentliche Betriebe als Triebfeder
216 der sozial-ökologischen Transformation und als Garant für demokratische
217 Gestaltung unserer Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir Kommunen wo möglich
218 dabei, Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand zu bringen und
219 ein sicheres Investitionsumfeld für kommunale Energieversorger zu schaffen.

220 Wir wollen die Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz zeitnah abschließen.

221 **Für eine starke demokratische Gesellschaft**

222 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige
223 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von
224 Bürger*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht
225 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch
226 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir
227 unsere demokratische Kultur. Die Demokratie zu schützen ist eine
228 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite
229 Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Programme
230 wie "Demokratie leben!" finanziell stärken und dauerhaft mit einem
231 Demokratiefördergesetz absichern.

232 Zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung sieht unser Grundgesetz
233 vor, dass Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam,
234 die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei durch das
235 Bundesverfassungsgericht beantragen können. Wir fordern Bundestag, Bundesrat und
236 die Bundesregierung auf, aus ihren Erkenntnissen parteiübergreifend Konsequenzen
237 zu ziehen und zügig auf einen Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit
238 der AfD hinzuwirken.

239 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,
240 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und
241 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,
242 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als
243 auch im Internet stärker geahndet werden. Wir prüfen geeignete Maßnahmen, wie
244 zum Beispiel eine Reform der Impressumspflicht und die dortige Offenlegung der
245 Wohnanschrift, um Menschen vor Nachstellungen und Stalking besser zu schützen.
246 Wir schützen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vor Angriffen, denn sie sind
247 ein hohes Gut.

248 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender
249 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für
250 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und

251 Unparteilichkeit stärken und absichern wollen. Wir brauchen auch bundesweit mehr
252 Anstrengungen, um die Medienkompetenzen und den kritischen Umgang der
253 Bürger*innen mit digitalen Inhalten in allen gesellschaftlichen Gruppen zu
254 stärken.

255 Auch die politischen Stiftungen liefern einen wichtigen Beitrag für die
256 politische Bildungsarbeit in unserer pluralen Demokratie, soweit sie auf dem
257 gemeinsamen Boden unserer demokratischen Grundordnung stehen.

258 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern unsere Demokratie bereits heute
259 vielfältig auf kommunaler und Landesebene. Mit Bürgerräten besteht die
260 Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert*innen des Alltags“ in einem
261 repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu stärken und gesetzlich
262 abzusichern, inklusive demokratischer Verfahren zu einzelnen
263 Beratungsergebnissen. Dafür wollen wir beispielsweise die Einführung einer
264 Volksinitiative prüfen. Das Petitionsrecht wollen wir weiterentwickeln und
265 stärken.

266 Wer in Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit
267 haben, hier an allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen
268 gleichberechtigt teilzunehmen. Im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger*innen
269 wollen wir die Teilnahme an Wahlen erleichtern.

270 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das
271 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und
272 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen
273 für ein starkes Parlament, eine Stärkung der parlamentarischen Verfahren und
274 konstruktive Kompromissfindung, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat.
275 Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen wir transparenter gestalten
276 und Lobbytreffen der Regierung wie in der Europäischen Kommission sichtbar
277 machen. Dabei setzen wir uns für unabhängige Kontrollen ein, um Transparenz und
278 Integrität zu stärken. Die Sitzungen der Fachausschüsse sollen in der Regel
279 öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Es gibt Regeln für Parteispenden
280 oder politischer Werbung im Fernsehen und Radio. Es gibt solche Regeln auch im
281 Digitalen, die wir zum Schutz unserer Demokratie durchsetzen wollen. Wir sorgen
282 dafür, dass diese Deckelung auch durch die Besitzer sehr großer Online-
283 Plattformen nicht umgehbar ist. Es braucht klare Grenzen, wie viel Einfluss ein
284 Einzelner nehmen darf. Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen
285 jährlichen Höchstbetrag deckeln und weitere Maßnahmen prüfen, um Schlupflöcher
286 zu schließen. Hierfür nehmen wir insbesondere Auslandsspenden in den Blick.

287 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer
288 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch
289 für diese Organisationen gelten.

290 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das
291 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

292 **Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement**

293 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie
294 engagieren sich im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, organisieren
295 Kulturveranstaltungen oder unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen
296 sich ehrenamtlich in die Freiwillige Feuerwehr oder bei Hilfsorganisationen ein.
297 Sie unterstützen Geflüchtete. Viele junge Menschen entscheiden sich, ein Jahr
298 ihres Lebens nach der Schule zu ihrer persönlichen Entwicklung zu nutzen und in
299 den Dienst von Gesellschaft und Umwelt zu stellen.

300 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst
301 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische
302 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und
303 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,
304 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Ehrenamtliches Engagement
305 verdient unsere volle Unterstützung, deswegen wollen wir Anrechnungsregeln
306 prüfen und bürokratiearm gestalten. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir
307 eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und
308 Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
309 zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum freiwilligen Engagement auch für
310 Menschen mit geringem Einkommen, Migrationsgeschichte oder Behinderungen
311 verbessern.

312 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und die Plätze im
313 Bundesfreiwilligendienst entsprechend ausbauen und verlässlich finanzieren.
314 Viele Menschen – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung – möchten sich im
315 Freiwilligendienst engagieren und wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen
316 auch die Möglichkeit hierzu haben. Dafür wollen wir die Bedingungen für diese
317 Personengruppen verbessern und sozial gestaffelte Unterstützungsmöglichkeiten
318 schaffen. Wir wollen für eine faire Vergütung und umfassende
319 Informationsmöglichkeiten, insbesondere an Schulen, sorgen. Wir prüfen, ob ein
320 vergünstigtes Deutschlandticket den Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden
321 kann.

322 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre
323 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir
324 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass
325 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen
326 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch
327 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen. Wir wollen
328 Digitales Ehrenamt und Entwicklung, Betrieb und Pflege von nicht
329 gewinnorientierter Open-Source-Software als gemeinnützig anerkennen und
330 institutionell unterstützen.

331 **Für Sport, der verbindet**

332 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.
333 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale

334 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der
335 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

336 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische
337 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern
338 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte ein fester
339 Bestandteil der Sportpolitik sind. Den Nachhaltigkeitszielen wollen wir auch
340 dadurch Rechnung tragen, dass wir bereits vorhandene Sportstätten in die
341 Bewerbung einbeziehen und neu zu bauende für die Öffentlichkeit nutzbar machen.
342 Diejenigen, die von der Ausrichtung der Olympischen Spiele finanziell
343 profitieren, sollen auf die Erträge Steuern zahlen und die für Veranstaltungen
344 üblichen kommunalen Gebühren entrichten.

345

346 Wir wollen mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen
347 Sportverbänden vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

348 Wir wollen das Bundesprogramm zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern
349 ausbauen. Für uns sind dabei ökologische Nachhaltigkeit und Inklusion leitend.
350 Denn wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben
351 können. Den Breitensport stärken wir und schaffen gute Bedingungen für die
352 Schwimmausbildung im schulischen und nicht schulischen Bereich sowie das
353 Training vor Ort.

354

355 Insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen fördern wir gezielt mit unserer
356 Sportpolitik, genauso haben wir die Interessen von queeren Menschen im Blick.
357 Zwei wichtige Mittel dazu sind das Gender Budgeting und Equal Pay. Mit einer
358 nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von
359 Leistungssportler*innen für Olympische und Paralympische Spiele sowie
360 vergleichbare Wettbewerbe gleichermaßen verbessern und die Mittelvergabe
361 transparenter gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet
362 und als gemeinnützig anerkannt wird.

363 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen
364 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

365 Fans sind essenziell. Deswegen stärken wir Fanprojekte, reformieren
366 intransparente Datensammlungen und weiten das Bundesprogramm gegen
367 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit aus.

368 **Für eine handlungsfähige Justiz in unserem Rechtsstaat**

369 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,
370 schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. So schützen wir die
371 Rechte aller Menschen. Dafür braucht es genügend Richter*innen und
372 Staatsanwält*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie eine entschiedene
373 Digitalisierung der Justiz.

374 Damit Rechtsschutz für alle offen steht, braucht es niedrigschwellige Zugänge
375 zur Justiz unabhängig vom Einkommen. Es braucht dafür auch eine attraktive
376 juristische Ausbildung. Die bisher schon eingeführten Reformen, wie zum Beispiel

377 den integrierten juristischen Bachelor, unterstützen wir und schaffen einen
378 bundesgesetzlichen Rahmen, der die Bedeutung der juristischen Ausbildung für die
379 Resilienz des Rechtsstaats wie auch die Entwicklung der juristischen Berufe
380 durch Legal Tech in den Blick nimmt.

381 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den
382 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein
383 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von
384 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass
385 mehrere Kläger*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.
386 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren
387 entlasten. Der Einsatz von KI als Unterstützung in der Justiz soll weiter
388 erforscht und entwickelt werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr
389 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder
390 spezialisieren und den Einsatz nicht-juristischer Fachleute unterstützen.
391 Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein wichtiges
392 Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dem wollen wir konsequent mit
393 der Stärkung des Umweltstrafrechts und einem Nationalen Aktionsplan begegnen..

394 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte
395 oder Zeug*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

396 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir
397 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält*innen transparent ausgestalten.
398 Nebeneinkünfte von Bundesrichter*innen sollen – wie schon jetzt beim
399 Bundesverfassungsgericht – auch bei allen anderen obersten Bundesgerichten
400 veröffentlicht werden. Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein.
401 Eine gute Justiz muss auch widerstandsfähig gegen Verfassungsfeind*innen sein.
402 Daher werden wir rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor
403 Verfassungsfeind*innen geschützt ist.

404 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht
405 zahlen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu
406 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des
407 Strafrechts geregelt werden können. Wir wollen, dass vor Einleitung einer
408 Erstattfreiheitsstrafe die Ursache der Nichtzahlung und Alternativen stärker
409 betrachtet werden.

410 Eine starke Anwaltschaft ist Fundament eines stabilen Rechtsstaats und der
411 Bürger*innenrechte. Wir werden auch zukünftig sicherstellen, dass jeder Mensch
412 der in Haft genommen wird anwaltlichen Beistand bekommt.

413 Um das besondere Vertrauensverhältnis zwischen staatlich anerkannten
414 Sozialarbeiter*innen und Klient*innen rechtssicher zu schützen, wollen wir die
415 Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechts prüfen.

416 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür
417 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und die Agentur der
418 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und
419 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

420 Für digitale Bürger*innenrechte

421 Freiheitsrechte und Bürger*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt
422 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)
423 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer
424 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen
425 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu
426 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen
427 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst
428 unbürokratisch und bundesweit einheitlich umgesetzt werden.

429 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.
430 Ihre Grenzen findet sie, wenn Desinformation sich unkontrolliert ausbreitet, und
431 wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder Volksverhetzung erfüllt sind. Diese
432 müssen konsequent gelöscht und entsprechende Accounts, schneller gesperrt
433 werden. Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die
434 Rechte der Nutzer*innen. Grundsätzlich gilt, wenn Hass mit Aufmerksamkeit
435 belohnt und Desinformation sich systematisch verbreitet, ist unsere Demokratie
436 gefährdet. Im digitalen Raum setzen wir uns für Algorithmen sozialer Netzwerke
437 ein, die eine vielfältige Informationslandschaft gewährleisten.
438 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben
439 wir wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine
440 konsequente, staatsferne Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa
441 und Deutschland ein. In Kooperation mit der EU wirken wir auf eine konsequente
442 Rechtsdurchsetzung des DSA hin. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz
443 beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt
444 werden.

445 Die Medienanstalten der Bundesländer müssen weitere Ressourcen erhalten, um
446 effizient bei der Löschung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet und
447 in den sozialen Medien zusammenzuarbeiten.

448 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.
449 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf zielgerichtete
450 Strafverfolgung und die dafür notwendigen Datenzugriffsrechte. Gerade im
451 digitalen Raum wollen wir diese mit effektiven und bürgerrechtsschonenden
452 Instrumenten, wie dem Quick-Freeze-Verfahren, konsequent ausbauen. Instrumente
453 der anlasslosen Massenüberwachung, wie Vorratsdatenspeicherungen, Chatkontrolle
454 oder die biometrische Erfassung im öffentlichen Raum, lehnen wir ab. Die
455 Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir bei der Evaluierung
456 bestehender und bei der Einführung neuer Befugnisse berücksichtigen und
457 evidenzbasiert und ausgewogenen durch Expert*innen bewerten lassen.
458 Wir wollen KI-gestützte Analyseinstrumente der Polizei für die Strafverfolgung
459 unter Einhaltung aller datenschutzrechtlicher Vorgaben stärker nutzbar machen.
460 Unser Ziel ist es rechtmäßig erhobene polizeiliche Daten durch automatisierte
461 Analyse, unter Einhaltung der Zweckbindung, schneller und effektiver miteinander
462 zu verknüpfen. Es muss jederzeit klar sein, wozu welche Daten verwendet werden.
463 Dabei setzen wir neben transparenten Verfahren auch auf regelmäßige Datenschutz-
464 Audits, außerdem muss die Datenhoheit bei der Behörde liegen.

465 **Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung**

466 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.
467 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt
468 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Diskriminierung überwinden,
469 denn sie schwächt unseren Zusammenhalt.

470 Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei
471 der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das
472 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Dazu weiten wir Fristen,
473 Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein
474 Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken.. Dazu gehört auch der Schutz
475 vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt
476 gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben und damit die
477 Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen, dass
478 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut
479 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen
480 gestärkt wird. Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir
481 eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der
482 Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und
483 Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker
484 verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für
485 gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken. Wir bauen die Forschung, wie zum
486 Beispiel den Nationalen Rassismus- und Diskriminierungsmonitor, zu
487 Erscheinungsformen und Ausprägung von Diskriminierung aus. Um strukturellen
488 Rassismus, egal ob im Gesundheitswesen, in der Justiz oder in unseren
489 Sicherheitsbehörden, zu bekämpfen, wollen wir zielgerichtete
490 Fortbildungsangebote zur Steigerung der Diskriminierungssensibilität stärker
491 fördern. Zudem wollen wir die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer
492 Herkunft auch in Deutschland aktiv vorantreiben, Bildungsprojekte fördern und
493 die politische Teilhabe Schwarzer Menschen stärken.

494 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer
495 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in
496 Sicherheit leben können. Besonders nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel
497 am 7. Oktober steigt der Antisemitismus auch in Deutschland. Wir setzen uns
498 deshalb noch stärker für die auskömmliche Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz
499 jüdischer Gemeinden und israelischer Communities ein.

500 Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben setzen wir
501 weiter um, denn wir wollen jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern und
502 sichtbar machen. Antisemitische Vorfälle müssen verfolgt und dokumentiert werden.
503 Antisemitische Gewalt bekämpfen wir konsequent mit allen Mitteln des
504 Rechtsstaats. Dazu gehört es auch, Gesetzeslücken zu schließen. Es sollen keine
505 Projekte gefördert werden, die Antisemitismus, Rassismus oder sonstige
506 menschenverachtende Ideologien propagieren. Wir setzen uns für die Erarbeitung
507 einer Antisemitismusstrategie für den digitalen Raum ein. Antisemitismus hat
508 komplexe Erscheinungsformen: Wir setzen daher auf eine umfassende
509 Bildungsstrategie, die von Kindesbeinen bis ins Erwachsenenalter reicht, und die

510 Förderung von interkonfessionellem Dialog beinhaltet. Wir stärken die jüdische
 511 Gegenwartsforschung.
 512 Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die
 513 Benachteiligung jüdischer Einwander*innen gegenüber den eingewanderten (Spät-
 514)Aussiedler*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.

515 Mit einer Nationalen Strategie gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen
 516 Rassismus gehen wir gegen die zunehmende Diskriminierung von Muslim*innen und
 517 muslimisch gelesenen Menschen vor. Grundlage dafür sind die
 518 Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Muslimfeindlichkeit. Wir
 519 wollen vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland schützen. Islamfeindliche
 520 Vorfälle müssen konsequent verfolgt und sorgfältig dokumentiert werden.
 521 Die Imam*innenausbildung in Deutschland treiben wir voran und stärken damit die
 522 Unabhängigkeit der islamischen Gemeinden. Wir wollen die Deutsche Islamkonferenz
 523 weiterentwickeln und in unserem politischen Handeln auch progressive, liberale
 524 muslimische Vertretungen einbinden.

525 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der
 526 Expertenkommission Antiziganismus weiter konsequent umsetzen und einen
 527 Staatsvertrag mit der Minderheit auf Bundesebene schließen. Antiziganistische
 528 Vorfälle müssen bundesweit erfasst und verfolgt werden. Deshalb sichern wir die
 529 Förderung der zivilgesellschaftlichen Monitoringstelle rechtlich ab. Wir setzen
 530 uns weiterhin für eine breitere Anerkennung des 2. August als Europäischen
 531 Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma ein.

532

533 Die nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland sind ein
 534 unverzichtbarer Teil der kulturellen und historischen Identität unseres Landes.
 535 Wir setzen uns weiterhin für die Förderung ihrer Kultur, Sprache und ihrer
 536 Sichtbarkeit in der Gesellschaft ein,
 537 sichern ihre Einrichtungen langfristig finanziell ab und stärken ihre
 538 institutionelle Verankerung auf Bundesebene. Wir stärken zudem die nationalen
 539 Minderheiten im Ausland.

540 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch durch verbindliche Maßnahmen in
 541 all ihren Institutionen angemessen widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb unter
 542 anderem dafür ein, dass Vielfalt und eine interkulturelle Öffnung – sowohl
 543 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent
 544 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Wir wollen,
 545 dass Einstellungs- und Beförderungspraxis diskriminierungsensibel gestaltet
 546 werden. Mit einem Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken
 547 wir die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.

548 **Für Frauenrechte**

549 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,
 550 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus, der alle in den Blick nimmt, also
 551 intersektional ist und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell. Nur
 552 wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit konsequent bekämpft
 553 werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte

554 stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Wir
555 wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer
556 adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt.

557 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das
558 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.
559 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als
560 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher
561 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine
562 geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie eine bessere
563 Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und hochwertige
564 Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht zu Hause:
565 Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im Alltag sind sie
566 aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt bedroht.

567 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer
568 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen
569 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung
570 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,
571 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen
572 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren
573 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und
574 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie
575 Polizei umfassend geschult werden. Annäherungsverbote müssen in Fällen von
576 häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch
577 z.B. durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Opfer von Vergewaltigungen
578 brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive
579 anonymen Spurensicherung und der „Pille danach“.

580 Um die Perspektive der Betroffenen in die Gestaltung von Politik und
581 Präventionsmaßnahmen einzubeziehen, können Instrumente wie ein Betroffenenrat
582 für Häusliche Gewalt hilfreich sein.

583 Die Istanbul-Konvention ist ein Instrument, das die notwendigen Maßnahmen für
584 den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte
585 festlegt. Diese setzen wir konsequent um, durch verstärkte Präventionsmaßnahmen,
586 den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte
587 Datenerhebung. Damit bekämpfen wir auch Femizide, also die gezielte Tötung von
588 Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Zudem prüfen wir, ob das geltende
589 Sexualstrafrecht um eine Neuregelung in der Form der Zustimmungslösung ergänzt
590 werden muss, um Straftaten besser verfolgen zu können. Ziel ist es, das geltende
591 Sexualstrafrecht mit der Zustimmungslösung zu reformieren. Auch der Einsatz von
592 KO-Tropfen und ähnlichen Substanzen bei sexuellen Übergriffen muss als
593 strafverschärfender Umstand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.
594 Online-Gewalt gegen Frauen wächst in rasantem Ausmaß. KI-generierte und echte
595 Nacktbilder werden als Waffe gegen Frauen und Mädchen gezielt eingesetzt. Bei
596 der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
597 setzen wir uns dafür ein, dass die Verbreitung von KI-generierten oder echten
598 Nacktbildern gegen den Willen der Betroffenen grundsätzlich eine Straftat

599 darstellt. Um die Würde der Opfer zu schützen, wollen wir rechtssichere
600 Regelungen finden, wie der Besitz und die Verbreitung von Bildmaterial, das die
601 Vergewaltigung einer erwachsenen Person zeigt, unter Strafe gestellt werden
602 kann.

603 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht
604 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende
605 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Gewaltbetroffene Frauen, deren
606 Aufenthaltsstatus von ihrem Ehemann oder Partner abhängt, sollen einen
607 eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht
608 leichter einfordern können, braucht es Zugang zu Beratung und Hilfestrukturen.
609 Bei der Feststellung der Lebensunterhaltssicherung zur Verlängerung der
610 Aufenthaltserlaubnis, sollen Erwerbseinschränkungen in der besonderen Situation
611 von Schwangeren, Alleinerziehenden und Frauen, die Angehörige pflegen, im
612 Einzelfall berücksichtigt werden.

613 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende
614 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft.
615 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir
616 stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution
617 aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen
618 menschenrechtsbasierten Ansatz, und rücken die Rechte und die Unterstützung der
619 Betroffenen in den Fokus. Wir wollen den ressortübergreifenden Nationalen
620 Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln. Opfer von Menschenhandel sollen ein
621 sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im
622 Strafverfahren.

623
624 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen werden wir
625 menschenrechtsbasiert stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie
626 nicht bleiben. Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in
627 prekären Situationen, muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade
628 beim Ausstieg aus der Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten
629 müssen strenger kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die
630 Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene
631 Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der
632 Betroffenen sicherzustellen. Sobald die Ergebnisse der Evaluation des
633 Prostituiertenschutzgesetzes vorliegen, sollen Bund, Länder und Kommunen sowie
634 Betroffene und Expert*innen auf dieser Grundlage gemeinsam ergebnisoffen
635 beraten, welche Änderungen am Gesetz notwendig sind, um die Situation in der
636 Prostitution zu verbessern, ohne die Prostituierten zu stigmatisieren oder zu
637 kriminalisieren.

638 **Für Selbstbestimmung**

639 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der
640 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in
641 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und
642 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in

643 Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des
 644 Bundestags. Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in
 645 Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu
 646 Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung
 647 der Ziele einführen.

648 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten
 649 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen
 650 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte
 651 Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in §218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert
 652 sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend
 653 den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in
 654 der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die
 655 mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein,
 656 dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein
 657 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft
 658 garantiert ist. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch
 659 lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff
 660 möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für
 661 Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den
 662 Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden. Auch
 663 ärztlich verordnete Verhütungsmittel sollen kostenfrei und Teil des GKV-
 664 Leistungskatalogs sein. Wir wollen das Stillen in der Öffentlichkeit in
 665 Deutschland grundsätzlich erlauben und schaffen dazu die gesetzliche Grundlage.

666 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes
 667 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen
 668 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit,
 669 einschließlich der Versorgung rund um die Geburt, zwingend berücksichtigen.
 670 Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der
 671 Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend
 672 zur Verfügung stehen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und
 673 bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

674

675 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch trans*, inter und nicht-binäre Personen in
 676 den Blick.

677 **Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt**

678 Jeder Mensch hat das Recht, frei und selbstbestimmt leben zu können. Politik
 679 muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische, schwule, bi,
 680 trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) zunehmende Gewalt und
 681 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin. Bereits erkämpfte Rechte, wie das
 682 Selbstbestimmungsgesetz, schützen wir vor Angriffen und setzen uns weiterhin für
 683 die Stärkung von Rechten queerer Menschen und ihrer Selbstbestimmung ein.

684 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan
 685 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur
 686 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel

687 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir
688 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen und
689 geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und
690 Hasskriminalität gegen LSBTIQ* entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die
691 Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und bauen die Unterstützungsangebote,
692 sowie Ansprechstellen in Behörden und in der Justiz weiter aus. Die Empfehlungen
693 des Arbeitskreises zur Bekämpfung von homophober und transfeindlicher Gewalt
694 setzen wir um und evaluieren sie.

695 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie
696 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll unter anderem die Kostenübernahme durch die
697 Krankenkassen für medizinische Transitionsmaßnahmen für alle Betroffenen
698 diskriminierungsfrei gewährleistet, sowie Beratungsangebote ausgebaut werden.
699 Wir schließen die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an
700 intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht
701 gegenüber trans* und intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche
702 Unversehrtheit verletzt oder Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen.
703 Lücken beim Verbot sogenannter Konversionstherapien werden wir schließen und die
704 Aufklärungsarbeit über HIV sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und
705 aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt*innen vorantreiben.
706 Wir ermöglichen den diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen
707 Leistungen für alle und stärken die diskriminierungssensible Weiterbildung von
708 Mitarbeitenden bei der Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt.

709 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für
710 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden
711 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien, insbesondere von
712 lesbischen Müttern und ihren Kindern, im Abstammungsrecht und berücksichtigen
713 dabei die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären Menschen. Wir
714 verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern.
715 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich
716 füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im Alter stärker in
717 den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von älteren LSBTIQ*-
718 Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser berücksichtigen, damit
719 sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können. Auch junge queere
720 Menschen wollen wir stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

721

722 Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTIQ* besser vor Diskriminierung auf dem
723 Arbeitsmarkt geschützt werden.

724 **Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung** 725 **und eine inklusive Gesellschaft**

726 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen
727 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,
728 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit und Ableismus abgebaut wird. Das heißt
729 auch, dass geltendes Recht den Zielen der Inklusion nicht entgegenstehen darf.
730 Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab
731 unseres Handelns. Wir richten eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter

732 Beteiligung von Selbstvertreter*innen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.
733 Bürokratische Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an
734 ihrer Teilhabe hindern, wollen wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.
735 Damit die Verwendung von Steuern und öffentlichen Geldern allen zugutekommt,
736 müssen Inklusion und Barrierefreiheit in Gesetzgebungsverfahren stets mitgedacht
737 werden.

738 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen, im Analogen wie im Digitalen,
739 in nationales Recht umgesetzt, sowie einfacher und tatsächlich durchsetzbar
740 werden: Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei
741 machen. Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und
742 Dienstleistungen müssen konsequent Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen,
743 wobei wir sie mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem
744 digitalen Barrierefreiheitsstool unterstützen. Auch Vermieter*innen von Büro- und
745 Gewerbeflächen sind angehalten, diese Vorkehrungen zu treffen. Mieter*innen von
746 Gewerbe- und Büroflächen wollen wir den barrierefreien Umbau ihrer Gewerbe- und
747 Büroflächen auch in rechtlicher Hinsicht erleichtern und streben eine Ausweitung
748 der bestehenden Förderprogramme der KfW an.

749 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch
750 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und ihren Lebensunterhalt selbst
751 verdienen können.. **Damit Arbeitgeber*innen ihrer Beschäftigungspflicht**
752 **nachkommen, schließen wir gesetzliche Schlupflöcher und passen die**
753 **Ausgleichsabgabe an. Menschen mit Behinderung sollen wirklich selbstbestimmt**
754 **entscheiden können, wo und wie sie arbeiten.** Das heutige ausgrenzende
755 Werkstättensystem wollen wir schrittweise in Richtung Inklusionsunternehmen
756 weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten,
757 mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und existenzsichernde
758 Rentenansprüche erwerben können. Dafür sollen sie die individuell benötigte
759 Unterstützung erhalten. Die Reform des Werkstättensystems werden wir dabei im
760 engen Dialog gemeinsam mit den Werkstätten und Betroffenen gestalten. Hürden bei
761 Eintritt und Rückkehr ins Berufsleben sowie bei der Qualifizierung beseitigen
762 wir. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass in den Bundesverwaltungen
763 Modellprojekte für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen
764 über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geschaffen werden. EU-Mittel sollen nicht
765 in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention
766 entgegenstehen. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir durchlässiger gestalten
767 und hierbei Fehlanreize beseitigen.

768
769 Das Bildungssystem ist von Anfang an inklusiv auszugestalten. Die Kosten für
770 dafür notwendige Unterstützung müssen übernommen werden. Auch die inklusive Aus-
771 und Weiterbildung wollen wir fördern. Die Peer-Beratung der Ergänzenden
772 Unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTB) wollen wir in allen Regionen
773 weiterentwickeln.

774 Die Eingliederungshilfe wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene
775 niedrigschwellig, möglichst digital, schnell und aus einer Hand Zugang zu
776 Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch, die Durchsetzung sozialrechtlicher

777 Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und Gerichten zu beschleunigen **und die**
 778 **Schnittstellen zu anderen Sozialgesetzen im Sinne der Menschen mit Behinderung**
 779 **zu überarbeiten.** Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam Lösungen zur
 780 Sicherstellung der Finanzierung der Eingliederungshilfe entwickeln. Wir wollen,
 781 dass Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wo und wie sie wohnen
 782 und wie sie ihre Freizeit verbringen möchten. **Dazu bedarf es einer inklusiven**
 783 **Sozialraumplanung in den Städten und Gemeinden.** Unterstützungsleistungen müssen
 784 unabhängig von Einkommen und Vermögen, einfach und schnell zur Verfügung
 785 gestellt werden. Wir wollen den Ausbau inklusiver Wohnformen vorantreiben und
 786 fördern und die Beratung dazu verbessern. Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht
 787 von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir abbauen. Wir stärken das
 788 persönliche Budget als wichtiges Instrument der Selbstbestimmung.

789
 790 Wir wollen die Deutsche Gebärdensprache besser verankern, weiter fördern und
 791 damit auch ihre Nutzer*innen stärken. Wir wollen sie als nationale
 792 Minderheitensprache anerkennen und prüfen Wege zur Umsetzung. Wir setzen uns für
 793 die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur barrierefreien Kommunikation ein.
 794 Wir stärken die Disability Studies.

795 Menschen mit Behinderung, insbesondere Frauen, sind häufiger von Gewalt
 796 betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt
 797 für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz insbesondere bei Angeboten für
 798 Menschen mit Behinderung deutlich aus. Wir stärken das Recht auf sexuelle
 799 Selbstbestimmung auch für Menschen mit Behinderung.

800
 801 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch Menschen mit chronischen Erkrankungen, wie
 802 zum Beispiel Asthma und Allergien, stärker in den Blick, damit sie überall
 803 gleichberechtigt teilhaben können.

804 **Für lebendige Kunst und Kultur**

805 Eine freie Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen
 806 Zusammenlebens. Wir wollen ein Kulturangebot schaffen, das so vielfältig ist wie
 807 das Land selbst und allen Menschen Zugang bietet. Gegen antidemokratische
 808 Bewegungen, die einen ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft
 809 führen, arbeiten wir für die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der
 810 Künstler*innen und ihrer diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik,
 811 Theater, Tanz oder bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club
 812 oder Oper, ob öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und
 813 Kreativwirtschaft. Indem wir ein Staatsziel Kultur in ihrer Vielfalt im
 814 Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und Kultur umfassend und in der Breite.
 815 Damit Kultur allen unabhängig von ihrem Wohnort zugänglich ist, bauen wir die
 816 kulturelle Infrastruktur aus. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, den
 817 wir mit Programmen wie Aller.Land adressieren. Kulturpolitik wollen wir auf
 818 Bundesebene auch institutionell stärken und besser vernetzen.

819 Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kulturorte, besonders für Clubs- und
 820 Livemusikstätten und insbesondere in Innenstädten verbessern, durch Änderungen

821 beim Lärmschutz, im Baurecht sowie im Gewerbemietrecht. Die Förderung von
822 Schallschutzmaßnahmen bauen wir aus.

823

824 Die großen Bundeskulturinstitutionen sind ein Stabilitätsanker der
825 Kulturlandschaft, und wir wollen sie weiter öffnen. Es kommt darauf an, die
826 Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb werden wir
827 den Kulturpass verstetigen und prüfen, ihn auszubauen. Mit ihm erhalten
828 Jugendliche ein Guthaben, um Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir
829 damit die Nachfrage und unterstützen verschiedene Kulturanbieter in Stadt und
830 Land.

831

832 Durch die Green Culture Anlaufstelle, die wir erfolgreich gestartet haben,
833 unterstützen wir unsere Kulturlandschaft gemeinsam mit den Ländern auf ihrem Weg
834 in den nachhaltigen Betrieb - mit Beratung und Förderung.

835 Kulturproduzent*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir
836 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Wir wollen die
837 Kultur-Investitionsprogramme des Bundes vielfältiger aufstellen, indem wir
838 Einrichtungen der freien Szene und der Popkultur stärker berücksichtigen. Die
839 begonnene Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche
840 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung
841 werden wir abschließen. Hier und in anderen kulturellen Förderungen wollen durch
842 geeignete Richtlinien dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Diversität in
843 der Kultur angemessen repräsentiert wird. Den Games-Standort Deutschland stärken
844 wir mit einer steuerlichen Games-Förderung, die bestehende gezielte Förderungen
845 ergänzt. Dabei nehmen wir auch die Rahmenbedingungen für Ausbildung & Studium,
846 Entwicklung, Produktion, öffentliche Sichtbarkeit und deren Zusammenspiel in den
847 Blick und achten auf relevante Anliegen aus der Games-Community. Für die kleinen
848 Verlage werden wir eine Verlagsförderung einführen und das Kulturgut Buch
849 schützen. Die neu eingeführte Förderung für Musikfestivals (Festivalförderfonds)
850 hat sich bewährt, sie erweitern wir um eine Konzeptförderung sowie um Beratung
851 und Wissensvermittlung. Wir wollen den jüdischen Kulturfonds verstetigen, der
852 die Arbeit jüdischer und israelischer Künstler*innen unterstützt.

853

854 Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ist die Vielfalt der
855 kleinen und mittleren Kulturunternehmen wichtig für die Identität und Kultur
856 unserer demokratischen Gesellschaft und muss deshalb durch die richtigen
857 politischen Rahmenbedingungen gestärkt werden. Der zunehmenden
858 Marktkonzentration in der Popkultur wollen wir durch Dialog und Regulierung
859 begegnen, um fairere Bedingungen auf dem Ticketmarkt sowie bei der Verteilung
860 von Streamingeinnahmen zu erreichen.

861 Wir wollen die soziale Lage der Künstler*innen und Kulturproduzent*innen
862 nachhaltig verbessern, indem wir die Künstlersozialversicherung zukunftsfest
863 machen, die soziale Absicherung für Soloselbstständige, hybrid Erwerbstätige und
864 abhängig Beschäftigte verbessern und die in dieser Wahlperiode von der
865 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten
866 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen. Im Dialog mit

867 betroffenen Förderern und Institutionen werden wir auf gute finanzielle
868 Rahmenbedingungen für deren Umsetzung hinarbeiten. Digitale Plattformen, die von
869 den Inhalten von Kreativen profitieren, sollen sich an der
870 Künstlersozialversicherung beteiligen.

871 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von
872 Künstler*innen kämpfen. Die Entwicklungen von KI wirken sich auf jede Sparte der
873 Kulturproduktion aus und eröffnen auch hier neue Spielräume. Wir werden die
874 Auswirkungen von KI auf den Kulturbereich, besonders im Hinblick auf faire
875 Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Persönlichkeitsrechte, Datenschutzvorgaben
876 und Urheberrecht prüfen. Wir wollen bei der Verwendung urheberrechtlich
877 geschützter Daten für KI-Systeme erreichen, dass Urheber*innen ihre Rechte und
878 Vergütungsansprüche zum Beispiel durch Lizenz- oder Abgabenmodelle künftig
879 durchsetzen können. Wir fordern Transparenz hinsichtlich des Einsatzes von KI
880 und eine bessere Erkennbarkeit.

881

882 Bibliotheken leisten einen zentralen Beitrag zur Medienkompetenz und damit zu
883 unserer Demokratie. Sie ermöglichen Zugang zu Bildung und Kultur unabhängig von
884 der sozialen Lage. Wir stärken analoge und digitale Bibliotheksangebote mit
885 erweiterten Öffnungszeiten und finden Möglichkeiten, dass Bibliotheken Bücher
886 unter Wahrung der Interessen der Urheber*innen analog zum physischen Verleih
887 auch per E-Lending verleihen können.

888 **Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft**

889 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Menschen kommen aus
890 unterschiedlichen Gründen zu uns. Deshalb braucht es eine echte
891 Willkommenskultur. Einwanderung ist Teil unserer gesellschaftlichen und
892 ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine Gestaltungsaufgabe, der wir
893 uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar nicht in Europa. Wir verbinden
894 Humanität und Ordnung.

895 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften
896 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort
897 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um
898 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein
899 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem
900 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim
901 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit
902 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach
903 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung
904 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu
905 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,
906 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die
907 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine
908 echte Willkommenskultur. Die bisherigen Ausländerbehörden werden so zu
909 Einwanderungsbehörden. Wir wollen, dass sich Menschen in unserem Land ohne
910 Vorurteile und Diskriminierung willkommen fühlen.

911 Mit der Einführung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der
912 Realität unserer vielfältigen Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die
913 Staatsbürgerschaft stellt für Menschen, die schon lange hier leben – zum
914 Beispiel die Generation der Gastarbeiter*innen –, ein dauerhaftes Band
915 rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Wir wollen, dass z.B.
916 auch Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung und
917 schweren Erkrankungen gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang dazu
918 erhalten. Es darf keine Staatsbürger*innen erster und zweiter Klasse und auch
919 keine Staatsangehörigkeit auf Abruf geben. Wie im Grundgesetz verankert, darf
920 die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden und eine mehrfache
921 Staatsangehörigkeit nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von
922 deutschen Staatsbürger*innen führen. Wir schaffen ein rechtssicheres
923 Anerkennungsverfahren zur Feststellung von staatenlosen Menschen und ihren
924 Kindern.

925 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie
926 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
927 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
928 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des
929 „Spurwechsels“ und gestalten ihn sinnvoll aus. Außerdem braucht es für beides –
930 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente und eine verlässliche
931 Finanzierung der Integration. Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele
932 gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte
933 Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark
934 entlastet. Es ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Wir wollen
935 eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik. Dafür wollen
936 wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische Entscheidungen einbeziehen
937 und ein beratendes Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung, der
938 kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

939 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen
940 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen wie die Bereitschaft sich
941 einzubringen an die, die zu uns kommen. Die Einwanderungsgesellschaft
942 funktioniert nur, wenn wir zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen.
943 Damit das gelingt, braucht es auch dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo
944 es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an Personal bei der
945 Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die Herausforderungen verstärkt. Die
946 Situation ist für viele Landkreise und Kommunen herausfordernd, für einige
947 überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen
948 mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell
949 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von ausfinanzierten, bedarfsgerechten und
950 qualifizierten Integrations- und Sprachkursen, die direkt nach der Ankunft
951 zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt sein, dass Barrieren für
952 Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Eltern und Mütter, die beim
953 Spracherwerb benachteiligt sind. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum
954 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Wir stärken die
955 Migrationsberatungsstellen und die Jugendmigrationsdienste, damit sie Menschen
956 von Beginn an beraten können. Die dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen.

957 Geflüchtete sollten Möglichkeiten nutzen dürfen, aus einer Unterkunft
 958 auszuziehen. Familienbezüge und individuelle Anknüpfungspunkte müssen
 959 berücksichtigt werden. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen besondere
 960 Unterstützung. Wir setzen uns gegen Standardabsenkungen und für eine kinder- und
 961 jugendgerechte Unterbringung ein. Ein Schulbesuch, psychosoziale Hilfe und die
 962 Unterstützung vulnerabler Gruppen müssen von Inobhutnahme an schnell
 963 sichergestellt werden. Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen
 964 vulnerable Gruppen von Beginn an. Bund, Länder, Kommunen und die
 965 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
 966 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
 967 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie
 968 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbare geleistet.

969

970 Wir stehen für soziale Teilhabe. Politische Maßnahmen, wie zum Beispiel die
 971 Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet sein, dass sie Bürokratie verringern und
 972 Integration ermöglichen. Das haben wir in Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz
 973 ohne unangemessene Bargeldobergrenze. Es muss immer sichergestellt werden, dass
 974 keine Kürzung unter das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum erfolgt.
 975 Auch zu guter Gesundheitsversorgung wollen wir allen Menschen unbürokratischen
 976 Zugang ermöglichen.

977 Der stärkste Motor für Integration sind Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung.
 978 Denn dort, wo Menschen sich verständigen können und gemeinsam etwas schaffen,
 979 wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.
 980 Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt
 981 und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen
 982 und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den
 983 Arbeitsmarkt zu bringen.

984 Wenn sich Arbeitgeber*innen und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht
 985 mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Damit entlasten wir auch
 986 Arbeitgeber*innen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen
 987 arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht
 988 aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen wir auch Planungssicherheit für
 989 Arbeitgeber*innen und Geflüchtete. Anstatt Menschen in prekäre nicht-reguläre
 990 Arbeitsverhältnisse zu drängen, wollen wir sie in gute
 991 Beschäftigungsverhältnisse bringen. Mit frühzeitiger Beratung und einem
 992 Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute Perspektiven
 993 bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können. Die Anerkennung
 994 ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen wollen wir vereinfachen.

995 **Für ein Land, das Schutz bietet**

996 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die
 997 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich
 998 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die
 999 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen
 1000 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, Krisenprävention, verlässlicher
 1001 und ausreichend finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer

1002nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau und fairen
1003Handelsbedingungen leisten wir hierzu unseren Beitrag und setzen uns dafür ein,
1004dass andere Länder ebenso Verantwortung übernehmen.
1005Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität und zwingt bereits heute
1006Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind
1007historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen
1008besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag
1009leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur
1010Klimaanpassung und klimabedingter Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen
1011geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten.
1012Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

1013Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.
1014Wir verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren
1015völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dem
1016subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Wir wollen
1017zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die
1018Kommunen schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Wir stellen uns gegen
1019reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen, die nur zu
1020Lasten der Schutzsuchenden gehen und Integration behindern.

1021Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen
1022und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen
1023und existierende Einschränkungen aufheben. Die Verfahren des Familiennachzugs
1024wollen wir beschleunigen und auf Sprachnachweise im Rahmen der
1025Familienzusammenführung vor der Einreise absehen.

1026Die Einstufung von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten darf nur
1027parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten
1028Kriterien getroffen werden. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder
1029Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, zügige und faire
1030Verfahren.

1031Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer
1032nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen
1033sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem
1034keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die
1035freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Für uns ist klar, dass Menschen nicht
1036in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen menschenrechtliche oder
1037völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Abschiebungen in Kriegs- und
1038Krisengebiete verbieten sich. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie den
1039Taliban bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen politisch
1040legitimieren. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen
1041nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden.

1042 **Für eine europäische und internationale Flucht- und** 1043 **Migrationspolitik**

1044 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit
1045 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in
1046 Europa. Europa geht nur gemeinsam und geordnete Migration nur europäisch.

1047 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der
1048 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration
1049 einzusetzen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen
1050 wir, wie jedes Recht, auf nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um.
1051 Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass
1052 Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend
1053 gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts
1054 stattfinden.

1055

1056 Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den
1057 Außengrenzen. Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring
1058 und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Wir wollen, dass die
1059 Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in Deutschland gemäß den Leitlinien
1060 der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union gesetzlich geregelt wird und
1061 die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands entsprechend
1062 finanziell ausgestattet wird. Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein
1063 menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut,
1064 Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die
1065 besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen
1066 oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.
1067 Außerdem dürfen Menschen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen.
1068 Kinder müssen grundsätzlich immer unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention
1069 untergebracht werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.

1070 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
1071 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
1072 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
1073 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
1074 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende
1075 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
1076 ablenken.

1077

1078 Stattdessen setzen wir auf eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Dritt-
1079 und Transitstaaten, denn mehr geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige
1080 Migration. Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere
1081 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig
1082 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und
1083 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte
1084 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige
1085 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker
1086 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch

1087bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete
1088und oft lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig
1089reduzieren können. Migrationsabkommen sollen ein Gesamtkonzept aus diesen
1090Bausteinen umfassen. Internationale Zusammenarbeit darf nicht einseitig
1091migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Wir fördern außerdem die
1092durch Migration und insbesondere zirkuläre Migration entstehenden wertvollen
1093Verbindungen zwischen Diaspora in Deutschland und den Herkunftsgesellschaften.

1094Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe –
1095dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins
1096Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für
1097geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen
1098Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden,
1099insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus, zu verhindern. Der
1100Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert
1101werden, stellen wir uns entschieden entgegen. Wer vor dem Kriegsdienst flieht,
1102beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu
1103kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in Europa finden.

1104Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen
1105zählen zu den größten Errungenschaften in Europa, die durch das Schengen-
1106Abkommen verwirklicht worden sind. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist
1107das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in
1108den Grenzregionen. Der offene europäische Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler
1109unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen lehnen wir
1110deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer
1111nach Europa kommt. Daher sind rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen
1112und eine zuverlässige Registrierung der Menschen unabdingbar.

1113

1114Grenzkontrollen an der Außengrenze sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die
1115zunehmend von europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Wir wollen die
1116europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex rechtsstaatlich
1117weiterentwickeln. Es bedarf einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von
1118Frontex-Einsätzen. Frontex darf sich nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen
1119beteiligen und muss solche Einsätze beenden. Es muss einfacher werden, Frontex
1120und nationale Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer
1121solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische
1122Unterstützung.

1123Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Das Sterben im Mittelmeer muss
1124enden. Es braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich
1125koordinierte und ausreichend finanzierte Seenotrettung. Solange dies nicht
1126erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der
1127Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns
1128entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen und setzen uns
1129für einen eindeutigen Tatbestandsausschluss auf allen politischen Ebenen ein.

1130Wir wollen, dass Menschen Schutz finden, ohne lebensgefährliche Fluchtrouten
1131wählen zu müssen. Für besonders gefährdete Gruppen wollen wir deshalb humanitäre

1132 Aufnahme- und Resettlementprogramme - auch auf Landesebene - unterstützen. Wir
 1133 wollen weiterhin Verantwortung für Afghan*innen übernehmen, die wegen ihrer
 1134 Arbeit für die Bundesregierung oder ihres Einsatzes für ein demokratisches
 1135 Afghanistan besondere Risiken auf sich genommen haben sind. Für Ortskräfte und
 1136 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,
 1137 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch
 1138 erteilt werden. Wir wollen sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen,
 1139 denn so schützen wir Menschenleben und legen Schlepperbanden und Menschenhandel
 1140 das Handwerk. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund,
 1141 Ländern, Städten und Gemeinden.

1142 **B. Ein Leben in Sicherheit**

1143 **Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität**

1144 Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig
 1145 wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben
 1146 können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Die beste Form der
 1147 Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Gute
 1148 Präventionsarbeit und soziale Infrastruktur sind daher immer auch ein Beitrag
 1149 zur Sicherheit. Eine gut ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine
 1150 wirksame Kriminalprävention. Dazu gehört auch eine gute Aus- und Fortbildung.
 1151 Engagierte Polizist*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben
 1152 und unsere Bürger*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

1153 Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass
 1154 sie das Personal, die Technik, Know-How und auch die verfassungskonformen
 1155 Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die
 1156 gesetzlichen Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz
 1157 werden wir modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.
 1158 Dazu zählt, dass wir polizeiliche Ermittlungen im digitalen Raum stärken.
 1159 Rechtsgrundlagen müssen stets zielgerichtet und anlassbezogen wirken. Wir
 1160 bringen eine evidenzbasierte Innenpolitik mit Bürger*innenrechten in Einklang
 1161 und adressieren die Ursachen von Kriminalität.

1162 Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen
 1163 Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.
 1164 Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss
 1165 hier technisch mithalten können.

1166 Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir Kriminalitätsentwicklungen im Blick
 1167 behalten und wissenschaftliche Expertise stärker einbeziehen. Den periodischen
 1168 Sicherheitsbericht, der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich
 1169 verankern. Mit wissenschaftlich fundierten Erfassungssystemen und Datenbanken
 1170 werden präzise Lagebilder und Beurteilungen ermöglicht, eine gute
 1171 Ermittlungsarbeit befördert und die Grundlage für angemessene und rechtssichere
 1172 polizeiliche Maßnahmen gelegt. Daher wirken wir auf die Verbesserung

1173polizeilicher Datenbanken im polizeilichen Informationsverbund hin. Wir
1174reformieren die Polizeistatistik, um Hasskriminalität besser zu erfassen.

1175Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist*innen in Zukunft schwieriger
1176wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Wer den Sicherheitsbehörden als
1177Verfassungsfeind*in bekannt ist, darf keine Waffen besitzen. Die Anzahl an
1178legalen und illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen.
1179Noch immer werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im
1180häuslichen Bereich. **Jeder Mensch, der durch eine Schusswaffe stirbt, ist einer**
1181**zu viel.** Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und
1182anderer gefährlicher Waffen, wie SRS-Waffen, weiter einschränken und hierfür das
1183Waffenrecht verschärfen. Schreckschusswaffen sollen nur noch mit kleinem
1184Waffenschein erworben werden dürfen. Für eine konsequente Durchsetzung des
1185Waffenrechts, wollen wir die Zusammenarbeit der Sicherheits- und
1186Aufsichtsbehörden stärken. Gegen den illegalen Waffenhandel gehen wir
1187entschieden vor.

1188Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen und ist Voraussetzung dafür, dass die Polizei
1189ihren komplexen Aufgaben nachkommen kann. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes
1190haben wir eine Anlaufstelle für Polizist*innen und Bürger*innen geschaffen, die
1191wir stärken und weiterentwickeln wollen. Dadurch verbessern wir auch die
1192Arbeitsbedingungen für Polizist*innen. Als ausführendes Organ des staatlichen
1193Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere Verantwortung. Mit einem
1194Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für Kontrollen darlegt, wollen wir
1195polizeiliches Handeln transparenter machen. Dabei wollen wir polizeiliche
1196Kontrollbefugnisse so ausgestalten, dass diese rechtssicher angewandt werden
1197können. Zudem führen wir für die Bundespolizei eine anonymisierte
1198Kennzeichnungspflicht ein. In der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität
1199sensibilisieren und eine gute Fehlerkultur entwickeln. Polizeiliches Handeln und
1200Einstellungsmuster sind in Deutschland vergleichsweise wenig erforscht. Deshalb
1201wollen wir die Polizei stärker für wissenschaftliche Forschung öffnen. Den
1202Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen wollen wir stärker in den Fokus
1203nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung von Einsatzkräften und
1204Betroffenen verbessern.

1205Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr
1206Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen
1207wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die
1208europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt
1209weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

1210**Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte** 1211**Kriminalität**

1212Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.
1213Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland
1214wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu
1215spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine
1216wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale

1217 Drogenhandel sowie der Menschenhandel und die Zwangsprostitution. Der Schaden
1218 für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle Gruppierungen legale
1219 Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder den Immobilienhandel
1220 unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

1221 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen
1222 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die
1223 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund
1224 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte
1225 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Wir wollen, dass die
1226 Sicherheitsbehörden so aufgestellt werden, dass sie einen stärkeren Fokus auf
1227 Strukturermittlungsverfahren legen können. Die wissenschaftliche Forschung im
1228 Bereich der Organisierten Kriminalität wollen wir stärken. Auch internationale
1229 Kooperationen werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen
1230 oder den Einsatz von Kontaktbeamt*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der
1231 EUSTA wollen wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten
1232 Kriminalität ausweiten.

1233 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen
1234 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er
1235 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen
1236 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und
1237 durch eine stärkere politische Befassung gelingen und muss auf Prävention und
1238 Aufklärung setzen. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer unabhängigen
1239 zivilgesellschaftlichen Beobachtungsstelle für Organisierte Kriminalität ein.

1240 **Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten** 1241 **Steuerbetrug**

1242 Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden
1243 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem
1244 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten
1245 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu
1246 einer Finanzpolizei ausbauen. Dieses soll jährlich über seine Ermittlungserfolge
1247 berichten.

1248 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.
1249 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch
1250 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Dafür wollen wir auch die
1251 Vermögensabschöpfung stärker nutzbar machen. Die Einführung der administrativen
1252 Vermögensermittlung wollen wir prüfen. Das EU-Geldwäschepaket wollen wir zügig
1253 und ambitioniert umsetzen und dabei auch die Forderungen des Europäischen
1254 Parlamentes berücksichtigen. Mit einer bundesweiten Servicestelle wollen wir die
1255 Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für die Länder
1256 nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld mithilfe
1257 komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln wir das
1258 Transparenzregister für Unternehmen weiter und stärken die internationale
1259 Zusammenarbeit der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden.

1260 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere
 1261 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit
 1262 Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum oder organisierte Steuerkarusselle der
 1263 Vergangenheit angehören. Dafür stärken wir die Finanzaufsicht und gewährleisten
 1264 zuverlässige Prüfungen. Die Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur
 1265 Verfolgung schwerer Finanz- und Steuerkriminalität wollen wir deutlich steigern.
 1266 Dazu werden wir die Behörden so ausstatten, dass frühzeitige Ermittlungen
 1267 sichergestellt werden können und somit eine Verjährung von Steuerstraftaten
 1268 verhindert wird. Mehr Transparenz zu Unternehmenssteuern und - oft
 1269 verschachtelten und verschleierten - Eigentumsverhältnissen und bessere
 1270 Kapazitäten im Steuervollzug helfen dabei. Wir wollen die Heraufstufung von
 1271 bestimmten Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung zu einem Verbrechen
 1272 prüfen.

1273 **Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror**

1274 Menschenverachtende und verfassungsfeindliche Ideologien – egal ob politisch
 1275 oder religiös motiviert – säen Hass, spalten unsere Gesellschaft und sind der
 1276 Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil sich die Erscheinungsformen stetig
 1277 wandeln und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer werden, müssen wir
 1278 ihnen aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente entsprechend
 1279 anpassen. Gerade junge Leute radikalisiert sich heute vermehrt im digitalen
 1280 Raum. Es braucht passgenaue Medienbildung für unterschiedliche Zielgruppen, um
 1281 der Radikalisierung in allen Teilen der Gesellschaft entgegenzuwirken.

1282 Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht weiterhin vom Rechtsextremismus
 1283 aus. Diese Einschätzung wird auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz geteilt.
 1284 Ausdruck hiervon ist auch ein Höchststand an festgestellten rechtsextremen
 1285 Straftaten. Hinzu kommt die weiterhin sehr konkrete und ernste Bedrohungslage
 1286 durch den Islamismus. Die wehrhafte Demokratie muss den aktuellen Bedrohungen
 1287 für die freiheitlich demokratische Grundordnung konsequent entgegentreten.

1288 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass sich Menschen radikalisieren.
 1289 Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Rechtsextremismus und
 1290 Islamismus im analogen und digitalen Raum aufklären. Wir brauchen Angebote für
 1291 Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir brauchen Angebote für
 1292 Aussteiger*innen aus den extremistischen Szenen oder Deradikalisierungsprogramme
 1293 für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir finanziell stärken und dauerhaft
 1294 mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

1295 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden frühzeitig erkannt,
 1296 intensiv beobachtet und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der
 1297 Staat muss sicherstellen, dass Verfassungsfeind*innen keine öffentlichen Ämter
 1298 bekleiden und weder in der öffentlichen Verwaltung Verantwortung tragen noch in
 1299 Sicherheitsbehörden oder Bundeswehr tätig sind. Dafür braucht es rechtssichere
 1300 Prüfverfahren. Verfassungsfeind*innen dürfen nicht an Waffen gelangen und müssen
 1301 konsequent entwaffnet werden. Hierfür nehmen wir insbesondere die rechtsextreme
 1302 Szene in den Blick. Wir treten dafür ein, dass eine Vorurteilmotivation bei

1303 Straftaten konsequent berücksichtigt und hierfür geprüft wird, ob rechtliche
1304 Anpassungen notwendig sind.

1305 Wir werden den neuen und komplexen Gefahren durch Investitionen in unsere Innere
1306 Sicherheit begegnen. Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den
1307 Terrorismus stärken und das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend
1308 Personal und Technik und verfassungskonformen Befugnissen ausstatten, damit sie
1309 Terrorist*innen ausfindig machen und Anschlägepläne frühzeitig aufdecken können.
1310 Wir ergreifen Maßnahmen, um es den Behörden zu ermöglichen Finanzströme
1311 extremistischer Gruppierungen aufdecken und trockenlegen zu können. Top-
1312 Gefährder*innen müssen länderübergreifend stets im Blick der Sicherheitsbehörden
1313 sein, lückenlos überwacht und – wo immer möglich – strafrechtlich verfolgt
1314 werden. Damit das gelingt, muss europaweit einheitlich klar sein, wen wir als
1315 Gefährder*innen in den Blick nehmen.

1316 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern
1317 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –
1318 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.
1319 Es muss sichergestellt sein, dass Informationen die zuständigen Behörden
1320 frühzeitig erreichen. Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle
1321 notwendigen Befugnisse haben, um Terrorismus effektiv und zielgerichtet zu
1322 bekämpfen. Die Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir analysieren
1323 und umsetzen. Aktionismus stellen wir eine verantwortungsvolle
1324 Sicherheitspolitik entgegen. Die wissenschaftliche Untersuchung über
1325 Entwicklungen von Phänomenbereichen werden wir stärker in die Sicherheitspolitik
1326 einbeziehen.

1327 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme
1328 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden
1329 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir die Unterstützung für die Opfer von
1330 Terrorismus und deren Angehörige vom Staat weiter stärken und finanziell
1331 absichern. wird. Damit sie eine zuverlässige Anlaufstelle haben, haben wir das
1332 Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir wollen die Aufarbeitung von
1333 Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen gedenken.

1334 **Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz**

1335 Extremwetterereignisse oder Katastrophen: Außerordentliche Ereignisse können das
1336 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen
1337 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden
1338 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

1339 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können
1340 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit
1341 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen
1342 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der
1343 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen
1344 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen, der
1345 Gleichstellung der Ehrenamtlichen bei Einsätzen oder Ausbildung oder
1346 Erleichterungen für Ehrenamtliche. Wir wollen Menschen mit Behinderungen aktiv

1347in den Bevölkerungsschutz einbeziehen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass
1348vulnerable Gruppen bei Planungen des Bevölkerungsschutzes stärker berücksichtigt
1349werden.

1350Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße
1351Ausrüstung, moderne Fahrzeuge und eine fortschrittliche Ausbildung. Wir werden
1352weiter in den Bevölkerungsschutz investieren. Dazu zählt eine ausreiche
1353Materialreserve und der Fähigkeitsausbau für CBRN-Gefahren. Wir schaffen
1354verlässliche digitale Systeme, eine morderne Cyberhilfe und bauen die
1355Warninfrastruktur aus . Wir wollen, dass sich der Bund stärker engagiert, das
1356Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mehr Kompetenzen
1357bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit ausgebaut wird.

1358Wir bauen die länderübergreifenden Katastrophenschutzübungen anhand von
1359Risikoszenarien aus und ergänzen diese durch einen stärkeren und praktischen
1360Einbezug der Hilfsorganisationen. Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung
1361stärken wir, indem wir den Bevölkerungsschutztag weiterentwickeln und Angebote
1362für alle Menschen in der Krisenvorsorge anbieten. Darüber hinaus wollen die
1363Ertüchtigung vorhandener Schutzbauten prüfen. Die Zeitenwende muss sich auch im
1364Bevölkerungsschutz widerspiegeln.

1365 **Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit**

1366Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder
1367Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren
1368Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit
1369stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen
1370Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen
1371gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in
1372Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und
1373Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge
1374an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie
1375verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Wir setzen
1376Staaten etwas entgegen, die mit gezielten Aktionen im Graubereich feindliche
1377Angriffe auf uns durchführen. Dafür wollen wir neue völkerrechtliche Instrumente
1378vorantreiben, die den Schutz globaler Infrastruktur gewährleisten. Für uns ist
1379ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen
1380Sicherheitsstrategie verankert haben.

1381Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine
1382wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend
1383eine solide Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren frühzeitig erkennen und
1384bewältigen können. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) werden wir in der
1385Spionageabwehr und den Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so
1386aufstellen, dass sie besser als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen
1387können. Wir wollen, dass das BfV stärker wissenschaftliche,
1388zivilgesellschaftliche und öffentliche Quellen in seine Analyse einbezieht.
1389Dafür wollen wir auch die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu
1390verfassungsfeindlichen Bestrebungen stärken und fördern. Den Militärischen

1391Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und
1392die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische
1393Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen
1394Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde
1395Nachrichtendienste und eine effektive parlamentarische Kontrolle.

1396Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben
1397wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer
1398Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere
1399Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere
1400Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz
1401wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische
1402Investor*innen schließen. Für die KRITIS-Betreiber*innen wollen wir
1403Beratungsangebote für Schutzmöglichkeiten stärken.

1404 **Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation**

1405Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch
1406Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu
1407beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive
1408Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und
1409die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen
1410entwickeln wir Maßnahmen in einer bundesweiten Strategie gegen Desinformation
1411weiter und beziehen hierbei Wissenschaft und zivilgesellschaftliche
1412Organisationen ein. Es braucht es wachsame Institutionen und verlässliche
1413Informationen, beispielsweise durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die
1414Menschen bei der Erkennung von Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in
1415anderen demokratischen Gesellschaften, wie wichtig es ist, unabhängige Stellen
1416zu haben, die Deepfakes, groß angelegte und gesteuerte Kampagnen mit
1417Falschnachrichten und andere, die Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig
1418erkennen. Die großen Medienplattformen werden wir auch auf Ebene der EU in die
1419Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformation
1420vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im Auftrag eines
1421fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden systematische
1422Desinformation bekämpfen. Dafür nehmen wir auch das manipulierende und
1423künstliche Verbreiten von entsprechenden Inhalten z.B. durch Bots in den Blick.
1424Den Kauf oder das Anbieten von Likes oder Followern auf Online-Plattformen
1425wollen wir als unlautere Geschäftspraktik untersagen. Wir stärken die effektiven
1426Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im digitalen Raum, um gegen
1427Organisierte Kriminalität und Hasskriminalität vorgehen zu können und bei
1428anonymisierten Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können,
1429Strafverfolgung mit der Login-Falle und durch Gerichte angeordnete
1430Accountsperrern zu ermöglichen. Wir werden Maßnahmen gegen Plattformen ergreifen,
1431die durch autoritäre Staaten genutzt werden, um systematische Desinformation zu
1432verbreiten.

1433Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und
1434unabhängige Berichterstattung und kann daher durch die Beachtung höchster

journalistischer Standards ein Punkt der Orientierung auch im Angesicht von Desinformationskampagnen und Falschmeldungen sein. Es ist wichtig, dass er diese bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen und weiterentwickeln kann. Die dafür nötigen Reformen sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und verlässlichen Rahmenbedingungen und beziehen uns bei der Ausgestaltung unter anderem auf die Vorschläge der KEF. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Plattform, die länderübergreifend u.a. die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zusammenführt und zugänglich macht und eine Alternative zu den derzeitigen, rein kommerziellen Angeboten darstellt.

Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Auch Wissenschaftseinrichtungen geraten zunehmend ins Visier. Diese Angriffe kommen hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir werden mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten und widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik muss eine stärkere und unabhängige Rolle beim Schutz digitaler Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, digitale Netze und Einrichtungen durch wirksame IT-Sicherheitsmaßnahmen robust gegen Hackerangriffe zu machen. Wir wollen die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale Botschaften“ schaffen. Damit wollen wir relevante öffentliche Datenbanken absichern, um sie auch in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen. Wir wollen Personen, die strukturiert nach Sicherheitslücken im Interesse der Allgemeinheit suchen, Rechtssicherheit und Unterstützung geben.

Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit

Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär; sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den Schutz unserer Demokratie, unseres Sozialstaates, und unserer Lebensgrundlagen zu sichern – im Einklang mit einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik sowie einer starken internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer integrierten Sicherheit brauchen eine verlässliche Finanzierung.

Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer*innen verteidigen seither Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die

1479 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für
 1480 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Dafür wollen wir sie auch
 1481 weiter in ihrem Recht auf Selbstverteidigung deutlich stärken und ihre
 1482 Verteidigungsfähigkeit verbessern. Das ist auch unser bester Eigenschutz hier im
 1483 Herzen Europas. Russlands hybride Angriffe richten sich längst auch gegen uns.
 1484 Die Souveränität der Ukraine in europäischer Solidarität muss sichergestellt
 1485 sein. Wir unterstützen die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der
 1486 Ukraine, ihrer Partner und aller Staaten, die glaubwürdig an Frieden
 1487 interessiert sind, unter dem Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die
 1488 Ukraine“. Zudem bekräftigen wir das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen
 1489 die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und NATO. Putins
 1490 Zermübungskrieg gegen die Zivilbevölkerung setzen wir außerdem unsere
 1491 Unterstützung beim Wiederaufbau entgegen und tragen zur Herstellung
 1492 grundlegender Infrastruktur wie Wärmeversorgung, Schulen und Krankenhäuser bei.

1493 **C. Eine starke Europäische Union**

1494 **Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt**

1495 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren
 1496 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den
 1497 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und
 1498 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch
 1499 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische
 1500 Friedensordnung, von innen durch Extremist*innen und Populist*innen. Deshalb
 1501 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen
 1502 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein
 1503 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach
 1504 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit
 1505 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die
 1506 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb
 1507 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren und
 1508 Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa zu festigen. Um positive Anreize
 1509 zu setzen für Kandidatenländer, die echte demokratische Reformen umsetzen,
 1510 setzen wir uns für sichtbare Zwischenschritte im Beitrittsprozess ein. Parallel
 1511 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen
 1512 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.
 1513 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America First.

1514 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen
 1515 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das
 1516 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in
 1517 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen
 1518 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume
 1519 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:
 1520 keine EU-Gelder für Antidemokrat*innen. Wir setzen uns im Rahmen der
 1521 Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für strengere Regeln ein, um so

1522 über den bestehenden Konditionalitätsmechanismus hinaus Demokratie und
 1523 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu sichern.

1524 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische
 1525 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen
 1526 bekommen und in allen Politikfeldern mit dem Rat gleichberechtigt Gesetze
 1527 beschließen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale
 1528 Listen gewählt werden. Bürger*innen sollen breiter und effektiver beteiligt
 1529 werden. Dafür wollen wir die Europäische Bürgerinitiative und Europäische
 1530 Bürger*innenforen stärken.

1531 **Für eine handlungsfähige EU**

1532 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem
 1533 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der
 1534 Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und der Georgier*innen, sofern alle
 1535 Beitrittskandidaten die notwendigen Kriterien erfüllen. Wir sehen den mutigen
 1536 und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen, demokratischen Kräfte z.B. in
 1537 Georgien, Serbien und anderen Ländern mit Beitrittsperspektive. Wir unterstützen
 1538 solche Initiativen, die zentral sind, um diesen Ländern eine Zukunft in der EU
 1539 zu ermöglichen. Kandidatenländer und enge EU-Partner wie Armenien unterstützen
 1540 wir in ihrem Kampf gegen Destabilisierung durch Russland und anderen
 1541 Bedrohungen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU, doch eine
 1542 Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften Kurswechsel bei
 1543 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz voraus. Wir wollen die
 1544 vielfältigen Beziehungen zwischen der Türkei, Deutschland und Europa stärken und
 1545 die türkische Zivilgesellschaft unterstützen.

1546 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende
 1547 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der
 1548 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und
 1549 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen
 1550 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, wollen wir im Rahmen der in den
 1551 EU-Verträgen festgelegten "Verstärkten Zusammenarbeit" vorangehen die stets
 1552 offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit Frankreich und Polen wollen
 1553 wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir so stark in die deutsch-
 1554 französische Kooperation und das Weimarer Dreieck investiert. Eine Reihe der
 1555 Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf einer Änderung der EU-Verträge.
 1556 Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, einen Verfassungskonvent einzuberufen.
 1557 Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener Verfassung.

1558 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb
 1559 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend
 1560 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der
 1561 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation
 1562 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.
 1563 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus und andere Austausch-
 1564 und Bildungsprogramme, Forschungsk Kooperationen oder eine gemeinsame europäische
 1565 Asylpolitik werden wir stärken. Außerdem braucht es verbindliche Ziele für den

1566Klima- und Naturschutz, eine starke soziale Säule sowie Investitionen in den
 1567wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, die europäische Resilienz und
 1568internationale Zusammenarbeit. Für zivilgesellschaftliche Akteure und
 1569Unternehmen muss es einfacher werden, auf EU-Fördermittel zuzugreifen.

1570Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen
 1571die finanzielle Ausstattung der EU durch ein Anwachsen des EU Finanzrahmens und
 1572neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen, die durch europäische Instrumente
 1573entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen. Sollten die USA die
 1574globalen Vereinbarungen über die Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht mehr
 1575umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine Europäische Digitalkonzernsteuer
 1576ein. Investitionen mit höchster Priorität für unsere Sicherheit, unseren
 1577Wohlstand, den sozialen Frieden und den Klimaschutz wollen wir mit den
 1578Mitgliedstaaten unter Einbeziehung aller Finanzierungsoptionen gemeinsam
 1579stemmen. Für die Bewältigung großer Herausforderungen haben sich auch gemeinsame
 1580europäische Anleihen bewährt, etwa im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

1581 **D. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung**

1582 **Für eine aktive Außenpolitik**

1583Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung
 1584übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.
 1585Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken
 1586Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,
 1587in einer stabilen Welt.

1588Die EU ist Garantin für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU
 1589als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Denn wir
 1590haben ein stärkeres Gewicht auf der internationalen Bühne, wenn wir mit unseren
 1591europäischen Partnern geeint auftreten und mit einer Stimme sprechen. Gemeinsam
 1592stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die
 1593Ukrainer*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die
 1594Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.
 1595Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, eine dauerhaft stabile
 1596Friedensordnung in Europa zu gestalten und dabei insbesondere die an Russland
 1597grenzenden Partnerländer berücksichtigen.

1598Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit
 1599in Europa dar. Es braucht eine neue strategische Auseinandersetzung mit diesem
 1600autoritären und zunehmend totalitären Russland von heute. Das gewaltsame
 1601Verschieben von Grenzen darf nicht erfolgreich sein. Denn wenn sich die
 1602imperialen Bestrebungen eines Aggressors gegenüber dem Völkerrecht durchsetzen,
 1603ist auch der Frieden weltweit in Gefahr. Wir setzen auf wirtschaftliche und
 1604sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern,
 1605den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen und unsere eigene
 1606Handlungsfähigkeit wahren. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanktionen gegen
 1607Russland zur Eindämmung der Aggression ausgeweitet werden, etwa auf die
 1608Atomwirtschaft.** Gegen Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre
 1609Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei auch internationale Partner in

1610 die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit neben den
1611 Erträgen auch die stillgelegten russischen Vermögenswerten rechtssicher für die
1612 Unterstützung der Ukraine nutzbar gemacht werden können. Wir reichen denjenigen
1613 Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft
1614 glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit einsetzen. Auch
1615 die belarusische Demokratiebewegung werden wir vor Ort und im Exil in ihrem
1616 Kampf gegen die Lukaschenka-Diktatur bestmöglich unterstützen.

1617 Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz
1618 aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der
1619 USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,
1620 historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA
1621 ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische
1622 Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und
1623 Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

1624 Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf
1625 vielfältige und starke Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen Süden.
1626 Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika und
1627 Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf gegenseitigem
1628 Vertrauen und Transparenz sowie gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir
1629 auch Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für den Einsatz für
1630 Menschenrechte weltweit, für globale Herausforderungen wie den Kampf gegen den
1631 Klimawandel und in der systemischen Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1632 China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen
1633 Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu
1634 erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch
1635 die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-
1636 Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der
1637 deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent gemeinsam mit
1638 unseren europäischen Partnern umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dazu zählt auch
1639 das sogenannte De-Risking: wir wollen einseitige und risikoreiche Abhängigkeiten
1640 von China abbauen und unsere Handelsbeziehungen breiter aufstellen, um
1641 wirtschaftliche Stabilität und politische Handlungsfreiheit langfristig zu
1642 gewährleisten. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im
1643 Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel, Klima,
1644 Wissenschaft und Technologie. Im Rahmen der Ein-China-Politik betrachten wir
1645 Taiwan als wichtigen demokratischen Wertepartner und wollen den Austausch
1646 intensivieren. Eine Änderung des Status quo in der Taiwan-Straße darf nicht
1647 gegen den Willen Taiwans erfolgen.

1648 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die
1649 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem
1650 Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns
1651 unverhandelbar. Daraus folgt das Recht Israels, sich im Rahmen des Völkerrechts
1652 gegen Angriffe zu verteidigen. Wir stehen ein für die Sicherheit von Israelis
1653 und Palästinenser*innen.

1654

1655 Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels sowie die Angriffe und den Terror
1656 gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und
1657 Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte
1658 Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns
1659 ein. Deswegen verurteilen wir auch Siedlungsbau und Annexionspläne der
1660 israelischen Regierung, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der
1661 Palästinenser*innen verstoßen, sowie Siedlergewalt.

1662

1663 Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre
1664 Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale
1665 ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die
1666 von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung
1667 geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem
1668 Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Zu viele
1669 Zivilist*innen haben ihr Leben verloren, was auch Teil des zynischen Kalküls der
1670 Hamas war, deren Kämpfer sich unter den Zivilist*innen versteckt hatten. Der
1671 Bevölkerung fehlt es trotz intensiver Bemühungen von UN- und Hilfsorganisationen
1672 an fast allem, was es zum Leben braucht. Weite Teile von Gaza liegen in
1673 Trümmern.

1674

1675 Die Vereinbarungen zu einem Waffenstillstand sind eine Erleichterung, sie bieten
1676 eine Chance auf Verbesserung der humanitären Lage und müssen nun vollumfänglich
1677 umgesetzt werden, damit das Leid auf beiden Seiten endlich ein Ende finden kann.
1678 Auch im Libanon bietet sich nach Jahren der Krise ein Moment der Chance für
1679 Reformen und Veränderungen. Wir setzen uns weiter für die konsequente Umsetzung
1680 von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats und eine Stabilisierung des Libanon
1681 ein. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.

1682

1683 Israel muss sich und seine Bürger*innen gegen den Terror der Hamas sowie die
1684 Raketen des iranischen Regimes und seinen Stellvertretern in der Region
1685 verteidigen können. Doch das ist kein Blankoscheck für Rüstungsexporte. Bei
1686 jeder Entscheidung über Rüstungsexporte ist das humanitäre Völkerrecht zu
1687 beachten. Wenn dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht genug Rechnung getragen
1688 ist, dürfen im Einzelfall solche Waffen nicht exportiert werden.

1689 Das Assad-Regime ist für Jahrzehnte von Unterdrückung, Folter, Mord und
1690 Vertreibung verantwortlich. Diese dunkle Phase der syrischen Geschichte endet
1691 mit seinem Fall. Viele Syrer*innen hoffen nun auf ein Leben in Frieden und
1692 Freiheit. Auf diesem Weg unterstützen wir sie, im Rahmen der EU und der UN: für
1693 einen friedlichen und demokratischen Transformationsprozess, der alle
1694 Syrer*innen, gleich welchen Glaubens, welcher Ethnie und welchen Geschlechts am
1695 politischen Prozess beteiligt, ihnen Rechte gewährt und Schutz bietet. Dabei
1696 müssen alle Bevölkerungsgruppen inklusive Kurden, Jesiden, Drusen, Alawiten und
1697 Christen berücksichtigt werden. Um einen solchen Prozess zu ermöglichen,
1698 erwarten wir von den Nachbarstaaten, das Selbstbestimmungsrecht, die
1699 Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu achten.

1700

1701 Für eine friedliche und inklusive Zukunft Syriens ist es wichtig, dass schwerste
1702 Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden. Kriegsverbrechen und Verbrechen
1703 gegen die Menschlichkeit müssen - auch in Deutschland nach dem Weltrechtsprinzip
1704 - aufgearbeitet und Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

1705

1706 Wir werden unseren Beitrag leisten, damit Syrien ein stabiles, freies und
1707 friedliches Land wird, in das Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben,
1708 sicher und selbstbestimmt zurückkehren können. Dazu gehört, dass wir weiter
1709 humanitäre Hilfe leisten, den Wiederaufbau fördern und bestehende EU-
1710 Wirtschaftssanktionen abbauen, um einen Neuanfang in Syrien und nachhaltige
1711 Stabilität in der Region zu unterstützen. Wir bieten den Menschen, die in den
1712 letzten Jahren bei uns Zuflucht gefunden haben, eine verlässliche Perspektive.
1713 Viele wollen aktiv bei diesem Wiederaufbau mitwirken. Wir unterstützen sie
1714 dabei, indem wir bürokratische Vorgaben reduzieren, die ihnen dabei bisher im
1715 Wege stehen, ohne dass sie in der derzeitig noch volatilen Lage ihren
1716 Aufenthaltstitel verlieren. Denn noch ist völlig unklar, in welche Richtung sich
1717 Syrien entwickelt. In dieser unklaren Lage, halten wir die übereilten
1718 Forderungen nach Rückführungen für falsch.

1719

1720 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land
1721 und destabilisiert die ganze Region, unter anderem durch Stellvertreter wie
1722 Hisbollah, Hamas und die Huthis. Wir werden die Sanktionen gegen die
1723 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre
1724 Einhaltung streng überprüfen. Ziel unserer Sanktionspolitik ist es, den
1725 iranischen Machtapparat zu treffen, nicht die Menschen im Iran. Deswegen setzen
1726 wir uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU-
1727 Ebene ein und unterstützen die iranische Zivilgesellschaft. Es braucht zudem
1728 weitere gemeinsame diplomatische Anstrengungen, um die Freilassung der politisch
1729 Gefangenen zu bewirken und die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.
1730 Dabei wollen wir die Lehren aus den Verhandlungen um das JCPoA ziehen.

1731

1732 Der Krieg in Sudan hat zu einer der größten humanitären Krisen unserer Zeit
1733 geführt. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir uns dafür ein, dass die
1734 Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückkehren und humanitären Zugang
1735 ermöglichen. Nur so kann die Hungersnot beendet werden. Wir leisten humanitäre
1736 Hilfe, unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur*innen und nutzen die uns im
1737 Rahmen der EU zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die externe
1738 Unterstützung der Konfliktparteien einzudämmen.

1739 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und
1740 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit
1741 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage
1742 dafür sind ein ressortgemeinsames Lagebild und Lagezentrum über die Bedrohungen,
1743 Risiken und Chancen für unsere Sicherheit, wirkungsorientierte Strategien sowie
1744 eine starke ressortübergreifende Koordination.

1745

1746 Wir wollen ein Zentrum für strategische Vorausschau schaffen, das mit Blick auf

1747die Herausforderungen einer umfassenden Sicherheitspolitik und breiter Expertise
1748aus unterschiedlichsten Bereichen Zukunftsszenarien entwickelt und aus diesen
1749Handlungsmöglichkeiten ableitet. Mit modernen Formen der Beteiligung sollen
1750zudem Impulse von Bürger*innen aufgenommen und Raum für Debatte geschaffen
1751werden.

1752**Für einen zukunftsfesten Multilateralismus**

1753Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die
1754multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der
1755Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät
1756zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,
1757Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine
1758Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke
1759des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1760Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.
1761Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere
1762Repräsentation der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese
1763Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen. Bei
1764anhaltenden Blockaden im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, die
1765Möglichkeiten der UN-Generalversammlung gemäß der Resolutionen "Uniting For
1766Peace" und "Veto Initiative" nutzbar zu machen und so die Handlungsfähigkeit der
1767internationalen Gemeinschaft zu verbessern. Zudem wollen wir uns als Teil einer
1768digitalen Außenpolitik in der UN und in internationalen Foren aktiv für ein
1769globales, offenes und selbstverwaltetes Internet sowie für den
1770verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz einsetzen.

1771Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr
1772Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel
1773für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt, mehrjährig vergeben, und enger
1774mit entwicklungspolitischen Maßnahmen verzahnt werden, um Herausforderungen in
1775fragilen Kontexten gerecht zu werden, die Planbarkeit zu verbessern und Krisen
1776nachhaltig vorzubeugen. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der
1777humanitären Hilfe einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen
1778weiter stärken. Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe
1779bei der notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer*innen geschützt sind.

1780Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft
1781sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung
1782zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir
1783Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese
1784strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale
1785Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung
1786aktiv vorantreiben. Wir stehen unverbrüchlich hinter dem Internationalen
1787Strafgerichtshof und seinem Auftrag, Verantwortliche für Verbrechen gegen das
1788humanitäre Völkerrecht und das Völkerstrafrecht zur Verantwortung zu ziehen.
1789Denn niemand steht über dem Völkerrecht - es gilt überall. In enger Abstimmung
1790mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche

1791 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression und eine entsprechende Reform des
1792 Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ein.

1793 **Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung**

1794 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und
1795 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für eine nachhaltige
1796 Entwicklung, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend
1797 unter Druck. Autoritäre Regime und autokratische Tendenzen schränken die
1798 Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit ein, unterdrücken zivilgesellschaftliches
1799 Engagement, gefährden Aktivist*innen und verfolgen Dissident*innen – auch im
1800 Ausland und im digitalen Raum. In dieser systemischen Auseinandersetzung setzen
1801 wir uns entschlossen für die liberale Demokratie ein und machen uns dafür stark,
1802 dass Menschenrechte in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Dadurch
1803 stärken wir auch unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1804 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für
1805 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.
1806 Dazu gehören auch Schutzprogramme für verfolgte Menschenrechtsverteidiger*innen,
1807 Journalist*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Studierende vor Ort
1808 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele
1809 Verfolgte. Wir wollen die Aufnahme von besonders gefährdeten Aktivist*innen
1810 durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren weiter unterstützen sowie den
1811 Schutz vor transnationaler Repression durch gemeinsame europäische Ermittlungen
1812 und Sanktionen gegen die Verantwortlichen verbessern.

1813 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis
1814 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und
1815 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen interessen-
1816 und wertegeleitet ausbauen. Deutschland hat eine immerwährende Verantwortung
1817 gegenüber den Ländern und Menschen, die unter der Besatzung und den Verbrechen
1818 des Nationalsozialismus unermessliches Leid erfahren haben. Mit ehemaligen
1819 deutschen Kolonien wie Namibia haben wir unter Einbeziehung der Nachfahren der
1820 Opfer den Versöhnungs- und Aufarbeitungsprozess vorangetrieben. Diese Schritte
1821 werden wir konsequent fortführen. Dabei möchten wir gemeinsame Wege finden,
1822 Verantwortung für unsere Vergangenheit zu übernehmen und in einem
1823 völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.

1824 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und
1825 wirtschaftlich erfolgreicher. Menschen stehen im Zentrum einer feministischen
1826 Außen- und Entwicklungspolitik. Eine solche Politik identifiziert ungerechte
1827 Machtstrukturen, benennt sie und hat zum Ziel sie zu durchbrechen. Sie bedeutet,
1828 die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen, Mädchen und
1829 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen,
1830 auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Wir wollen unseren Einsatz gegen
1831 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser
1832 unterstützen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie den Schutz von queeren
1833 Menschen vor Diskriminierung und Gewalt weltweit vorantreiben,
1834 Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit

1835 stärker verankern, mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen
1836 bereitstellen. Denn wie stark Frauen an der Gesellschaft teilhaben ist ein
1837 Gradmesser für die Stärke von Gesellschaften.

1838 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen
1839 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der
1840 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns
1841 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen und marginalisierten
1842 Gruppen in Afghanistan ein, die seit der Machtergreifung der Taliban schwersten
1843 Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Solange die De-facto Regierung ihren
1844 internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nicht nachkommt, kann es keine
1845 Rückkehr in die internationale Gemeinschaft geben. Außerdem stehen wir an der
1846 Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid*innen, die
1847 besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter
1848 schützen. Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, einen
1849 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid*innen zu beschließen.

1850 **Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt**

1851 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den
1852 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der
1853 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.
1854 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in
1855 der EU zusammenarbeiten.

1856 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen
1857 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Die sicherheitspolitische Lage und der
1858 Rückstand der deutschen Fähigkeiten zur Gesamtverteidigung machen das besonders
1859 dringlich. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung mit einem
1860 Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national
1861 definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2
1862 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und
1863 Verteidigungsfähigkeit investiert. Dieser wird nicht allein aus laufenden
1864 Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere
1865 Kreditaufnahme finanziert werden müssen, um zu verhindern, dass Investitionen im
1866 Verteidigungsbereich zu Lasten anderer notwendiger Zukunftsinvestitionen gehen.
1867 Wie zu Zeiten der Eurokrise und der Pandemie braucht es auch auf europäischer
1868 Ebene eine gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in
1869 Europa, wie es die Europäische Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir
1870 auch europäische Synergieeffekte nutzen.

1871 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken
1872 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile
1873 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen
1874 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,
1875 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
1876 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir
1877 dahingehend bedarfsorientiert und systematisch stärken. Zur besseren
1878 Koordination unserer entwicklungs- sicherheits- und friedenspolitischen

1879 Maßnahmen, wollen wir diplomatische Kapazitäten in den Auslandsvertretungen
1880 gezielt aufstocken.

1881 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von
1882 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und
1883 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten
1884 schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und
1885 Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1886 Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus
1887 Russlands noch wichtiger geworden. Wir werden den Vertrag zur Nichtverbreitung
1888 von Kernwaffen stärken und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen
1889 Organisationen sowie Überlebenden von Atomwaffenabwürfen oder -tests ausbauen.
1890 Dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag als Beobachter konstruktiv
1891 begleitet ist ein Erfolg grüner Regierungsbeteiligung und ein erster Schritt auf
1892 dem noch langen Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt. Denn echte
1893 Abrüstung und mehr Sicherheit für alle wird es nur geben, wenn alle Staaten
1894 glaubhafte Schritte in diese Richtung gehen. In einer Zeit, in der Putins
1895 Russland bestehende Abrüstungsinitiativen zerstört und mit seinen nuklearen
1896 Fähigkeiten droht, ist die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO eine essentielle
1897 Säule unserer Sicherheit.

1898

1899 Es braucht dringend neue Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und
1900 Weltraum. Entwicklungen in diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege
1901 geführt werden. Für uns ist klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von
1902 letalen vollautonomen Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle
1903 über Leben und Tod entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf
1904 internationaler Ebene für eine Ächtung ein. **Den militärischen Einsatz von**
1905 **Künstlicher Intelligenz wollen wir international regulieren.**

1906 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und
1907 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem
1908 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen
1909 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten und die humanitäre und präventive
1910 Rüstungskontrolle weiterentwickeln.

1911 **Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr**

1912 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO
1913 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts
1914 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –
1915 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.
1916 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall
1917 auch militärisch verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken
1918 und von Angriffen abzuhalten. Dies muss einhergehen mit einer gesamtstaatlich
1919 und gesamtgesellschaftlich getragenen Zivilverteidigung und Resilienz.

1920 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere
1921 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in
1922 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr

1923 müssen im Rahmen des Völkerrechts und multilateral verankert sowie in ein
1924 politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische,
1925 entwicklungspolitische und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen
1926 die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die
1927 Evaluierung von Einsätzen verstetigen. Die Lehren und Empfehlungen der Enquete-
1928 Kommission des Bundestages zu Afghanistan und künftigen vernetzten
1929 Krisenengagements verdienen sorgfältige Berücksichtigung.

1930 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine
1931 große gesellschaftliche Verantwortung und Fürsorgeverpflichtung für alle, die in
1932 ihr dienen und dienten. Die Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des
1933 Soldaten bzw. der Soldatin als "Staatsbürger*in in Uniform" sowie die
1934 Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft sind für uns leitend. Wir
1935 stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet
1936 und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Die Rekrutierung Minderjähriger
1937 lehnen wir ab. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss klar sein: Wer
1938 bereit war, sein Leben für den Frieden einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit
1939 und Unterstützung verdient.

1940 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, muss sie personell
1941 und materiell gut ausgestattet sein. Statt den aus guten Gründen seit 2011
1942 ausgesetzten, allgemeinen Grundwehrdienst wieder einzuführen wollen wir den
1943 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver
1944 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen Personal
1945 langfristig binden. Neben den notwendigen Investitionen braucht es auch
1946 strukturelle Reformen. Dazu gehören etwa die bessere Vereinbarkeit von Familie
1947 und Beruf, Bürokratieabbau, eine angemessene Ausrüstung und
1948 Fortbildungsmöglichkeiten. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es
1949 schnelle Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der
1950 Wehrrfassung, die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus
1951 wollen wir die Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel
1952 machen, beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1953 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr
1954 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern
1955 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir
1956 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern
1957 abbauen und unsere technologische Souveränität durch den Ausbau europäischer
1958 Produktionskapazitäten stärken. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame
1959 Investitionen und den politischen Willen, um nationale industriepolitische
1960 Interessen in den Dienst von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Angesichts
1961 der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele unserer
1962 Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor
1963 Aggressionen und Krieg zu schützen. Ein bedarfsorientierter europäischer
1964 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind deshalb zwei
1965 Seiten einer Medaille. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik trägt zum
1966 Schutz unser Partner bei und verhindert zugleich, dass mit deutschen und
1967 europäischen Waffen Menschenrechte verletzt und autokratische oder diktatorische

1968Regimes unterstützt werden. Mit diesem Ziel wollen wir klare, transparente und
 1969an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte
 1970Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene stärker
 1971gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren
 1972Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen. Bei jeder
 1973Einzelfallentscheidung muss Deutschland seinen nationalen und internationalen
 1974rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

1975 **Für globalen Klimaschutz**

1976Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie
 1977zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.
 1978Sie birgt enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten. Es ist in unserem
 1979unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen abzumildern.

1980Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die
 1981Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie
 1982schaffen auch massive und nachhaltige wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten.
 1983Mit konsequenter Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik
 1984machen wir Deutschland zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere
 1985Staaten auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand.

1986Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich
 1987für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende
 1988beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben
 1989gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.
 1990Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1991Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur
 1992internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der
 1993internationalen Klimakonferenz COP.
 1994Dafür wollen wir innovative Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit
 1995unseren Partnern darauf hinwirken, dass Investitionen und Handelsbeziehungen mit
 1996den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda 2030 in Einklang gebracht werden.
 1997Wir tragen dazu bei, dass sich multilaterale Banken aus der Finanzierung
 1998fossiler Energieträger zurückziehen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt
 1999besondere Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und
 2000Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Dabei
 2001setzen wir uns dafür ein, die Rechte und Beteiligung indigener Völker
 2002ressortübergreifend zu stärken.

2003Entsprechend der Beschlüsse der Weltnaturkonferenzen und Weltklimakonferenzen
 2004wollen wir globalen Klima- und Biodiversitätsschutz enger miteinander verzahnen.
 2005Wir unterstützen unsere Partner beim Schutz bedeutsamer Ökosysteme, die große
 2006Mengen CO2 einspeichern und schützen so Biodiversität, Klima und unsere
 2007Lebensgrundlagen gleichermaßen.

2008Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere
 2009Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie
 2010die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima-, Energie- und

2011Entwicklungspartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden
 2012und Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch
 2013Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu
 2014gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten
 2015aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale
 2016Abhängigkeiten entstehen. Zugleich wollen wir von Ländern lernen, die uns bei
 2017der dezentralen Energiewende voraus sind. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu
 2018Partnern bauen, die nicht alle unsere Werte teilen.

2019 **Für starke Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit**

2020Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch
 2021internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und
 2022Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für
 2023menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt
 2024ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere
 2025Chinas und Russlands.

2026Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten
 2027Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für
 2028nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.
 2029Unser Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir wollen eine
 2030eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und
 2031weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet. Dazu gehört auch ein
 2032Entwicklungsministerium, das verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und
 2033der Diaspora kooperiert sowie eine starke, partizipativ orientierte
 2034entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland.

2035Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter
 2036Repräsentation in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale
 2037Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen
 2038treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen
 2039uns für regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur
 2040Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ein,
 2041um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten wir
 2042gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen
 2043Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

2044Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir
 2045beispielsweise agrarökologische Ansätze, beenden den Export von Pestiziden und
 2046Pestizidwirkstoffen, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken
 2047nicht zugelassen oder verboten sind, schützen Landrechte von Kleinbäuer*innen
 2048und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive Finanzmarktspekulationen
 2049mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-Pandemie und weltweit
 2050zunehmende Antibiotikaresistenzen zeigen, dass Gesundheit globale und
 2051vorausschauende Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir
 2052Partnerländer im Aufbau ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die
 2053Weltgesundheitsorganisation stärken und ein internationales Pandemieabkommen
 2054vorantreiben. Alle Menschen sollen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten,

2055Impfstoffen und Tests erhalten. Deswegen fördern wir aktiven Technologie- und
2056Wissenstransfer sowie das Teilen von geistigem Eigentum wo nötig, um diese
2057Gesundheitsprodukte kosteneffizienter und bedarfsgerechter zu produzieren. Wir
2058unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument
2059gegen Armut.

2060Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält
2061und mindestens, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
2062Entwicklung (OECD) und den Vereinten Nationen vereinbarte Quote von 0,7 Prozent
2063des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert und davon
20640,2 % für die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder zur Verfügung stellt.
2065Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und
2066Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue
2067Finanzierungsziele für die Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Um zur Deckung
2068des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir zusätzliche Mittel
2069mobilisieren und dafür auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten
2070Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des
2071Gewährleistungsrahmens des Bundes. Dabei wollen wir wirksame Anreize setzen, um
2072neben öffentlichen Geldern auch private Mittel zu mobilisieren.
2073Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten
2074internationalen Handelns.

Präambel



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-P Präambel

Antragstext

- 1 Bei den Bundestagswahlen am 23. Februar stehen Sie, liebe Bürgerinnen und
- 2 Bürger, vor einer wichtigen Entscheidung. Es geht darum, wer für unser Land in
- 3 dieser herausfordernden Zeit Regierungsverantwortung trägt.
- 4 Jetzt kommt es auf die Kraft unseres Zusammenlebens an, in dem die Menschen auch
- 5 in diesen herausfordernden Zeiten so viel einbringen und leisten. Wir nehmen
- 6 diese Kraft als Auftrag an die Politik, unser Land für alle Menschen in den
- 7 kommenden Jahren besser, gerechter und einfacher zu machen. Als Auftrag, dass es
- 8 hier einfach funktioniert und der Alltag bezahlbar ist. Als Auftrag, unsere
- 9 Verantwortung in einer kommenden Regierung wahrzunehmen.
- 10 Deutschland hat viele große Stärken. Mit der Kraft von Ihnen, den Bürgerinnen
- 11 und Bürgern, die den Laden jeden Tag trotz der großen Herausforderungen am
- 12 Laufen halten. Auf der Arbeit. In der Familie. Im Ehrenamt. Mit viel Engagement
- 13 und Einsatz. Mit einem starken Sozialstaat und erfolgreichen Unternehmen nicht
- 14 zuletzt im Mittelstand. Mit Anstrengung und Innovation, Vielfalt und
- 15 Solidarität. Es ist auch die Kraft unseres Landes als Einwanderungsland. Viele
- 16 Menschen tragen hier seit vielen Generationen zu unserem gemeinsamen Wohlstand
- 17 bei, bringen sich ein und gestalten unser Zusammenleben mit.
- 18 Es geht jetzt darum, diese Kraft als Zukunftskraft aufzunehmen: ökologisch und
- 19 ökonomisch, solidarisch und europäisch. Als Kraft, die sich den
- 20 Herausforderungen stellt und die Probleme löst. Mit einer Zuversicht, die aus
- 21 dem gemeinsamen Handeln und mit Blick auf eine gelingende Zukunft kommt.
- 22 Denn die Herausforderungen in dieser Zeit sind groß. Viele Menschen stehen unter
- 23 Druck und haben Sorgen. Die Preise sind gestiegen und der Lohn der eigenen
- 24 Arbeit wurde für viele durch Miete, Heizen und die nötigsten Ausgaben
- 25 aufgebraucht. Unser Frieden ist durch Putins Angriffskrieg bedroht.
- 26 Autoritarismus und Populismus sind eine zunehmenden Bedrohung für Demokratie und
- 27 Gesellschaft auch in Deutschland. Immer mehr Menschen sind mit Hass und
- 28 Anfeindungen konfrontiert. Hass und Gewalt gegen marginalisierte Gruppen,
- 29 Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit nehmen zu. Die Klimakrise
- 30 verschärft sich - trotz des Einsatzes vieler - weiter, und die Natur, in der wir
- 31 leben, wird weiter zerstört. Verspätete Züge, Fachkräftemängel in den Kitas und
- 32 Papierkrieg mit den Ämtern zehren an den Nerven. Ein jahrelanger Stillstand
- 33 gefolgt vom Dauerkonflikt innerhalb der Ampelregierung hat Vertrauen in die
- 34 Politik insgesamt gekostet.

35 Eine Politik, die Probleme löst und die Dinge zum Besseren wendet, kann nur
36 gelingen, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern zuhört. Wenn sie nicht über die
37 Menschen redet, sondern mit ihnen – so wie das jeden Tag überall im Land an
38 unseren Küchen- und Esstischen geschieht.

39 Wir haben in den vergangenen drei Jahren unsere Regierungsverantwortung
40 wahrgenommen. In anspruchsvollen Jahren mit neuen Krisen. In einer schwierigen
41 Regierungskonstellation. Daraus haben wir auch vieles gelernt. Wir haben die
42 Jahre genutzt, um Schwung aufzunehmen und Probleme zu lösen. Probleme, die von
43 Großen Koalitionen lange Jahre angehäuft wurden. Wir haben uns von der
44 Abhängigkeit von Putin befreit. Wir haben den erneuerbaren Energien großen
45 Rückenwind verliehen. Wir sind jetzt tatsächlich auf Kurs zum Erreichen der
46 Pariser Klimaziele eingeschwenkt. Wir investieren in unsere deutsche und
47 europäische Sicherheit und arbeiten an neuen Partnerschaften. Wir haben
48 angefangen, die Zukunftskraft unserer Wirtschaft zu stärken, durch mehr
49 Fachkräfte, mehr Innovation und weniger Bürokratie. Wir haben auch endlich
50 wieder in den Erhalt der Natur investiert, in eine nachhaltige Landwirtschaft.
51 Wir haben zum Erfolg des europäischen Green Deal beigetragen. Wir haben Kinder
52 und Familien besser unterstützt.

53 Wir werben deshalb dafür, den Weg der Erneuerung fortzusetzen, ihn nicht wieder
54 mit Hürden zu verstellen oder gar rückzubauen – wie es schon einmal geschehen
55 ist. Mit dem vorliegenden Programm machen wir deutlich, worauf es für unser Land
56 jetzt ankommt.

57 Nehmen wir unsere ökologische und ökonomische Zukunft in die Hand! Wachsen wir
58 in die Zukunft!

59 Wir setzen in diesem Programm auf die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres
60 Landes. Doch aus dem Zutrauen in die Wirtschaft erwächst zugleich der Auftrag,
61 die Zukunftsblockaden zu lösen. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft in die
62 Zukunft wächst: klimaneutral, nachhaltig, innovativ, wettbewerbsfähig in einem
63 gemeinsamen Europa. Ihre Kraft können Unternehmen nur entfalten, wenn sie Raum
64 bekommen für unkomplizierte und pragmatische Lösungen – und sich zugleich auf
65 klare Ziele und Rahmensetzungen verlassen können.

66 Das verlangt von der Politik: Kurs halten. Verlässlichkeit herstellen. Regeln
67 und Normen vereinfachen. Kurz: mehr ermöglichen.

68 Dabei kommt dem Schutz unseres Klimas, unserer Ökosysteme mit allen Pflanzen und
69 Tieren herausragende Bedeutung zu. Nur wenn sie intakt sind, kann unsere
70 Sicherheit, unsere Freiheit und unser Wohlstand intakt sein. Verantwortung
71 heißt, dem Rechnung zu tragen, heißt, die planetaren Grenzen einzuhalten. Und
72 die notwendige Erneuerung solidarisch zu gestalten. Jede und jeder mit den
73 eigenen Möglichkeiten, Erfahrungen und Stärken.

74 Mit unserer Zukunftsagenda stellen wir die Weichen für Investition und
75 Innovation, für Erneuerung in Fairness und Solidarität, für Dynamik statt
76 bürokratischer Lähmung. Mit dem „Deutschlandfonds“ werden wir in Bund, Ländern
77 und Kommunen die notwendigen Mittel für die Investitionen in diese Zukunft
78 mobilisieren. Er stärkt unsere gemeinsamen Infrastrukturen, auf die Gesellschaft

79 und Wirtschaft so dringend angewiesen sind. Zu diesem Investitionsfonds schlagen
80 wir einen „Pakt für ein modernes Deutschland“ vor – zu dem alle politischen
81 Ebenen eingeladen sind: Bund, Länder und vor allem die Kommunen. Verständigen
82 wir uns in dieser Zeit neu, wie wir unser Land im Dienst der Menschen auf
83 Vordermann bringen – zusammen und nicht gegeneinander!

84 Nehmen wir unsere soziale Zukunft in die Hand! Sorgen wir dafür, dass alle
85 Menschen fair dabei sind und die Dinge des alltäglichen Lebens bezahlbar sind!

86 Wir bauen in unserem Programm auf die soziale Kraft unseres Landes. Aus diesem
87 Zutrauen in die Menschen erwächst für uns der Auftrag, einen ernsthaften Beitrag
88 zu leisten, dass alle Menschen dabei sein können. Und dass der Alltag bezahlbar
89 bleibt. Wir machen Strom billiger, sorgen für erschwingliche Mobilität und
90 bezahlbare Mieten.

91 Gute Bildung, gute Arbeit, verlässliche Mobilität und bezahlbares Wohnen sind
92 die zentralen Faktoren, an denen sich die Lebenschancen der Menschen
93 entscheiden. Ein faires Steuersystem ist dafür ebenso Voraussetzung wie ein
94 gutes Gesundheitssystem. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass unsere
95 Kitas, Schulen und Hochschulen gestärkt werden. Damit sie allen Kindern eine
96 Chance auf einen guten Start ins Leben bieten. Wir unterstützen gute Arbeit
97 durch faire Löhne, einen höheren Mindestlohn, und durch Gleichberechtigung für
98 Frauen, besonders auf dem Arbeitsmarkt und durch eine gerechte Steuerpolitik.
99 Durch das Leitmotiv der Inklusion. Und wir machen Wohnen bezahlbarer, indem wir
100 Mietsteigerungen begrenzen, sozialen Wohnungsbau unterstützen und eine
101 realistische Strategie für bedarfsgerechten Wohnraum in Bestand und Neubau
102 vorlegen.

103 Nehmen wir unsere gesellschaftliche und demokratische Zukunft in die Hand!
104 Sichern wir unseren Frieden in Freiheit!

105 Wir setzen in dem Programm auf die gesellschaftliche und demokratische Kraft der
106 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, auf die Kraft unserer gemeinsamen
107 Republik in ihrer Vielfalt. Doch auch dieses demokratische Zutrauen in die
108 Bürgerinnen und Bürger erfordert einen neuen Auftrag an die Politik, unsere
109 demokratischen Institutionen und unser demokratisches Zusammenleben lebendig zu
110 halten und zu stärken.

111 Unsere demokratische Kraft entsteht, wenn Menschen sich als Gleiche begegnen,
112 wenn aus dem freien Austausch unterschiedlicher Ansichten auf Grundlage
113 wissenschaftlicher Erkenntnisse der Wettstreit um die bessere Lösung wird.
114 Deshalb müssen wir unsere öffentlichen Räume stärken. Die gemeinsamen Orte, an
115 denen Übereinstimmung sichtbar wird und Unterschiede ausgetragen werden: eine
116 gute Schule; gute Arbeitsplätze; eine starke und vielfältige Medienlandschaft;
117 starke öffentliche Räume, die uns in Vielfalt verbinden, des Sports und der
118 Kultur. All diese Orte sind die Voraussetzung unseres demokratischen
119 Zusammenhalts in Vielfalt.

120 Gerade weil die Stärke unseres Landes daraus entsteht, dass alle dazugehören,
121 unabhängig von der Herkunft, brauchen wir auch eine neue Kraft der integrativen
122 und inklusiven Gesellschaft. Was wir damit meinen: gemeinsam in Vielfalt.

123 Gemeinsamkeit in Vielfalt bedeutet, dass Menschen in ihrer Verschiedenheit - sei
124 es die Herkunft, Religionszugehörigkeit, die Lebensgeschichte, eine Behinderung
125 oder die sexuelle Identität - täglich dazu beitragen, dass unser Land innovativ
126 und zukunftsfähig bleibt. Was es dafür braucht: Aufstiegschancen, Respekt im
127 Streit, Kompromissfähigkeit und Koalitionsfähigkeit zwischen den demokratischen
128 Parteien, in der demokratischen Mitte. Bürgerschaftliche Verantwortung, aber
129 auch eine neue Verantwortung der demokratischen Institutionen und der gewählten
130 Repräsentantinnen und Repräsentanten, die Probleme zu lösen und zum
131 Funktionieren beizutragen.

132 Demokratie, Zusammenhalt wirksamer Klimaschutz und eine starke Wirtschaft sind
133 eine wichtige Grundlage dafür, dass wir in unserem Land frei von Angst und
134 Unterdrückung leben können. Und so, wie wir unsere Freiheit und unser
135 Zusammenleben nach innen zu sichern haben, so gilt es in dieser Zeit, unseren
136 Frieden in Freiheit nach außen zu sichern. Gerade jetzt brauchen wir – in
137 unserem eigenen Interesse – eine neue Initiative an der Regierungsspitze für ein
138 starkes gemeinsames Europa. Wir können diplomatische Kraft, die engagierte Suche
139 nach belastbaren Lösungen, nur aufbringen, wenn wir uns als freies Europa
140 zugleich handlungsstark zeigen. Die Menschenrechte sind überall und jederzeit
141 einzuhalten - sie sind unverhandelbar. Die geopolitischen Kräfteverhältnisse in
142 der Welt verändern sich rasant – und das nicht erst seit heute. In dem
143 Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt sich eine Bedrohung für die
144 europäische Friedensordnung und unsere Demokratie insgesamt – daher ist die
145 Unterstützung der Ukraine auch unser bester Selbstschutz. So wie unsere
146 europäischen Nachbarn für uns da waren, sodass wir in Deutschland wiedervereint
147 im Herzen Europas in Freiheit leben, sind wir das auch für unsere Nachbarn.
148 Gemeinsam gilt es Frieden in Freiheit neu zu sichern. Gemeinsam mit den vielen
149 Staaten weltweit, die ebenso wissen, dass das Entstehen für eine regelbasierte
150 Ordnung der beste Schutz ist.

151 Liebe Bürgerinnen und Bürger,

152 nur wenn wir unsere Stärken in Zukunftskraft verwandeln, werden wir das erhalten
153 und stärken können, was uns lieb und teuer ist. Wir betonen das, weil wir in den
154 vergangenen Jahren auch gesehen haben, wie verlockend es in der Politik ist, die
155 Verluste der unterlassenen Veränderung einfach zuzukleistern, nach dem Motto
156 „Niemand muss sich hier verändern“, oder sich nur noch in der Vergangenheit
157 aufzuhalten.

158 Mit Robert Habeck kandidiert ein Mensch für die Führung der kommenden Regierung,
159 der diesen Unterschied macht. Der eine Politik des Zuhörens mit Orientieren
160 verbindet, Regierungserfahrung mit der Bereitschaft selbst zu lernen,
161 Ehrlichkeit mit der Bereitschaft anzupacken, Zukunftsstärke mit der Kraft zur
162 breiten gesellschaftlichen Verbindung. Dem es um die ganze Gesellschaft geht und
163 der dies als Verantwortung begreift, in eine starke Zukunft zu führen. Gemeinsam
164 mit Annalena Baerbock, der Außenministerin unseres Landes. Die Haltung zeigt, wo
165 andere zaudern. Die mit Menschlichkeit, Partnerschaft und Stärke für unsere
166 Werte und Interessen einsteht.

- 167 Dafür bitten wir bei der kommenden Bundestagswahl um Ihr Vertrauen und Ihre
168 Stimme!
- 169 Nehmen wir unsere Zukunft zusammen in die Hand! Wachsen wir zusammen!

Unser 10-Punkte-Plan für grünes Regieren (Globalalternative zu WP-01)



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: WP Bundestagswahlprogramm

Antragstext

- 1 Wofür wir Grüne zur Bundestagswahl antreten!
- 2 Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles geändert hat: Bedrohliches wie das
- 3 Fortschreiten des Klimawandels und des Artensterbens, Rückschritte in der
- 4 Demokratie weltweit oder neue große Kriege, auch in unserer Nachbarschaft. Aber
- 5 es gibt auch Positives, wie Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien,
- 6 mehr Solidarität und zumindest teilweise mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit
- 7 des Zusammenhaltes und Schutzes der Schwächsten.
- 8 Nur ein vereintes Europa hilft uns aus der Krise – wenn wir uns jetzt alle
- 9 einbringen und dafür kämpfen.
- 10 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Dazu gehört
- 11 zuallererst eine kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik der
- 12 letzten drei Jahre: kritisch, aber konstruktiv, um aus den Fehlern zu lernen und
- 13 das gute Erreichte weiter zu fördern. Wir haben gelernt: Wir müssen den
- 14 Fortschritt erkämpfen. Mit vielen alten und neuen Verbündeten; die alten müssen
- 15 wir allerdings teilweise zunächst einmal zurück gewinnen.
- 16 Deshalb wollen wir weiter regieren. Dafür brauchen wir Partner. Auch da müssen
- 17 wir aus unseren Fehlern lernen: Was inhaltlich erkennbar nicht zusammengeht,
- 18 bricht spätestens unter Druck auseinander, das Ergebnis haben wir gerade mit der
- 19 neoliberalen FDP erlebt. Unsere neue Partnerschaft muss darauf gründen, dass
- 20 sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können. Wer
- 21 mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei zentralen Vorhaben entschieden
- 22 mit voranzugehen.

23 Grüner 10-Punkte-Plan kompakt

- 24 1. **Klimaschutz voranbringen:** Wir sind aus der klimafeindlichen Kohle
- 25 ausgestiegen. Dennoch bedarf es weiterer großer Anstrengungen, unsere –
- 26 aus dem Pariser Abkommen resultierenden – verbindlich unterschriebenen
- 27 Klimaschutzziele und unser Ziel, 100% Erneuerbare Energie im Strombereich
- 28 bis 2045 zu erreichen, einzuhalten. Dazu müssen das Klimaschutzgesetz und
- 29 die Sektorengrenzen wieder in Kraft gesetzt werden. Jeder Sektor muss
- 30 seinen Beitrag leisten, insbesondere der Verkehrssektor. Wir treten ein
- 31 für eine Verkehrswende mit wirksamer Temporegulierung, wirksamem
- 32 Klimaschutz bei Neubau und in den Bestandsgebäuden, Schaffung von CO₂-
- 33 Senken durch intakte Wälder und Moore, den Umbau der Industrie auf grünen

Wasserstoff und mehr. Als sozialen Ausgleich für die Kosten der Bürger*innen für die nötigen Klimaschutzmaßnahmen setzen wir die Einführung des Klimageldes durch.

2. **E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen:** Wir wollen ab 2035 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen. Dazu muss vor allem die Ladeinfrastruktur und der Speicherausbau massiv vorangebracht werden.

3. **Landwirtschaft nachhaltig machen:** Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um. Wir werden die großen Agrarbetriebe nicht mehr subventionieren und die kleineren Höfe sowie ökologisch arbeitende Betriebe stärker fördern. Sie können eine klimagerechte Landwirtschaft besser und effizienter umsetzen, wenn sie ausreichend unterstützt werden.

4. **Europa zusammenführen:** Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen. Wir werden ein massives Zukunftsinvestitionsprogramm für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Digitalisierung auflegen und dafür auch die Verschuldungsregeln in der EU ändern und die Schuldenbremse in Deutschland für Investitionen in die Zukunft öffnen. Gegen rechtsradikale und autokratische Tendenzen in der EU werden wir mit allen demokratischen Kräften in der EU gemeinsam vorgehen. Der erste Schritt wird ein wirksames Unterbinden der Fakenews in den sog. „sozialen“ Medien sein.

5. **Familien stärken:** Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit weiteren zusätzlichen Milliarden Euro: das grüne Familienbudget – mit allem, was dazugehört – stärkt nicht nur Familien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen. Wir wollen die Kindergrundsicherung endlich umsetzen und ausreichend finanzieren.

6. **Soziale Sicherheit schaffen:** Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und gewährleisten ein angemessenes Rentenniveau. Zur Finanzierung des Gemeinwesens und der sozialen Sicherungssysteme müssen die Reichen stärker in die Verantwortung genommen werden. Deshalb wollen wir „Tax the rich“, d.h. eine Reichen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer umsetzen.

7. **Integration zum Erfolg führen, Geflüchtete schützen:** Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen durchsetzen, dass anerkannte Geflüchtete ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und vor allem Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Weiteren Verschärfungen in dieser

Richtung, wie etwa Lager zur Beurteilung von Asylsuchenden außerhalb der EU-Grenzen erteilen wir eine scharfe und deutliche Absage.

8. **Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:** Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen, dass diejenigen als Leistungsträger anerkannt und honoriert werden, die etwas für andere Menschen und die Gesellschaft leisten. Wir wollen Diskriminierung aller Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queers (LGBTIQ) endlich beenden.
9. **Freiheit sichern:** Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik: Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir nehmen die Bedrohung aus Russland, dem Iran und anderen Regimen ernst. Aber wir wissen auch, dass eine Hochrüstung uns einen fragilen, irgendwann brechenden Frieden bringen wird – und somit im Endeffekt immer Krieg. Daher werden wir die Bemühungen um Deeskalationsstrategien, Konfliktprävention, Konfliktlösungs- und beherrschungsszenarien, Möglichkeiten des zivilen Widerstandes im worst case deutlich stärken und ausbauen, zulasten des Militäretats. Vor allem werden wir auf Diplomatie setzen und diesbezüglich mit allen Ländern, der UN und Bündnissen wie BRICS zusammenarbeiten, um Krisen, Konflikte und Kriege friedlich zu lösen. Weiterhin sorgen wir im innerhalb Deutschlands dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist, wobei wir auch hier den Schwerpunkt auf Prävention legen.
10. **Fluchtursachen bekämpfen:** Deutschland trug bisher mit seinem Anteil am Klimawandel und der Unterstützung von Diktatoren und Autokraten sowie mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Unterstützung und Rüstungsexporte mit einem verbindlichen, wirksamen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit. Deshalb werden wir das Lieferkettengesetz, welches für Unternehmen in der EU gilt, zum weltweiten Standard für alle global agierenden Unternehmen machen. Handelsabkommen wie Mercosur, die vornehmlich der Industrie und den Großunternehmen Vorteile, den Arbeitnehmern und z.B. den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben Nachteile bringen, lehnen wir ab.

Unser verbindliches Angebot zur Bundestagswahl

Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser Maßstab für eine weitere Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die GRÜNEN wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz.

Wir wollen den Stillstand und die Unentschlossenheit ablösen, den die Ampel leider bot. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen Parteien außer der

119 AfD und der FDP – die sich selbst disqualifiziert hat – über die Umsetzung
120 unserer Vorhaben zu sprechen. Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie
121 und Verantwortung.

122 Doch über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und Wähler. Je
123 stärker die GRÜNEN im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung
124 sind, umso mehr Gewicht haben wir auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren
125 können und werden wir, wenn die Richtung stimmt, unsere Kernvorhaben umgesetzt
126 werden und wir uns auf die neuen Partner verlassen können. Das ist unser
127 Anspruch, um verantwortungsvoll mit Ihrer Stimme umzugehen. Wenn unsere
128 Kernvorhaben nicht umgesetzt werden können, werden wir als Opposition für
129 Veränderung und gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Sollte es erfolgreiche
130 Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren Mitgliedern in
131 einer Urabstimmung vorlegen.

132 Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte und vor
133 allem eine friedliche Gesellschaft. Wer mit uns regieren will, muss den
134 Politikwechsel auf den Weg bringen.

135 Mit Mut in die Zukunft!

Begründung

folgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Tabitha Elkins (LV Bayern); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Birgit Heilmann (KV Harburg-Land); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Raymund Messmer (KV München-Land); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Eberhard Müller (KV Ortenau); Peter Meiwald (KV Ammerland); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Enrico Calzia (KV Ulm); Reiner Hennig (KV Nürnberg-Stadt); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); sowie 48 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.